

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Afghanistan

Asyl

Philippinen

Kaffeebrigaden

Kirche in Brasilien

Nr. 152 September/Oktober 1988 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Horst Breit, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, , Uwe Hartwig, Claudia Heid, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Mariele Pelster, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Gerd Rieger, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Norbert Stamm, Bernhard Thill, Thorsten Thorsten, Detlev Vogel, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Annette Will, Udo Wolter

Titelbild: Schwarz-Weiß-Verlag, Köln

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35699.

Redaktionsschluß für Nr. 153:
27. September 1988

Anzeigenschluß für Nr. 153:
4. Oktober 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Berichtigung:

Betr. „Kolonialismus katholisch", Nr. 149, Mai 88*

Lieber Ulrich Bröckling,

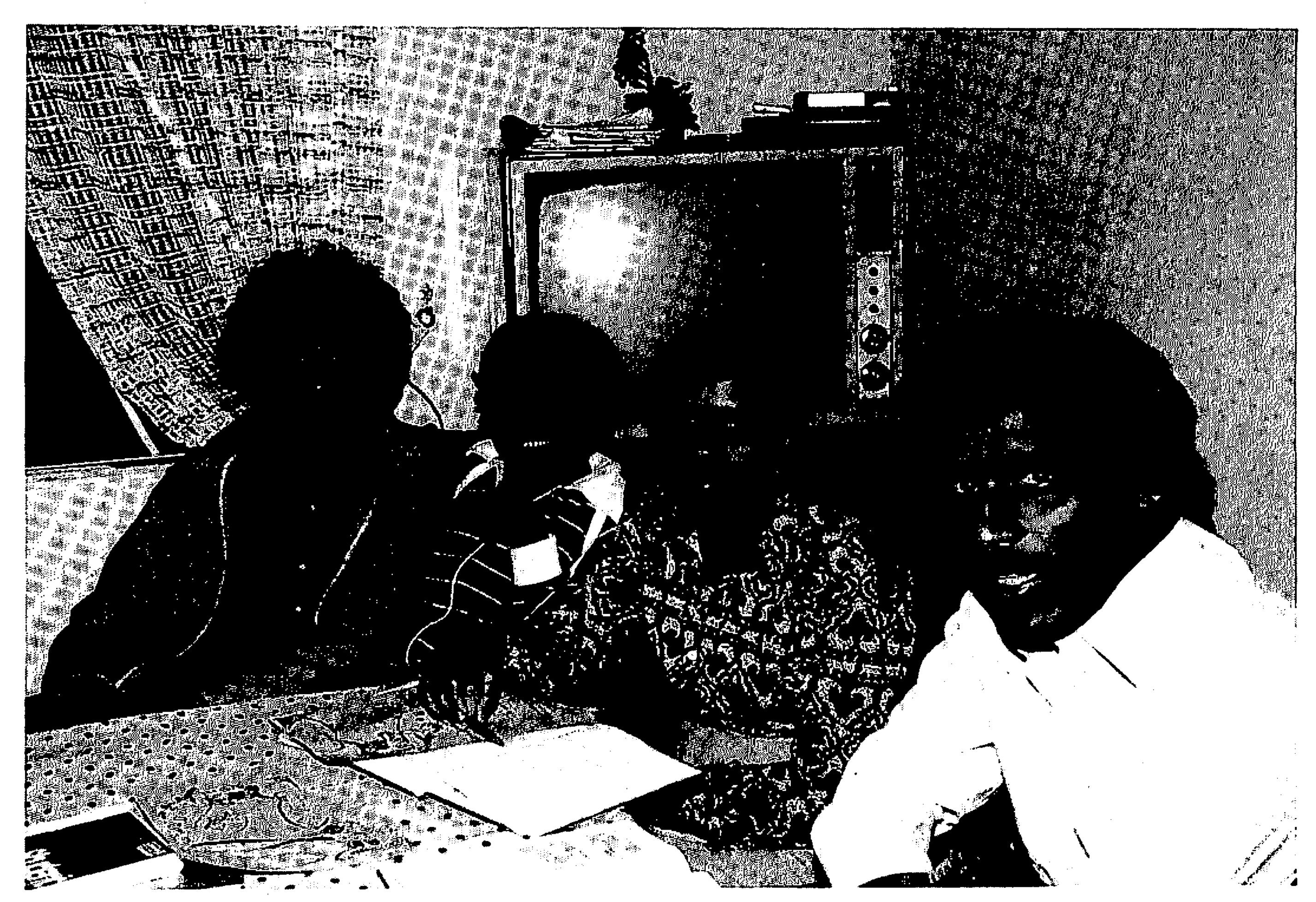
herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Glosse „Kolonialismus katholisch" in Nr. 149 der blätter des iz3w. Als ich seinerzeit diese Anzeige sah, packte mich ebenfalls das Entsetzen. Ich sprach daraufhin die Verantwortlichen für diese Anzeige an — immerhin bin ich ein guter Katholik —. Man antwortete mir, daß die Werbeagentur, die die Kampagne gesponsert hat, das Foto ausgesucht hätte, und die Aktion immerhin ein sehr gutes Spendenergebnis gebracht hätte.

Was soll man da tun, angesichts dieses Materialismus — Spendenergebnis ist der Beweis für die Richtigkeit — in der katholischen Kirche?

Mit freundlichem Gruß
Gerd Riepe

* Aufgrund eines lay-out Fehlers in Heft Nr. 151 drucken wir den Brief von Gerd Riepe erneut, diesmal vollständig, ab. **Die Redaktion**





Ein Leben auf Abruf

Zur Situation der Tamilen in der BRD

Am Freitag, den 27. Mai fand der Fluchtversuch mit einer Polizeirazzia sein jähes Ende. 269 Tamilen, darunter Familien mit Kleinkindern, wollten dieser unserer Republik den Rücken kehren. Hart und meist schwarz erarbeitete 6.000 DM pro Kopf hatten sie vorab zahlen müssen für einen Platz auf dem 399 BRT Getreideschiff 'Lupa'. Mit dem Geld, das der untergetauchte Agent mitnahm, war auch die Hoffnung auf eine sichere Zukunft in Kanada dahin. So gerne man hier die 'Asylschmarotzer' ja los wäre — mit der nächtlichen Polizeiaktion mußte verhindert werden, daß die Bonner Asylpolitik erneut international Schlagzeilen macht. Bereits im Juli 1986 gab es image-schädigende Öffentlichkeit, als 150 Tamilen aus der Bundesrepublik als 'boat people' vor der kanadischen Küste antrieben. Diesmal gaben sich die Verantwortlichen redlich Mühe, den Massenfluchtversuch herunterzuspielen. Die 'Tagesschau' nannte „Unzufriedenheit mit den örtlichen und sozialen Verhältnissen", was in Wirklichkeit Ausdruck schierer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der Tamilen ist. Genau eine Woche vor dem Auffliegen des geplanten Exodus hatten in Oslo Asylexperten europäischer Regierungen zum Thema Abschiebungen nach Sri Lanka getagt. Dabei rückte — zum Entsetzen von Menschenrechtsorganisationen — selbst der Flüchtlingskommissar der Vereinigten Nationen (UNHCR) von seiner jahrelang vertretenen, strikten Ablehnung einer Rückschaffung von Tamilen nach Sri Lanka ab. Gut zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß die Behörde des UNHCR (Jahresbudget 600 Mio. DM) die größten Beiträge von den europäischen Staaten erhält, die Bundesrepublik steht als Geldgeber bei den Einzelländern an dritter Stelle. Im Januar dieses Jahres war auf Intervention der Bundesregierung eine kritische UNHCR-Broschüre zur bundesdeutschen Asylpolitik eingestampft worden.

Obgleich die Entscheidung über Abschiebungen letztendlich bei den einzelnen Ländern und Bundesländern liegt, verstärkt das Votum des UNHCR die Gefahr demnächst beginnender Deportationen nach Sri Lanka. Ein diesbezügliches Vorpreschen des Berliner Senats war Anfang Mai durch massenhaften Protest und Gutachten von Menschenrechtsorganisationen gestoppt worden. Mehrere europäische Regierungen, allen voran die Schweiz, Holland und die Bundesrepublik stehen jedoch in den Startlöchern, um sich des leidigen Tamilienproblems zu entledigen. Die ungeheure psychische Belastung für die in permanenter Unsicherheit lebenden Tamilen sei — so der Berliner FDP-Abgeordnete Schicks — zwar „bedauerlich, doch einigen tausend Menschen aus anderen Regionen ergeht es schließlich genauso." Ende Februar hatte Innensenator Kewenig angekündigt, wegen der „genügend stabilisierten und normalisierten Situation in Sri Lanka" Abschiebungen „unverzüglich" wieder durchführen zu lassen. Zehn Wochen lang hatten die Berliner Tamilen, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, statt der normalerweise ausgestellten 6-Monats-Duldungen nur noch auf jeweils 10 Tage befristete Bescheinigungen erhalten. Jederzeit sollte der Zugriff des Staates gewährlei-

stet sein. Da vielen Arbeitgebern dieser Status zu unsicher war, verloren etliche Tamilen ihre Jobs. Informationen über die Situation in Sri Lanka holte Kewenig erst nach seiner autoritär gefällten Entscheidung ein, was den SPD-Abgeordneten Bartels zu der Bemerkung veranlaßte, der Senator offenbare „ein Demokratieverständnis aus dem vorigen Jahrhundert". Unabhängige Organisationen, u.a. amnesty international, veröffentlichten Dokumente, die anhaltende schwere Menschenrechtsverletzungen durch lankanische und indische Armeeangehörige an der tamilischen Zivilbevölkerung belegen.

Reale Alpträume

Exemplarisch für das Schicksal der derzeit rund 15.000 Tamilen in der Bundesrepublik ist das Schicksal von Selva Kanagaratnam (alle Namen wurden geändert). Am 9. April 1984 explodiert in der Nähe des Hauses der Familie Kanagaratnam im Norden Sri Lankas eine Landmine der tamilischen Guerilla. 21 Soldaten werden getötet. Schon wenige Minuten nach dem Anschlag beginnt die Armee, wie schon so oft in den Jahren zuvor, Amok zu laufen. Willkürlich werden Gebäude und Fahrzeuge in Brand gesteckt und Menschen auf der Straße verhaftet. Selva selbst ist zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause. Als er sich nach zwei Tagen wieder auf die Straße wagen kann, findet er sein Haus verlassen vor. Sämtliche Fensterscheiben sind zerschossen, überall im Mauerwerk Einschußlöcher. Selva befürchtet, daß seine Frau und die vier Kinder im Alter von vier bis neun Jahren tot sind. Durch Nachbarn erfährt er, daß die Familie rechtzeitig in ein anderes Haus hatte fliehen können.

Zwei Wochen nach diesen Ereignissen wird Selva verhaftet und in eine Polizeistation gebracht. Man beschuldigt ihn, Kontakte zu militanten tamilischen Organisationen zu haben. Vier Monate lang bleibt er inhaftiert. Selva: „Sie gaben mit eine 'gute' Folterbehandlung. Mit schweren Gürteln mit Metallverschlüssen und Plastikrohren, die mit Sand gefüllt waren, hämmerten sie auf mich ein. Sie trieben Stecknadeln unter meine Fingernägel. Weil ich früher als Gemeindebeamter gearbeitet hatte, wußten sie, daß ich viele Leute kannte. Sie wollten mich zwingen, als Informant für die Polizei zu arbeiten. Sie fuhren mich im Polizeiwagen durch die Straßen von Jaffna und fragten mich, ob dieser oder jener zu den 'Terroristen' gehörte. Ich sagte: 'Warum soll ich unschuldige Menschen denunzieren?'" Nach vier Monaten wird Selva aus Mangel an Beweisen gegen Kaution mit der Auflage freigelassen, sich wöchentlich bei der Polizei zu melden. Über einen Agenten besorgt er sich einen Paß und ein Ticket und flieht in die Bundesrepublik. Da das Geld nur für ein einziges Ticket reicht, muß er seine Familie zunächst zurücklassen. Nach einem halben Jahr gelingt der Frau und den Kindern über Ost-Berlin dann die Einreise in die Bundesrepublik. Familie Kanagaratnam wohnt heute in einem Hochhausviertel von Bremen.

Noch heute, 4 Jahre nach der Flucht aus Sri Lanka, lassen nächtliche Alpträume und Weinkrämpfe den 40-jährigen Selva nicht zur Ruhe kommen. „Wie soll ich ihm helfen", sagt der behandelnde Nervenarzt, „die Angst, die er hat, ist ja eine ganz reale. Er hat alles, was in seinen Alpträumen vorkommt, wirklich erlebt."



Terrorismusgesetze und Folter

Der Konflikt zwischen dem sri lankanischen Staat und seiner tamilischen Minderheit begann mit der Unabhängigkeit 1948; eine Million indisch-stämmigen Tamilen wurde damals die Staatsbürgerschaft aberkannt. 1956 folgten Gesetze, die Singhalesisch zur einzigen Staatssprache, die buddhistische Religion der Volksmehrheit zur Staatsreligion machten. Für die drei Millionen Tamilen unter 13 Millionen Singhalesen begannen Diskriminierung und Unterdrückung, die immer wieder in Pogromen eskalierten. Mitte der 70er Jahre griffen militante Jugendliche zu den Waffen für 'Eelam', den eigenen Tamilenstaat. Der seit 1977 regierende Präsident Jayewardene und seine rechtsgerichtete 'United National Party' antworteten mit Massenverhaftungen, einem nach südafrikanischen Vorbild ausgestalteten Terrorismusgesetz, Folterungen und dem Verschwindenlassen Hunderter von Jugendlichen. 150.000 Tamilen flohen ins benachbarte Indien, einige Zehntausend in den Westen.

1983 drohten schon einmal Massenabschiebungen aus der Bundesrepublik, doch dann flimmerten die Bilder zerstückelter und verkohlter Tamilenleichen in die Wohnzimmer der Deutschen. Die Abschiebungspläne wurden verschoben, die Flüchtlinge konnten wegen der veränderten Lage Folgeanträge stellen. Mitte letzten Jahres schon schien die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr greifbar nahe. Präsident Jayewardene schloß mit Indiens Premierminister Rajiv Gandhi ein 'Friedensabkommen', das die Entwaffnung der Guerilla im Gegenzug zur Gewährung größerer Autonomierechte für die Volksminderheit vorsieht. Binnen zweier Monate scheiterte der Pakt, sowohl der 'Fuchs' Jayewardene als auch die nach allen Seiten taktierenden Inder sowie die stärkste der Guerillagruppen, die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) hielten sich nicht an die Abmachungen. 80.000 indische Soldaten sind derzeit im Norden und Osten Sri Lankas, den Heimatgebieten der Tamilen, stationiert, auf einer Fläche, die einem Drittel Bayerns entspricht.

Die euphorische Aufbruchstimmung in tamilischen Kreisen hier fiel wie ein Kartenhaus zusammen. „Wir hatten die Koffer schon gepackt," sagt Sivalingam, 32-jähriger Familienvater, „wir konnten sie gleich wieder in die Ecke stellen." Statt mit seiner Rückkehr beschäftigt sich das Ehepaar jetzt damit, wie der 60-jährige, kranke und alleinstehende Vater in die Bundesrepublik nachgeholt werden könnte. Da die deutsche Botschaft in Colombo bei jedem Tamilen davon ausgeht, daß dieser — sobald er deutschen Boden betritt — das schöne bundesdeutsche Asylrecht in Anspruch nehmen und mißbrauchen will, sind die Chancen auf ein Visum gleich Null. Touristen- und Geschäftsvisa werden nur nach genauester Überprüfung von Sicherheiten, die die Rückkehr garantieren, erteilt.

„Bis zu 100.000 Rupien (ca. 10.000 DM) werden in Colombo zur Zeit für einen gefälschten Paß und einen Agenten bezahlt", weiß Sivalingam. Das sind umgerechnet 6.000 DM und das vierfache Jahresgehalt eines lankanischen Angestellten. Häufig verschwinden die Agenten mit dem Geld, ohne die Gegenleistung zu erbringen.

Die restriktiven Einreisebestimmungen europäischer Länder treiben die Preise in die Höhe, die Reiserouten werden immer exotischer.

Warten auf das Unbestimmte

Trotz der nun drohenden Abschiebungen in Europa gehen unvermindert die Anstrengungen weiter, Angehörige aus Sri Lanka herauszuholen. Mehr als 10.000 Tote hat der Krieg auf Sri Lanka in den letzten Jahren gefordert, jede Flüchtlingsfamilie beklagt Opfer in der Verwandtschaft. „Am schlimmsten ist es für diejenigen, die ohne Familie hier sind und täglich um das Leben ihrer Angehörigen bangen müssen," sagt Pushpa, die mit ihrer Mutter und den vier Brüdern seit drei Jahren in der Bundesrepublik lebt. Depression in Verbindung mit Alkoholsucht ist vor allem in den Kreisen der alleinstehenden jungen Männer weit verbreitet. In Briefen aus der Heimat wird die politische Situation aus Angst kaum angesprochen, nur die wenigen noch neu eintreffenden Flüchtlinge berichten aus erster Hand. Ein in Bremen lebender Tamile erfuhr erst sechs Wochen nach der Ermordung seines 18-jährigen Sohnes durch die Inder von dessen Tod.

Für diejenigen, die schon vor acht und mehr Jahren flohen, rückt das Geschehen in der Heimat in immer weitere Ferne, ohne daß das Vakuum hier mit Leben gefüllt würde. Weitgehend unverständlich bleiben ihnen die Ursachen für das Scheitern der Befreiungsbewegung, die blutigen Fehden der Guerillaorganisation untereinander. Am ehesten hängt man in Exilantenkreisen der Ideologie der 'Tigers' an, die politisch mit einfachen 'Freund-Feind'-Schemata arbeiten und finanzielle Unterstüzung für einen rein militärischen Kampf fordern. Eine besondere Tragik liegt darin, daß es die 'Tigers' sind, die den hier Schutz suchenden Tamilen schon seit Jahren einreden, für das Recht auf Asyl zu kämpfen, sei überflüssig, denn schon bald würden die Befreiungskämpfer ihr eigenes Land 'Eelam' anzubieten haben. Ob die tamilischen Flüchtlinge das glauben, sei dahingestellt. Fakt ist jedoch, daß sie sich — verglichen mit anderen Flüchtlingsgruppen — bei der Einforderung des Asylanspruchs eher passiv verhalten.

Tamilen, die seit vielen Jahren hier leben, kein Deutsch sprechen und kaum Kontakte zu Deutschen haben, sind eher die Regel als die Ausnahme. „Sie wissen nicht, was Deutsche sind, was für eine Kultur sie haben oder wie sie leben. Sie wollen die Deutschen auch gar nicht verstehen, sie sagen: Wir müssen Deutschland sowieso wieder verlassen, Freundschaften können wir nicht aufrechterhalten." So Pushpa, die versucht, es anders zu machen. „Wenn ich nicht aktiv wäre, würde ich psychisch krank. Ich beschäftige mich, wie ich kann. Ich will die Zeit nicht einfach so verstreichen lassen, deshalb lerne ich Deutsch und versuche, Deutsche zu treffen."

Eine Rechtssprechung zum Davonlaufen

Nur etwa zehn Prozent aller in der Bundesrepublik lebenden Tamilen werden als Asylberechtigte anerkannt. Obwohl die Verfolgungsgeschichte der Mehrzahl der Tamilen nahezu identisch ist, führt diese je nach zuständigem Richter zur Anerkennung oder aber in den meisten Fällen eben zur Ablehnung des Asylbegehrens. Die Asylrechtsprechung zu Tamilen ist ein Paradebeispiel, wie mit argumentativen Verrenkungen jedes Verfolgungsmoment gegen den Antragsteller gewendet werden kann.

„Die Voraussetzungen für die Annahme einer Gruppenverfolgung liegen nicht vor (...), denn selbst wenn das Militär aufgrund seiner Stärke und Ausrüstung in der Lage sein sollte, nicht nur Jugendliche sondern die gesamte tamilische Bevölkerung im Norden zu disziplinieren, niederzuhalten oder schlimmstenfalls sogar zu vernichten (...), darf nicht verkannt werden, daß in der den Aktionen zugrunde liegenden Terrorismusbekämpfung ein legitimes Ziel liegt", heißt es in einem ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 2.9.85/AZ 431-07184-84.

Ende 1986 spricht das Verwaltungsgericht Bremen — in Anlehnung an andere Gerichte — folgendes Urteil: „Die Maßnahmen der Sicherheitskräfte besitzen nach ihrer Art und Härte in zahlreichen Fällen asylerhebliches Gewicht. Die tamilische Zivilbevölkerung ist von wahllosen Vergeltungsschlägen der Sicherheitskräfte getroffen worden, die teilweise von einer ganz außerordentlichen Brutalität zeugen. (...) In den Lagern der Sicherheitskräfte werden Gefangene gefoltert, es ist in diesem Zusammenhang zu Todesfällen gekommen."


Frauen, die allein geflüchtet sind, haben es am schwersten. (





Asylrecht nur für eine kleine Minderheit

Aber —: „Die Maßnahmen der Sicherheitskräfte, so verabscheuungswürdig sie teilweise auch sind, sind Teil der Bürgerkriegsauseinandersetzungen" und Bürgerkrieg ist leider kein Asylgrund... (v. 19.9.86/AZ 2 AS 109/85)

Ähnliche Urteile anderer Gerichte basieren auf dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom Dez. '85, mit dem tamilischen Asylbewerbern die politische Verfolgung als Volksgruppe abgesprochen worden war. Darin waren die Übergriffe auf die tamilische Zivilbevölkerung als legitime Maßnahme des Staates zur Herrschaftssicherung gegenüber den separatistischen Bestrebungen der Tamilen bezeichnet worden. (v. 3.12.85/AZ 9 C 33.85)

In den neusten Urteilen seit Unterzeichnung des 'Friedensvertrages' wird — trotz der Anerkennung der Tatsache, daß „machtpolitische Überlegungen der Inder eine Rolle spielen" — der indischen Regierung grundsätzlich eine Friedensabsicht auf Sri Lanka unterstellt. „Soweit es im Verlauf der Auseinandersetzungen mit den Extremistenorganisationen im Herbst '87 zu Opfern unter der Zivilbevölkerung gekommen ist, handelte es sich um militärische Aktionen, die nicht gegen die Zivilbevölkerung gerichtet waren, sondern ihre Ursachen darin hatten, daß die Extremisten in Flüchtlingslagern und Wohngegenden Unterschlupf gesucht hatten. Verfolgungstendenzen können daraus nicht hergeleitet werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit droht tamilischen Asylbewerbern keine politische Verfolgung im Falle ihrer Rückkehr in den Norden Sri Lankas." (VG Oldenburg v. 10.3.88/AZ 5 OS VG A 48/87 Mi)

Flüchtlinge werden an den Rand gedrängt

Angesichts solcher Urteile muß den Flüchtlingen, aber auch deutschen Unterstützern der Kampf um die Asylgewährung aussichtlos erscheinen. Zur Lethargie bei den durch die Mühlen der deutschen Bürokratie und Justiz gemahlenen Tamilen trägt ein Stück schlechtes Gewissen bei. Als Asylsuchender hat man sich schließlich abgesetzt von der Bewegung, selbstsüchtig Schutz gesucht, sich der Verantwortung zur 'Befreiung des Vaterlandes' entzogen. Dementsprechend ambivalent erscheint die Asylbeantragung aber auch die vielleicht eines Tages mögliche Rückkehr. Denn die Exilanten aus Europa würden zuhause nicht nur willkommen geheißen. „Wie können diejenigen, die ein ruhiges Leben in Europa hatten, erwarten, daß sie hier wieder die gleichen Rechte erhalten wie unser Volks, das jahrelang beschossen wurde und große Opfer bringen mußte?" erklärte die LTTE in Jaffna.

Was Wunder, daß viele tamilische Flüchtlinge von Politik — hier wie dort — lieber nichts mehr wissen wollen und sich mit tamilischen Videos über die Tage retten. Die sozialen Kontakte in der Bundesrepublik sind in der Regel auf Landsleute beschränkt, wobei unterschiedliche Kastenzugehörigkeit und politische Einstellung den Freundeskreis weiter einschränken.

In einigen Bundesländern werden Hunderte von Flüchtlingen in Sammellagern zusammengepfercht, eine Zusammenballung von unterschiedlichsten Nationalitäten und Sprachen auf engstem Raum. Anderswo werden sie über das gesamte Bundesland (z.B. Niedersachsen, Schleswig-Holstein) verteilt. Tamilen, die zuhause in Großfamilien aufwuchsen und denen das Alleinsein völlig fremd war, leben so in Dörfern — oft kilometerweit vom nächsten Tamilen entfernt — jahrelang während der Dauer des Asylverfahrens still vor sich hin. Sobald Asylsuchende die Kreisgrenzen übertreten, ohne dafür eine Ausnahmegenehmigung zu haben, machen sie sich nach § 20 des Asylverfahrensgesetzes strafbar. Bußgelder in Höhe von mehreren hundert DM können die Folge sein. Zusammen mit den Rechtsanwaltskosten sind diese dann von weniger als 400 DM Sozialhilfe im Monat abzustottern. In Sammellagern werden Asylsuchende zudem meist nicht mit bar ausgezahlter Sozialhilfe sondern mit einem Taschengeld und Naturalien abgespeist. Selva und Teresa Kanagaratnam, deren Schicksal oben geschildert wurde, arbeiten in Bremen im Rahmen der sogenannten 'Arbeitshilfe', um sich etwas Geld dazuzuverdienen. Sie heben auf Schulhöfen sechsjährigen deutschen Kindern den Dreck vor den Füßen auf. Eine gewöhnliche, täglich anfallende Arbeit. Im Rahmen der 'Arbeitshilfe' wird sie jedoch als 'gemeinnützig und zusätzlich' definiert, damit sie im Einklang mit § 19 des Bundessozialhilfegesetzes steht und mit nur einer Mark Stundenlohn bezahlt werden muß.

Mehrere tausend Tamil/innen in der gesamten Bundesrepublik schuften unter diesen Bedingungen in Schulen, Wäschereien von Krankenhäusern, öffentlichen Anlagen, Alten- und Pflegeheimen, in Fußballstadien. Wieviel der Staat schon an der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft verdient hat, wurde bislang noch in keiner Statistik veröffentlicht. Ausgenutzt wird eine durch Gesetze geschaffene Notlage: Bis 1987 war

allen Asylsuchenden ein zweijähriges Arbeitsverbot auferlegt, seitdem gilt das fünfjährige Verbot.

Überall entfremdet

Mit Arbeitsverbot, der Beschränkung der Bewegungsfreiheit und umfassender Verwaltung eines Flüchtlingslebens wird den Menschen ihre Identität genommen, sie werden zur Unperson 'Asylant'.

Viele hier lebende Tamilen retten sich zurück in starre, traditionell-hinduistische Verhaltensweisen, die sie im Heimatland teilweise bereits abgelegt hatten. Die Kastenzugehörigkeit spielt die entscheidende Rolle bei der Wahl der zukünftigen Ehepartner. Eltern arrangieren Ehen zwischen noch in Sri Lanka lebenden Frauen und Männern hier im Exil, die sich nie zuvor gesehen haben. Es kommt in erster Linie darauf an, daß Kaste, Horoskop und familiärer Background stimmen. Besonders begehrt sind tamilische Männer, die schon lange im Exil leben, da diese am ehesten im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind. Ob die über tausende von Meilen geschlossenen Ehen allerdings jemals vollzogen werden, steht auf einem ganz anderen Blatt. Denn Visa zum Nachzug von Verlobten oder Freundinnen stellt die deutsche Botschaft in Colombo nicht aus. Nur mit derzeit rund 100.000 Rupien (6.000 DM) für gefälschte Papiere und die Dienste eines Agenten gelingt einigen wenigen Frauen die Einreise in die Bundesrepublik. Oft genug werden dabei die Männer, die das Geld aus dem Exil schickten, übers Ohr gehauen. Zehntausende von hart erarbeiteten DM führten so seit Inkrafttreten der Visumpflicht 1980 statt zur ersehnten Ausreise der Braut zur Verzweiflung der um ihre Ersparnisse Betrogenen.



Sollte der Frau tatsächlich die Flucht aus Sri Lanka gelingen, kann es außerdem passieren, daß eine nach hinduistischem Brauch geschlossene Ehe hier nicht anerkannt wird, die für das deutsche Standesamt benötigten Papiere jedoch nicht aus dem Heimatland beigebracht werden können. Für deutsche Behörden handelt es sich damit um zwei nicht miteinander verwandte Personen, die verschiedenen Bundesländern zugewiesen werden können. Oft versucht dann das Paar „illegal" zusammenzubleiben und sich von der Sozialhilfe nur der einen, ordnungsgemäß angemeldeten Person durchzuschlagen.

Mit zunehmender Aussichtslosigkeit, daß Frieden in Sri Lanka einkehrt, steigen die Mitgiftpreise, sowohl im Heimatland als auch im Exil. Zehntausende von Männern im heiratsfähigen Alter haben den tamilischen Norden und Osten Sri Lankas in den letzten Jahren verlassen, sie sind als mutmaßliche „Terroristen" erstes Angriffsziel der lankanischen und indischen Sicherheitskräfte. Zurück bleiben junge Frauen, die aufgrund des Männermangels nur verheiratet werden können, wenn sie genug Mitgift zu bieten haben. Unzählige Tamilen in der Bundesrepublik schuften deshalb tagein, tagaus in illegalen, miesen Arbeitsverhältnissen, um mit den Überweisungen nach Hause ihre Schwestern an den Mann zu bringen.

Die Jahre der Flüchtlinge in Warteposition vergehen zwischen den Kulturen: eng verbunden noch mit dem Geschehen im Heimatland, marginalisiert in der bundesdeutschen Gesellschaft. Neun Jahre lebt Vythilingam nun schon in Frankfurt, davon die letzten zwei Jahre als „Geduldeter" (de facto Flüchtling). Das heißt: Trotz abgelehnten Asylantrages konnte er — wie Tausende anderer Tamilen — wegen der politischen Probleme in Sri Lanka nicht abgeschoben werden. „Ich habe zu Deutschland kein Gefühl", sagt er, „es gibt zuviel, was mein Herz kaputt macht. Ich muß auch ständig an Zuhause denken, wo meine Verwandten und Freunde umgebracht werden." Den psychischen Konflikt drückt Pushpa, die ledige 24-jährige Tamilin, aus: „Wenn ich wie die deutschen Frauen mit dem Fahrrad losfahre, sehe ich, wie in den Wohnungen der tamilischen Familien die Gardinen zurückgeschoben werden. Eine radfahrende Frau ist für sie wie ein Mensch mit drei Augen. Da ich gut Deutsch spreche und an allem interessiert bin, könnte ich sicherlich noch mehr von den Deutschen und ihrer Kultur kennenlernen, aber dann geriete ich noch mehr mit meinem Volk in Konflikt."

Biggi Wolff

Fotos von der Autorin



Foto: Philippinengruppe Stuttgart

Kein Land in Sicht

Das Landreformprogramm der Aquino-Regierung

Eines der Hauptprobleme der Philippinen ist nach wie vor die ungleiche Verteilung des landwirtschaftlich nutzbaren Landes. Einer beschränkten Zahl von Grundbesitzern steht ein Heer von landlosen Pächtern und Landarbeitern gegenüber, deren Lage sich in den letzten Jahrzehnten ständig verschlechtert hat.

Seit der Unabhängigkeit von den USA hat es zwei große Anläufe zu einer Landreform gegeben – einen unter Präsident Magsaysay in den fünfziger, den anderen unter Marcos in den siebziger Jahren –, die beide in die Grundbesitzstruktur kaum eingegriffen haben. Allerdings war das auch nicht ihr Hauptzweck gewesen. Magsaysays Landreform war eine Maßnahme im Rahmen der Counter-Insurgency gegen den Huk-Aufstand gewesen; und die Marcos-Reform hatte in erster Linie dem Aufbrechen der ländlichen Machtbasis von politischen Kontrahenten gedient.

Unterscheidet sich das Landreformprogramm der Regierung Aquino von denen ihrer Vorgänger? Soll nun endlich Ernst gemacht werden mit einer grundlegenden Umstrukturierung des ländlichen Raums? Die neue philippinische Verfassung, die im Februar 1987 in einem Referendum mit großer Mehrheit angenommen wurde, räumt der Agrarreform einen hohen Stellenwert ein. So heißt es dort etwa, die Regierung solle ein Reformprogramm in Angriff nehmen „gegründet auf dem Recht der Bauern und Landarbeiter ohne Besitztitel, entweder selbst oder gemeinschaftlich das Land zu besitzen, das sie bewirtschaften, oder aber, im Fall von landwirtschaftlichen Arbeitern auf Großplantagen, einen gerechten Anteil am Erlös des Landes zu erhalten."

Obwohl die Regierung Aquino am 8.2.1987 ein Konzept zur Umverteilung des Landes vorlegte, das zum damaligen Zeitpunkt per Präsidialdekret hätte verabschiedet werden können, überließ Frau Aquino die eigentliche Weichenstellung dem neu einzuberufenden Parlament.

Nach Beratung von mehr als dreißig Gesetzentwürfen zur Landreform verabschiedeten die beiden Häuser des philippinischen Parlaments am 7.6.1988 den Republic Act No. 6657 – Comprehensive Agrarian Reform Programme (CARP), der drei Tage später mit der Unterschrift von Präsident Aquino Gesetzeskraft erlangte.

Ein genauer Blick auf das nun vorliegen-

de Gesetzeswerk zeigt jedoch, daß das Landreformprogramm lediglich den politischen Unwillen der längst überfälligen umfassenden Neugestaltung der Landwirtschaft widerspiegelt. Kein Wunder, bedenkt man, daß die Präsidentin selbst aus einer Großgrundbesitzerfamilie stammt, und zwei Drittel der Parlamentarier entweder selbst Großgrundbesitzer sind, oder aber aus solchen Familien stammen.

Das Landreformgesetz

Das Landreformgesetz hat folgende Kernpunkte:

– Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in öffentlichem und privatem Besitz soll erfaßt werden.

– Jeder Landbesitzer darf 5 ha Land nach eigener Wahl behalten, dazu drei weitere ha je Kind über 15 Jahre, das das Land entweder selbst zu bearbeiten oder zu verwalten hat.

– Die Durchführung der Landreform ist auf 10 Jahre angelegt und nach Prioritäten in drei Phasen gegliedert:

1. Phase (1988–92)
Weitere Umsetzung der unter Marcos begonnenen Landreform für Land unter Reis- und Maisanbau; Vergabe von brachliegendem und verlassenem Land; Verteilung des von Marcos und seinen Günstlingen konfiszierten Landes, sowie von Land, das an die Banken verpfändet wurde; Aufteilung von Land, das freiwillig der Landreform übergeben wird.

2. Phase (1988–92)
Vergabe öffentlichen Landes an Siedler; Vergabe von Land aus Betrieben mit mehr als 50 ha Gesamtfläche.

3. Phase (1992–98)
Aufteilung von Land aus Betrieben mit 24 bis 50 ha (1992–95) und Betrieben unter 24 ha (1994–98).

– Nutznießer sind Pächter, Landarbeiter und Siedler, die bis zu 3 ha Land erwerben können, unter der Bedingung, daß sie das Land nicht bereits illegal besetzt haben. Die Nutznießer müssen den geschätzten Landwert zuzüglich 6 % Zinsen pro Jahr über 30 Jahre an die Landbank abzahlen.

– Der Wert des Landes wird vom Landreformministerium und der Landbank mit dem Landbesitzer ausgehandelt. In Streitfällen hat der Besitzer das Recht, die Gerichte anzurufen. Je nach Größe des Landes erhält der Grundbesitzer von der Landbank 25 bis 35 % der Entschädigungssumme in bar, den Differenzbetrag in Staatsanleihen, die jederzeit eingelöst werden können.

– Öffentliche Ländereien unter Bewirtschaftung transnationaler Konzerne sollen für einen Erwerb, bzw. für die Verteilung unmittelbar zur Verfügung stehen. Allerdings sollen die bestehenden Pachtverträge bis 1992 und auch darüberhinaus eingehalten werden. Auch bleibt es transnationalen Konzernen überlassen, als Alternative zur Landreform Gewinnanteile an die Beschäftigten (zwischen 3 und 6 % des Nettogewinns) auszuschütten.

– Ausgenommen von der Landreform sind unter anderem Naturschutzgebiete, Militärgelände, Versuchsfarmen, Land in Kirchenbesitz, sowie kommerzielle landwirtschaftliche Betriebe, wie Rinderfarmen, Geflügel-, Schweine und Fischzuchtbetriebe, sowie Gärtnereien und Obst- und Gemüseplantagen.

– Die Finanzierung der Landreform soll aus den Erlösen von in- und ausländischem Staatsbesitz, sowie aus konfisziertem Besitz von Marcos und seinen Günstlingen erfolgen. Für die flankierenden wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen (Kreditprogramme, landwirtschaftlicher Beratungsdienst usw.) sollen Mittel von ausländischen Geldgebern eingeworben werden.

Was bringt die Landreform?

Großgrundbesitz in den Philippinen ist kleiner Großgrundbesitz. Unter landwirtschaftlichen Bedingungen in denen schon 1 ha Land das Existenzminimum für eine Familie sichern kann, beginnt Großgrundbesitz bereits mit sehr kleinen Flächen. Nur knapp 15.000 Grundbesitzer nennen mehr als 25 ha ihr Eigen.

Landwirtschaftliche Betriebe in den Philippinen

Eine wirkliche Landreform unter solchen Bedingungen muß dreierlei im Auge behalten: Erstens muß sie die Flächen, die die Grundbesitzer behalten dürfen, sehr niedrig ansetzen, wenn sie überhaupt etwas bewirken will. Zweitens muß die Umverteilung des Landes unter Bedingungen ge-

Landwirtschaftliche Betriebe in den Philippinen

Größe	Zahl	Prozent	Fläche (ha)	Prozent
Unter 3 ha	2.353.835	68,8	2.891.200	29,7
3 bis 7 ha	871.736	25,5	3.678.800	37,8
›7 bis ‹10 ha	76.421	2,2	630.800	6,5
10 bis ‹25 ha	103.723	3,0	1.406.400	14,5
25 ha und mehr	14.608	0,4	1.117.800	11,5
Summe =	3.420.323	100,0	9.725.200	100,0

(Quelle: Far Eastern Economic Review, 23.6.1988)


„Bei der Reisernte"

schehen, die den neuen Eigentümern erlauben, das kleine Stückchen Land, das sie erhalten, möglichst produktiv zu nutzen. Drittens greift eine solche Landreform so tief in die Machtstrukturen jedes Dorfes und jeder Provinz ein, daß ein starker politischer Wille und eine entsprechende Massenmobilisierung zu ihrer Verwirklichung nötig sind. Allen drei Aspekten wird das vorgelegte Landreformprogramm der Regierung Aquino nicht gerecht.

Die Kilusang Magbubukid ng Philipinas (KMP), die größte Bauernvereinigung in den Philippinen mit gegenwärtig 57 Regionalverbänden und etwa 800.000 eingetragenen Mitgliedern, erklärt in ihrer Stellungnahme zum Landreformprogramm vom 11.6.1988:

„Mit ihrer Unterschrift unter die Endfassung des Landreformgesetzes hat Präsidentin Aquino praktisch nur noch das Etikett an das fertige Produkt angebracht — ein Etikett, das die Kennzeichen der gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse und Gesellschaftsform in den Philippinen trägt... CARP wird die jahrhundertelange Armut und Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter nicht beenden, weil es das bestehende feudale System der Landmonopole nicht zerstört. Es wird das Land nicht von ausländischer Fremdbestimmung befreien, weil es transnationalen Konzernen die Kontrolle über riesige Ländereien überläßt. Mit diesem Gesetz erfüllt das Aquino-Regime nur seine Pflicht gegenüber der herrschenden Elite, nämlich eine Veränderung der Gesellschaftsordnung zu verhindern".

Wie sehr die Regierung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderung abgeneigt ist, zeigt sich in der Bestimmung des Gesetzes, die solche Pächter und Landarbeiter ausdrücklich von der Landreform ausschließt, die Brachland und Land von Marcos und seinen Günstlingen in eigener Regie in Besitz genommen haben.

Die KMP-Erklärung weist auf vier Hauptschwächen des Landreformgesetzes hin:

1. Besitz-Grenze

Eine Zurückhaltung von 5 ha pro Grundbesitzer von der Landreform — ohne Inanspruchnahme der zusätzlichen 3 ha je Kinder über 15 Jahren — bedeutet bereits, daß 51 % des privaten landwirtschaftlichen Besitzes von einer Landumverteilung ausgeschlossen sind. Darüberhinaus können sich die Landbesitzer das Land, das sie behalten wollen, selbst aussuchen und weiterhin von Pächtern bestellen lassen. Darüberhinaus sind sie — im Unterschied zu den Pächtern und Landarbeitern, die das Land später abzahlen müssen — an der Festsetzung des Preises beteiligt.

2. Prioritäten und Zeitraum für die Umsetzung

Die Verteilung von privatem Land steht an letzter Stelle der Prioritäten. Da nach CARP private Ländereien erst ab 1992 erfaßt werden sollen, besteht für die Grundbesitzer die Möglichkeit, nach Wegen zu suchen, um das Gesetz zu umgehen. Viele Schlupflöcher und Hintertüren des Gesetzes begünstigen das. Eine Klausel ermöglicht zum Beispiel den Großgrundbesitzern, wenn sie mit der festgesetzten Entschädigungssumme nicht einverstanden sind, vor Gericht zu gehen. Damit allein kann die Landumverteilung über viele Jahre verschleppt werden.

3. Land transnationaler Konzerne und „Corporate Farms"

CARP sieht zahlreiche Mechanismen vor, um die Ländereien unter Kontrolle transnationaler Unternehmen von einer Umverteilung auszuschließen. So dürfen Pachtverträge mit transnationalen Konzernen bis 1992 gelten — und darüber hinaus. Das schließt auch den Vertragsanbau ein, bei dem die Konzerne die Anbaufrucht, die Ankaufmenge und den Zeitpunkt des tatsächlichen Ankaufs bestimmen können. Ländereien, auf denen Agrarexportprodukte angebaut werden, oder auf denen Fischzucht betrieben wird, sind von der sofortigen Umverteilung ausgeschlossen. Eine eigene Behörde kann außerdem Land von der Verteilung ausschließen, wenn dies im „Interesse der nationalen Entwicklung" ist. Anstelle von Landumverteilung können die Konzerne ihre Arbeiter auch mit einer Gewinnbeteiligung oder der Übertragung von Kapitalanteilen entschädigen.

4. Festlegung des Landwertes und Entschädigung

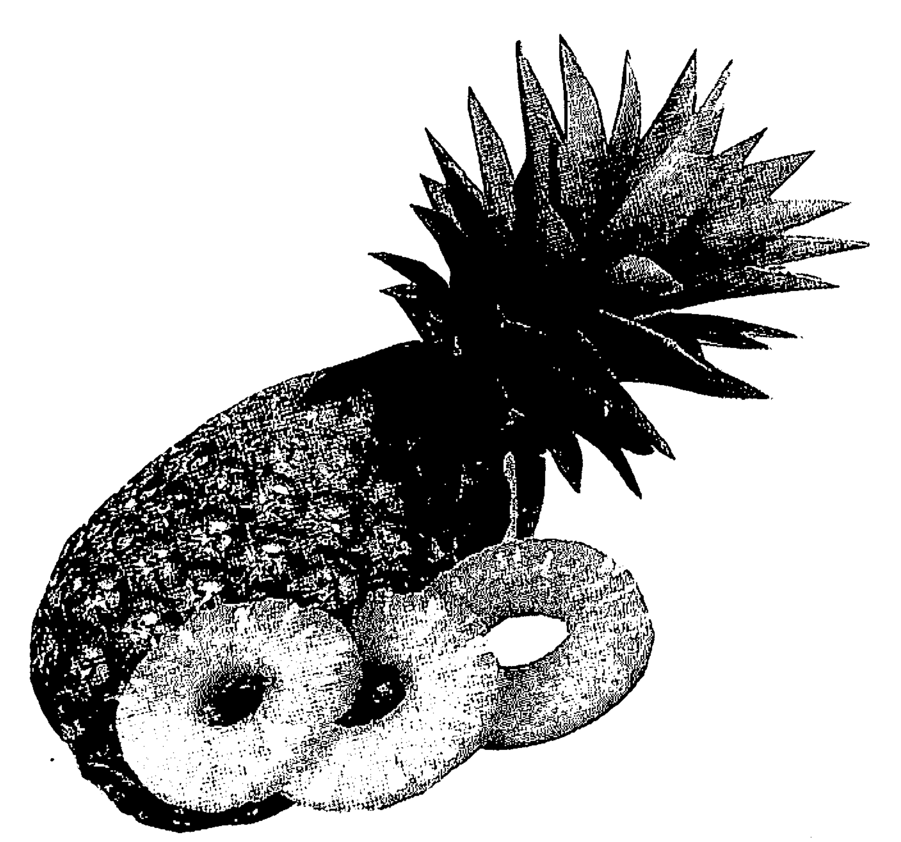
Das Landreformministerium, die Landbank und die Großgrundbesitzer einigen sich nach dem Prinzip der „gerechten Entschädigung" auf den Wert des Landes. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Gericht. Kann der begünstigte Bauer das Land nicht zum Marktpreis innerhalb von 30 Jahren mit 6 % Jahreszins zurückzahlen, wird ihm der Anspruch auf das Land aberkannt. Andererseits muß die großzügige Entschädigung der Grundbesitzer von der Regierung vorfinanziert werden. Ob die Finanzierung der Landreform derzeit überhaupt möglich ist, ist eine offene Frage.

Das Scheitern ist vorprogrammiert

Scheiterte die Landreform unter Marcos bereits daran, daß Bauern und Landarbeiter nur in den seltensten Fällen das Land zum Marktwert abbezahlen konnten, so mißachtet CARP erneut das Prinzip der freien Landverteilung, wie es vor allem vom KMP gefordert wird. Das Gesetz versteht unter Landreform viel zu eng und vordergründig die Übertragung von Besitztiteln. Eine wirkliche Agrarreform sollte jedoch nicht nur Besitzverhältnisse ändern, sondern auch neue Formen des Anbaus, der Vermarktung und flankierende wirtschaftliche und soziale Maßnahmen ermöglichen, die sorgsam auf die regionalen Bedingungen abgestimmt sind. Darin bleibt das neue Landreformgesetz weit hinter den Erwartungen der zahllosen philippinischen Kleinpächter und Landarbeiter zurück.

Philippinengruppe Stuttgart

Del Monte und die Sozialklausel



Einst war die United Fruit Company das Sinnbild für die Allmacht der Multis in der Dritten Welt. Mit dem Nestlé-Boykott zeigte sich, daß einem Multi von seiten kritischer Konsumenten zumindest teilweise beizukommen ist. Allein, das waren punktuelle Aktionen. Zu Beginn der 80er Jahre entstand dann in der Schweiz das Konzept einer „Sozialklausel", das versuchen sollte, Multis — in diesem Fall Del Monte — „einem juristisch abgesicherten Regelwerk zu unterstellen", wie die Initiatoren (verschiedene schweizer Hilfswerke) es selbst formulieren. Nicht zufällig war die Wahl auf Del Monte gefallen, einem US-Konzern, der 1979 von dem Tabakriesen R.J. Reynolds (Camel) aufgekauft und 1984 mit dem Nahrungsmittelkonzern, NABISCO vereinigt wurde. Der Reynolds Konzern rangiert seitdem unter den Top 50 der kapitalistischen Weltwirtschaft, mit einem Umsatzvolumen von 28,5 Mrd. DM im vergangenen Jahr (SZ, 2.8.88). Ein dicker Fisch also.

Die Praktiken von Del Monte

Seit Mitte der 70er Jahre entzündete sich heftige Kritik an den üblen Praktiken Del Montes bzw. seiner Tochtergesellschaft Philippine Packing Corporation (PPC) auf der südphilippinischen Insel Mindanao.

Del Monte hatte 1926 seine ersten Ananasplantagen im Hochland von Bukidnon errichtet (und 1930 eine Konservenfabrik in dem kleinen Küstenort Bugo am Stadtrand von Cagayan de Oro). In der damaligen US-Kolonie in Südostasien herrschten optimale Bedingungen. Zu Beginn der 70er Jahre wendete die Ausrufung des Kriegsrechts durch Marcos Gefahren von seiten nationalistischer Kräfte für das Schalten und Walten Del Montes und anderer ausländischer Konzerne auf den Philippinen ab. Und der Ananas-Produzent nutzte die Gunst der Stunde: 1974 begann PCÇ sein Expansionsprogramm mit dem Ziel, zu den bereits gut 14.000 kontrollierten Hektar Land weitere 10.000 zu bekommen. Die damalige philippinische Verfassung begrenzte den Landbesitz von Ausländern auf 1024 Ha (heute 1000), so daß Del Monte Land pachten mußte. Dabei wurden zahlreiche der meist dem Volk der Hingaonon angehörigen Kleinbauern Bukidnons, die keine individuellen Landrechtstitel kannten, mit juristischen Tricks übers Ohr gehauen. Andere wurden zur Verpachtung ihres Bodens gezwungen, indem ihnen der Zugang zu ihren Feldern versperrt oder ihnen gar ein Schlägerkommando in die Hütte geschickt wurde. Hinzu kamen weit unter der staatlich festgesetzten Armutsgrenze liegende Löhne und die Mißachtung von Gewerkschafts- und Arbeitsrechten durch Del Monte.

Schutz durch Sozialklausel?

Amerikanische Mennoniten brachten diese Informationen in den Westen, wo sie mit dem Handbuch „Hunger ist ein Skandal", das 1981 von der Gruppe „Erklärung von Bern" herausgegeben wurde, breitesten Widerhall fanden. Verschiedene Aktionsgruppen und kirchliche Hilfswerke entwikkelten daraufhin die Idee einer „Sozialklausel", in der sich Del Monte — und perspektivisch auch andere Multis — verpflichten sollten, national und international geltende Rechtsbestimmungen (ILO-Richtlinien) bei den Tochtergesellschaften in der Dritten Welt zu garantieren. Der Migros-Genossenschafts-Bund (MGB), schweizerischer Del Monte-Alleinimporteur, legte nach beginnenden Konsumboykotten dann auch 1983 eine mit Del Monte vereinbarte „Sozialklausel" vor, worin sich der Konzern verpflichtete, in seinen Niederlassungen in Kalifornien, Italien, Griechenland, Kenia, Süd-Afrika, Mexico und den Philippinen „den Arbeitern in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht überdurchschnittliche Bedingungen" zu gewähren. Aber was heißt „überdurchschnittlich" in einem Land der Dritten Welt? So lehnten die Hilfswerke diese „Sozialklausel" zunächst als zu vage ab, formulierten einen qualifizierteren Gegenvorschlag, der wiederum von MGB/Del Monte als unpraktikabel zurückgewiesen wurde. Dennoch einigten sich die Kontrahenten auf eine „Evaluationsreise" auf die Philippinen, um die oben zitierte „Sozialklausel" ob ihrer Einhaltung zu überprüfen. Im Februar 1987 reisten VertreterInnen von Hilfswerken, MGB und Del Monte Europe in die Inselrepublik. Nach einem äußerst positiven Pressecommuniqué ließ der eigentliche „Evaluationsbericht" auf sich warten: Ende letzten Jahres wurde er unter dem Titel „Testfall Ananas" veröffentlicht.

Es geht nicht nur um Lohn

Die Internationale Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations & Aktionsnetzwerk), die seit drei Jahren den „Fall" Del Monte verfolgt, und es übernommen hatte, die Möglichkeit der Übertragung des „Sozialklausel"-Konzepts auf die

BRD zu prüfen, hat in einer ausführlichen Stellungsnahme dem „Testfall Ananas" eine klare Absage erteilt. Die schweizer Hilfswerke, mit „Brot für Brüder" an der Spitze, haben sich offenbar zu sehr von den relativ besseren Löhnen bei PPC, die aber immer noch um 40–50% unterhalb der Armutsgrenze auf den Philippinen liegen, blenden lassen und sind möglicherweise einer verfehlten Analyse der politischen Situation nach dem Machtantritt Corazon Aquinos aufgesessen. Während „Testfall Ananas" die „Sozialklausel" als erfüllt ansieht, hat FIAN von der „Sozialklausel"-Idee Abschied genommen und will sich um die Einhaltung der Gewerkschafts- und Landrechte im Gebiet von Del Monte auf Mindanao, über die in der Sozialklausel kein Wort verloren wird, bemühen.

Diese Problemkreise sind von der schweizer Delegation weitgehend ausgeklammert oder zumindest mit großer Blauäugigkeit behandelt worden, wie auch die Plantagenwirtschaft à la Del Monte im Rahmen der umfänglichen Landreformdiskussion auf den Philippinen von den schweizer Hilfswerken überhaupt nicht beachtet wurde. Sich nur auf die Lohnfrage zu konzentrieren, schüfe laut FIAN die Gefahr, „Del Monte geradezu ein Alibi (zu bieten), ihre Plantagen weiter auszudehnen". Das würde aber dem Interesse der dort lebenden Menschen keineswegs nutzen, denn der „Grad der Verelendung und Massenarmut (in dem PPC-Gebiet, d.Vf.) unterscheidet sich nicht von dem in anderen Regionen der Philippinen." (Testfall Ananas, S. 48)

Auch in der Schweiz regte sich Protest gegen „Testfall Ananas": Thomas Weisshaupt, Sekretär der Gruppe Schweiz-Philippinen, verstand die Aktion sarkastisch als einen „Werbegag" für MGB und Del Monte. In kirchlichen Kreisen zeigte sich allerdings kein Widerstand, zumindest nicht öffentlich. Die zeitweise real existierende Gefahr, deutsche Hilfswerke könnten sich die verkürzte Sichtweise der Schweizer zu eigen machen, dürfte nun allerdings gebannt sein.



Auf dem Ananasfeld Foto: GTZ



Die Betroffenen in Mindanao selbst, die im übrigen heftig gegen die im „Testfall Ananas" vertretenen Positionen protestiert hatten, mußten jüngst wieder die Erfahrung machen, daß ihnen mit einer nur auf die Lohnfrage konzentrierten „Sozialklausel" bei der Wahrung bzw. Durchsetzung ihrer Gewerkschafts- und Landrechte nicht geholfen ist. Zum einen kam es im Frühsommer zu massiven Drohungen und Einschüchterungen von Gewerkschaftern bei Del Monte durch das Militär und die Vigilante-Gruppe „KADRE". So wurde u.a. ein Arbeiter, der vor der schweizer Delegation ausgesagt hatte, mit dem Tode bedroht und die PPC-Beschäftigten müssen unter Androhung von Lohnabzug an „Anti-Kommunismus-Kursen" teilnehmen. Ein erstes Ergebnis ist bereits zu vermelden: die National Federation of Labour (NFL), eine eher „gemäßigte", firmenangehörige Gewerkschaftsgruppierung hat die Wahlen auf den Del Monte Plantagen in diesem Sommer verloren. Die massiven Einschüchterungen gegen Gewerkschafter konnte ich im vergangenen Jahr selbst erleben: ihre Vertreter zogen es vor, nicht im Umkreis der Plantagen mit mir zu reden und eine Übernachtung in ihren Wohngebieten war zu gefährlich für den Gastgeber, den man dann mit unliebsamen ausländischen Kritikern unter einer Decke stecken sah.

Widerstand bei den Kleinbauern

Gleichfalls zugespitzt hat sich die Situation für die Kleinbauern in der Gemeinde Impasug-ong/Bukidnon, direkt angrenzend an die riesigen Ananasfelder. Bereits zu Beginn der 80er Jahre hatte Del Monte sich hierhin ausdehnen wollen, war aber an dem Widerstand der Bewohner gescheitert und hatte öffentlich versprochen, alle Expansionspläne aufzugeben und ein Wassersystem für Impasug-ong zu errichten. „Psychologische Kriegsführung muß man das wohl nennen, denn Del Monte will in jedem Fall weitere Ländereien anpachten", meinte damals Totong Uy von der KAANIB-Farm in Impasug-ong. Diesem von Misereor finanzierten Farmprojekt ist es gelungen im Rahmen einer Genossenschaft mit angepaßter Technologie den Maisanbau lohnend zu machen, so daß Del Montes wiederholte Offerten an die Kleinbauern, endlich ihr Land zu verpachten, gegenstandslos geworden sind. Zudem hatte es sich rumgesprochen, daß längst nicht jeder Pächter eine Anstellung bei PPC bekommt

und die vom Konzern gezahlte Pacht von 1500 Pesos (= 140 DM) pro Hektar und Jahr weit unter den möglichen Erträgen der eigenen Bewirtschaftung liegt. Es war sicherlich zu einem Großteil der Arbeit von KAANIB zu verdanken, daß ein erneuter Versuch Del Montes im vergangenen Jahr scheiterte, Land in Impasug-ong zu erwerben. Die Gemeinderäte, die damals von Kräften der ehemaligen Anti-Marcos-Oppositionen getragen waren, stimmten gegen die Expansion Del Montes. Druck von außen (FIAN, Mennoniten, die schweizer Delegation, die während der fraglichen Zeit vor Ort waren), tut ein übriges. Inzwischen ist in Imapsug-ong der alte Gemeinderat aus der Marcos-Zeit nach den Kommunalwahlen vom Januar wieder im Amt, der ebenso wie der ehemalige Plantagenchef von PPC, Juan Moran, in den vergangenen Jahren Ländereien aufgekauft hat, um sie nun an Del Monte verpachten zu können. Die örtliche Elite weiß die Widersprüche lukrativ zu nutzen. Hinzu kommt seit diesem Frühjahr, daß zahlreiche der größeren Bauern ihre Ländereien an Del Monte verpachten, um jeder möglichen Auswirkung des Landreformgesetztes der philippinischen Regierung zu entgehen. (S. Artikel über Landreform auf den Philippinen in diesem Heft.) Das Gesetz sieht vor, die ausländischen Plantagen für den Fruchtexport unangetastet zu lassen und an sie verpachtetes Land für 10 Jahre von jeder Verteilung auszunehmen. Auf diese Weise gelang es PPC bereits bis Mai 250 Hektar Land in Impasug-ong zu erpachten. Und erneut will der Konzern die Gunst der Stunde nutzen: im Juni ist PPC dazu übergegangen, seine Infrastruktur auszubauen. Einige seiner Straßen führen über die Maisfelder von ansässigen Kleinbauern, die einfach von Bulldozern plattgewalzt wurden. Eine bereits seit den 70er Jahren erprobte Einschüchterungs- und Ermürbungstaktik.

In Impasug-ong/Bukidnon hat sich nun allerdings erstmals und postwendend eine breite Widerstandsfront aus Bauern, Genossenschaftlern, Mitgliedern der Kirche, NGO's und Akademikern am 30. Juni zum „Stop Expansion and Exploitment by Del Monte Movement" (SEED) zusammengefunden. SEED hat vom 7.–11. Juli die Zufahrtswege zu den Ananasplantagen Del Montes erfolgreich blockieren und damit immerhin Medienaufmerksamkeit erzwingen können, die allerdings bislang zu nicht mehr als einigen kleineren verbalen Zugeständnissen Del Montes geführt haben. Von den grundsätzlichen Expansionsplänen hat der US-Konzern jedoch keinen Abstand genommen. Zu lohnenswert sind sowohl das politische Klima auf den Philippinen für den ausländische Agrobusiness als auch die Absatzmöglichkeiten für Ananas auf dem Weltmarkt. Die tropische Frucht war im 1. Halbjahr 1987 achtwichtigstes Exportgut der Philippinen (zu 99% von Del Monte und Dole, einem anderen US-Konzern (Castle & Cook), der gleichfalls in Mindanao vertreten ist, produziert), mit einer Wachstumsrate von 12,3 %.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß die „Sozialklausel" der Schweizer Hilfswerke nur wenig Auswirkungen hat. „Überdurchschnittliche" Löhne von umgerechnet 8 DM am Tag zu zahlen, kann sich ein Multi wie Del Monte problemlos leisten. Er wird das sogar gerne tun, wenn er sich damit im Westen, wohin 90 % der in Bukidnon geernteten Ananas exportiert werden, ein gutes Image verschaffen kann. Sollte eine „Sozialklausel" überhaupt Wirkung haben, müßte sie die Gewerkschafts- und Landrechte der im Umfeld der Plantagen lebenden Bauern miteinbeziehen.

FIAN hat sich inzwischen zu einer Eilaktion zur Verteidigung der Land- und Gewerkschaftsrechte in der PPC-Region entschlossen. Entsprechende Briefe, die von den Volksorganisationen vor Ort als wichtige Unterstützung angesehen werden, sind beim FIAN-Sekretariat (Postfach 102 243, 69 Heidelberg) erhältlich.

Frank Braßel



„Die strukturellen Ursachen der Armut werden ausgeblendet"

Im Vergangenen Juni veranstaltete der „Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit" des deutschen Bundestages ein Hearing zum Thema: „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe". Im folgendem Interview mit Mary-John Mananzan aus Manila — einer geladenen Sachverständigen — wird die Unfähigkeit der Entwicklungshilfeorganisationen, die strukturellen Armutsursachen in ihre Projekte zu integrieren, kritisiert. Zugleich wird eine grundsätzlich Einschätzung der Rolle der NRO's (regierungsunabhängige Organisationen) im Entwicklungsprozeß der „Dritte-Welt-Länder" gegeben. Schwester Mary-John ist eine Vertreterin des philippinischen Frauendachverbandes GABRIELA, der 1984 mit 54 Mitgliedsorganisationen gegründet wurde und heute über 80 Organisationen umfaßt.

Schwester Mary John, Sie haben als Sachverständige an dem öffentlichen Hearing des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages über „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe" teilgenommen. Meinen sie, daß das Hearing Wege aufgezeigt hat, wie die Armut in vielen Entwicklungsländern durch die bundesdeutsche Entwicklungshilfe wirksamer bekämpft werden könnte?

Mein eigener Eindruck von dem Hearing war, daß jeder über Partizipation, Basisorganisation etc. redete, aber von niemandem ausgeführt wurde, wie die Geber ihre Arbeitsweise konkret ändern sollen, damit die Armen in der Dritten Welt wirklich erreicht werden.

Die Sachverständigen stimmten alle darin überein, daß Armut nicht auf Eigenverschulden der Betroffenen zurückgeführt werden kann, sondern politische und ökonomische Ursachen hat, die in den Gesellschaftssystemen der Dritten Welt und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd wurzeln. Aber eigentlich wurden diese Armutsursachen in ihrer Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit kaum diskutiert.

Meiner Meinung nach läßt sich genau an diesem Punkt aufzeigen, welchen Zwängen sich die großen Entwicklungshilfeorganisationen beugen und warum sie in ihrer Entwicklungsarbeit die strukturellen Ursachen der Armut weitgehend ausblenden: Da die meisten Projekte über die Regierung laufen, haben die Entwicklungshilfeorganisationen Angst, daß ihre Aktivitäten von der Regierung als subversiv eingeschätzt werden könnten. Deshalb sind sie nicht bereit, auch wenn sie die strukturellen Armutsprobleme des Entwicklungslandes, in dem sie arbeiten, kennen, sich mit diesen näher zu befassen und damit wirklich etwas gegen die Armut zu unternehmen.

Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat seit einigen Jahren eine Arbeitsgruppe (ES 31) konzeptionelle Vorstellungen zum Thema Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe erarbeitet. Glauben Sie, daß von dieser Konzeption, würde sie in die Praxis umgesetzt, Wirkungen ausgehen könnten, die den Entwicklungsbeitrag der deutschen Entwicklungshilfe bei der Armutsbekämpfung erhöhen?

Ich bin davon überzeugt, daß das Konzept des Ministeriums einen grundlegenden Fehler hat. Es berücksichtigt fast nur die einkommensschaffende Seite der Entwicklungsarbeit. Die politischen und sozialen Bedingungen der Selbsthilfe bleiben außen vor. Der Fragebogen, den wir Sachverständigen in diesem Zusammenhang beantworten sollten, enthält weder Fragen zur Rolle der Organisation der Armen noch zu der dazu notwendigen Ausbildung. M.E. sind solche Projekte wenig hilfreich. Sie können letztlich nur scheitern, da nur die einkommensschaffende Seite gesehen wird, die Armen aber nicht in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Organisationen aufzubauen und zu leiten.

Zweitens ergibt sich bei Projekten, die als erfolgreich bezeichnet werden, die Frage, worin denn dieser Erfolg eigentlich besteht. Er besteht darin, die Menschen mit Gesellschaftsstrukturen zu versöhnen, die für die Mehrheit der Bevölkerung nur bittere Armut bereithalten. Solche Projekte steigern die Legitimation des Systems, so daß es von den Armen nicht mehr hinterfragt wird und die grundsätzlichen Ursachen der Armut verdeckt bleiben. Die Einkommenssteigerung mag bei den betroffenen Armen den Eindruck erwecken, daß es bergauf gehe, in Wahrheit aber werden die Ursachen der Armut verfestigt, nämlich die ungleiche Verteilung der Ressourcen und die ungerechten internationalen Beziehungen zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern.

Der Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die im Auftrag der Bundesregierung den größten Teil der technischen Entwicklungszusammenarbeit abwickelt, führte während des Hearings aus, daß — nimmt man direkte und indirekte Armutsbekämpfung zusammen — ca. 50% der GTZ-Mittel für die Armutsbekämpfung eingesetzt würden. Er rechnete auch Regierungs- und Verwaltungsberatungsprojekte in die Kategorie „Armutsbekämpfung". Solche Projekte sollen u.a. dazu dienen, die Regierungen in den Entwicklungsländern davon zu überzeugen, daß die Partizipation der Bevölkerung für den ländlichen Entwicklungsprozeß unverzichtbar ist. Glauben Sie, daß solche Beraterprojekte Regierungen in der Dritten Welt wirklich dahingehend beeinflussen können, daß sie mehr für die Armen ihres Landes tun?

Ich kann mir nicht vorstellen, warum soviel Geld ausgegeben werden muß, um Regierungen zu überzeugen, daß die aktive Beteiligung der Bevölkerung an Entwicklungsprojekten wichtig ist. Die Regierungen selbst haben eben nur ein geringes Interesse an der wirksamen Bekämpfung von Armut und daher auch an der Beteiligung der Armen an den Projekten. Solange sich deren Beteiligung auf das Projekt selbst beschränkt wird das toleriert. Wird die Beteiligung aber politisch oder sollen soziale Organisationen der Armen gefördert werden, gehen die Regierungen auf Distanz. Die Geberorganisationen versuchen oft, die Beteiligung der Bevölkerung über Nicht-Regierungsorganisationen (NRO's) zu erreichen. Aber 'Partizipation' läßt sich nicht dadurch sicherstellen, daß man einer NRO angehört. Denn eine NRO ist noch lange keine Organisation der Bevölkerung. Es gibt NRO's mit nur fünf Mitgliedern.

Spielen Sie damit auf das Projekt der GTZ auf der Halbinsel Bondoc (Südostluzon, Philippinen) an?

Ja, auch hier hat die GTZ längst nicht alle NRO's konsultiert. Aber es kann nicht nur um Konsultation gehen. Ich meine, wenn man ernsthaft von Partizipation der Bevölkerung an Entwicklungsprojekten sprechen will, dann muß die Bevölkerung von Anfang an an den Entscheidungen des Projekts beteiligt werden, d.h. bereits im Planungsprozeß, bei der Durchführung und selbst bei der Evaluierung. Hier liegt das

Kernproblem und davon wurde auf dem Hearing so gut wie nicht geredet. Am Beispiel des Bondoc-Projekts läßt sich dies gut verdeutlichen. Die Frage ist, ob das Ziel des Projekts wirklich Armutsbekämpfung ist oder vielmehr nicht 'Aufstandsbekämpfung'. Das Projekt hat eine große Infrastrukturkomponente.

Es wird argumentiert, daß die fehlende Infrastruktur die Produktionssteigerung der Bauern behindere, da keine Vermarktungsmöglichkeiten bestünden. Aber zwei Gründe sprechen gegen die Annahme, es gehe um Armutsbekämpfung. Zum einen sind die Bauern zum sehr großen Teil Pächter. Zum anderen würde, wenn die Vermarktung das Hauptkriterium wäre, für den Anfang jedenfalls, eine große Straße durch das Gebiet völlig ausreichen. Stattdessen sind vielen Stichstraßen in das Innere der Halbinsel geplant, die das Gebiet dem Zugriff der Militärs erschließen, die dadurch die auf Bondoc sehr aktive Nationale Volksarmee (NPA) besser bekämpfen kann.

„Das Parlament der Straße"



Mary-John, lassen Sie uns etwas ausführlicher auf das Thema der NRO's und die Armutsbekämpfung zu sprechen kommen, denn sie sollen ja im neuen BMZ-Konzept eine wichtige Rolle spielen. Was halten Sie von der Idee, NRO's stärker in die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren bzw. mehr bundesdeutsche Mittel über deutsche NRO's in die Dritte Welt zu bringen? Glauben Sie, daß dies z.B. ihre Arbeit, also die des philippinischen Frauendachverbandes GABRIELA, nachteilig beeinflussen könnte?

Was GABRIELA angeht, so achten wir sehr darauf, daß wir von allen politischen Parteien unabhängig bleiben. Wir wollen uns die Freiheit bewahren, immer dann kritisieren zu können, wenn wir das für angebracht halten. Das bedeutet, daß wir zu mächtigen Organisationen (also u.U. auch Geberorganisationen) Distanz bewahren müssen, denn diese Organisationen könnten ihren Einfluß dazu nutzen, unsere gesellschaftliche Kritikfunktion zu schwächen.

Was für einen Eindruck haben Sie von anderen NRO's auf den Philippinen. Verfolgen Sie eine ähnliche Strategie?

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von NRO's, die die Regierung nicht kritisieren und sogar sofort zu einer Kooperation mit ihr bereit wären.

Können Sie uns einige Beispiele geben?

Ich würde lieber darauf verzichten...

Die Guerilla auf den Philippinen versucht die Regierung mit militärischen Mitteln zu bekämpfen und betrachtet das als den einzigen Weg zur Überwindung der ländlichen Massenarmut. Im Gegensatz zur NPA (Nationale Volksarmee) versuchen Soziale Aktionsgruppen (cause oriented groups) auf dem legalen Weg, gegen die Regierung und für die Armen zu kämpfen. Glauben Sie, daß diese beiden Oppositionsformen sich gegenseitig behindern oder gar ausschließen, d.h. daß die NRO's durch ihre Arbeit den bewaffneten Kampf der NPA schwächen?

Das kommt darauf an. Die 'cause oriented groups' sind nicht unbedingt mit den NRO's gleichzusetzen. Die legale Opposition umfaßt viele Gruppen, von den Ultrarechten, bis zu den radikalen Linken. Es kommt also darauf an, welche NRO Sie meinen. Der Begriff 'cause oriented Groups' deutet auf bestimmte Organisationen hin, bei deren Aktivitäten ich keinen Grund sehe, der die legitimen Ziele der NPA — also nach ihren eigenen Angaben die wirkliche Überwindung der ländlichen Armut — negativ betreffen könnte.

Die Ziele der NPA und der 'cause oriented groups' sind in meinen Augen komplementär, denn beide analysieren die Gesellschaftsstrukturen auf den Philippinen sehr ähnlich. Sie haben daher die gleichen strukturellen Ursachen der Armut erkannt und die gleiche Version von einer zukünftigen Gesellschaft entwickelt. Auch wenn es nicht immer eine organische Verbindung zwischen der NPA und den 'cause oriented groups' gibt können Gruppen, deren Gesellschaftsanalyse der der NPA gleicht, nicht konträr zu deren Zielen stehen.

Wie hoch schätzen Sie das soziale Druckpotential der 'cause oriented groups' ein, das die Regierung zwingen könnte, armutsbekämpfende Reformen durchzuführen?

Wenn diese Gruppen in einer gesellschaftlichen Machtposition wären, so daß ihr gesellschaftlicher Einfluß zum Rücktritt der Regierung führen könnte, dann wäre auch der Einfluß gegeben, armutsbekämpfende Reformen durchzusetzen. Aber dieses Potential gibt es noch nicht. Aber es könnte durchaus eine Entwicklung geben, die zu so starken Volksorganisationen führt. Ein Beispiel dafür ist der Streik im Zusammenhang mit der Ölpreiserhöhung der philippinischen Regierung im Sommer 1987. Die cause-oriented-groups haben zusammen mit den Jeepneyfahrer einen landesweiten Transportstreik organisiert, der die Regierung zwang, die Subventionskürzung um

50% zu reduzieren. Wenn die Schwungkraft einer solchen Bewegung intensiviert und ausgebaut werden könnte, dann ließe sich das Druckpotential der cause oriented groups steigern. Aber die Chancen dafür sind gering.

Was halten Sie von der Wiedereinführung der Demokratie auf den Philippinen? Kann der politische Einfluß der Armen dadurch größer werden, regelmäßige Wahlen vorausgesetzt?

Zunächst müssen wir zwischen demokratischen Formen und Prozessen unterscheiden. Auf den Philippinen gibt es zur Zeit demokratische Formen, aber keine wirklichen demokratischen Prozesse. Die letzten Wahlen haben wieder einmal gezeigt, daß es nur darauf ankommt, wieviel Geld jemand hat. Wer Geld hat, kann gewöhnlich soviele Stimmen kaufen, daß es zum Wahlsieg reicht. Solange eine solche Beziehung zwischen Wählern und Gewählten besteht, kann es nur demokratische Formen geben, aber keine wirklichen demokratischen Prozesse. Solange es aber keine demokratischen Prozesse gibt, werden die Armen nicht in der Lage sein, ihre eigene Regierung ins Amt zu wählen. Und genau deshalb ist es meiner Ansicht nach so wichtig, daß zuerst die Landfrage gelöst werden muß, denn nur dann kann sich die Elite nicht mehr so leicht durchsetzen.

Lassen Sie mich ein Beispiel für eine solche Entwicklung geben. Im indischen Bundesstaat West-Bengalen gibt es seit 1977 eine kommunistische Landesregierung. Diese Partei, eher sozialistisch-demokratisch als marxistisch-leninistisch orientiert, hat es geschafft, den Entwicklungsbeitrag von Armutsprogrammen zu steigern. Sie hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Pächter durch eine Fixierung der Grundrente und die Registrierung der Pächter durchgesetzt, damit sie vor der Willkür der Grundherren besser geschützt sind. Seit der Unabhängigkeit Indiens wurden in diesem Bundesstaat bis 1977 ganze 60.000 Pächter registriert. Seit dem Regierungsantritt der Kommunisten sind es 1,2 Millionen. Vorausgegangen war seit den frühen 70er Jahren eine intensive bewußtseinsbildende Arbeit der Parteikader auf lokaler Ebene. Halten Sie einen solchen Prozeß auch in den Philippinen für möglich?

Höchstens langfristig, wenn überhaupt. Denn solange jeder, der auch nur im geringsten Verdacht steht, 'rot' zu sein, sich verdächtig macht und staatlichen Repressionen ausgesetzt sein kann, bestehen für solche Personen und Organisationen nur geringe Wahlchancen. Jedenfalls nicht für die politisch entscheidenden Ämter auf nationaler Ebene und in der Provinz.

Die philippinische Regierung bekommt z.Z. große finanzielle Unterstützungen von den Industrieländern. Die USA haben ihre Militärhilfe beträchtlich erhöht, die Japaner haben der Regierung großzügige Kredite gewährt und auch die BRD hat die Länderquote im Rahmen der Entwicklungshilfe deutlich gesteigert. Welchen Einfluß hat dies auf den Kampf der NPA?

Natürlich hat sich die Lage der NPA verschlechtert. Es gab viele Verhaftungen, wichtige Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden festgenommen, das Militär verfügt über mehr und bessere Waffen, die NPA anzugreifen. Aber insgesamt glaube ich, daß der Druck der Regierung die Kraft der NPA nicht brechen kann. Mein Eindruck ist, daß der Zulauf zur NPA wieder steigt. Das gleiche gilt für die Zunahme von Basisorganisationen. Trotz aller Ermordungen und Gefahren hat in den letzten sechs Monaten eine Intensivierung des Organisationsgrades der Basis stattgefunden.

Gehen wir zum Abschluß auf die langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Philippinen ein. Es sieht so aus, daß die NPA nicht in der Lage ist, die Regierung zu stürzen, die Regierung aber ebenfalls nicht in der Lage ist, die Guerilla auszuschalten. Was sind die Konsequenzen aus dieser Situation?

Ich glaube, daß die Geschichte der Philippinen an einem Punkt angelangt ist, an dem die Zukunft nicht mehr vorausgesagt werden kann. Wir haben Szenarien gemacht und überlegt, was als nächstes kommt. Aber ich kenne heute keinen Politikwissenschaftler, der eine tragfähige, durchdachte Alternative präsentieren könnte. Es sind so viele Faktoren zu berücksichtigen, so daß niemand weiß, was kommen wird. Und dies ist ein sehr schlechter Zustand für ein Land.

Sicher ist dagegen, daß sich die Lage der Bevölkerung in der näheren Zukunft nicht verändern wird. Trotz aller Angriffe des Militärs auf die NPA und der anderen Methoden der Aufstandsbekämpfung wird die Guerilla weiterexistieren, denn die strukturellen Ursachen der Armut bleiben ungelöst. Deshalb kann auch eine militärische Lösung keinen Ausweg bieten. Denn was würde ein totaler Krieg gegen die NPA bedeuten: Man würde versuchen 25.000 NPA-Soldaten umzubringen. Aber man sagt, daß die Leben von 5 Regierungssoldaten nötig seien, um einen NPA-Soldaten zu töten. Und was ist mit den Zivilisten, die zwischen der NPA und den Regierungstruppen stehen?

Solange die strukturellen Ursachen der Armut nicht beseitigt werden, wird auch die nächste Generation ihre Kinder in die Berge schicken.

Der Krieg geht weiter

Im April 1988 wurden in Genf die Genfer Afghanistan-Vereinbarungen unterzeichnet. Die Regierungen Afghanistans, Pakistans, der Sowjetunion und der USA verständigten sich auf Prinzipien, die in der UNO-Charta und anderen Bestandteilen des Völkerrechts ohnehin schon für verbindlich erklärt sind und schufen damit die politischen Voraussetzungen für einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Der Abzug begann daraufhin bereits Mitte Mai dieses Jahres.

Die Genfer Verträge und der Abzug der sowjetischen Interventionstruppen werden allerdings in absehbarer Zeit nicht zum Frieden in Afghanistan führen. Schließlich hatte die Sowjetunion in einen Bürgerkrieg interveniert, und diesen nicht erst verursacht. Und die Ursachen des Bürgerkrieges, nämlich die tiefgreifenden sozialen und politisch-religiösen Konflikte innerhalb des Landes, sind alles andere als gelöst. Eher wurden sie durch den jahrelangen Krieg noch zugespitzt.

Die Genfer Abkommen führen vorläufig zu drei konkreten Ergebnissen: dem Abzug der sowjetischen Truppen, der Verschärfung der Konflikte zwischen Regierung und Mudjahedin und zunehmenden — auch gewaltsam ausgetragenen — Konflikten innerhalb der Mudjahedin-Allianz.



Anmerkungen zur Vorgeschichte

Afghanistan ist ein extrem armes und wirtschaftlich wenig entwickeltes Land. Weder aufgrund seiner internen ökonomischen Entwicklung, noch aufgrund eines (fehlenden) Reichtums an Bodenschätzen hat Afghanistan es zu auch nur bescheidenem Wohlstand gebracht. Rosinen, Tierhäute, Halbedelsteine und — immerhin — Erdgas sind die wichtigsten Exportprodukte. Industrien im nennenswerten Umfang gibt es nicht. Der ökonomische Standard wird dadurch gekennzeichnet, daß es nicht einmal Statistiken über den Umfang des Bruttosozialproduktes gibt. Schätzungen besagen, daß etwa 80% der Afghanen von der Landwirtschaft leben.

Die politische Tradition entspricht diesen Bedingungen — und den geographischen und topographischen Gegebenheiten: große Teile des Landes sind zerklüftet oder sonstwie schwer zugänglich, Infrastruktur im Verkehrsbereich ist höchst mangelhaft. Entsprechend zersplittert war in Afghanistan traditionell die politische Macht und der ökonomische Einfluß. Stämmeshäuptlinge, traditionelle Anführer eines Dorfes oder einer kleinen Region, religiöse Führer (insgesamt etwa eine Viertelmillion bei einer Bevölkerung von 13—19 Millionen) bestimmten das Leben auf dem Land. Darüber, entrückt und oft einflußlos, „regierte" eine Regierung in Kabul, die in aller Regel auf die Kooperation der jeweiligen Dorf- und Stammesgrößen und religiösen Führer angewiesen war, wenn sie innerhalb der Städte etwas erreichen wollte. Nicht einmal eine so grundlegende Staatstätigkeit wie das Steuerwesen funktionierte auf dem Land, einflußreiche Stämme entzogen sich dem Militärdienst, ohne daß die Regierung dagegen hätte vorgehen können. Einer zersplitterten und höchst traditionalistischen islamischen Gesellschaft stand damit ein Staatsapparat gegenüber, der im größten Teil des Landes nur eingeschränkt oder gar nicht handlungsfähig war.

Den wirtschaftlichen und politischen Zuständen im Land entsprachen die sozialen Lebensbedingungen. Noch in den siebziger Jahren war das Rechtswesen in den Händen religiöser Gerichtshöfe, auf dem Land existierte kaum ein ordentliches Schulwesen, Frauen wurden durch Brautgelder gekauft oder verkauft. 90% der Bevölkerung insgesamt, 98% der Frauen konnten weder lesen noch schreiben. Der jämmerliche Lebensstandard der Bevölkerung wurde durch ein Geflecht persönlicher Abhängigkeiten und Loyalitäten zementiert, Hoffnung auf sozialen Wandel und wirtschaftliche Entwicklung war gering.

Verschiedene Regierungen in Kabul hatten mehrfach versucht, diese afghanischen Zustände zu durchbrechen. König Abdur Rahman hatte Ende des neunzehnten Jahrhunderts mit Gewalt, britischer Hilfe und einigem Geschick versucht, die Zentralge-

walt auf Kosten der Stämme und Clans zu stärken. Dabei konnte er, ebenso wie König Amanollah in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, nur begrenzte Erfolge verbuchen. In historischer Perspektive müssen die Ereignisse im Gefolge der „April-Revolution" von 1978 – einschließlich Bürgerkrieg – in diesem Zusammenhang betrachtet werden: als einer der periodisch wiederkehrenden und bisher immer gescheiterten Versuche, den Staatsapparat in Afghanistan zu stärken, funktionsfähig zu machen, und die entgegenstehenden partikularen Interessen zurückzudrängen. Eine nationalstaatliche „Modernisierung" und die Zurückdrängung oder Zerschlagung der anachronistischen sozialen und politischen Strukturen stand auf der Tagesordnung. Der Militärkorrespondent der liberalen britischen Tageszeitung The Independent, Mark Urban, formulierte treffend: „Wenn jemals ein Land eine Revolution nötig hatte, dann war es Afghanistan." Bis zum Ende der siebziger Jahre hatten alle möglichen, unterschiedlichen Regierungen die zentralen Aufgaben des Landes nicht einmal annähernd lösen können. „Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgend eine substanzielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben." Die traditionelle afghanische Gesellschaft bot ebenfalls keine Lösungsperspektive: sie war das Grundproblem.

Die „April-Revolution"

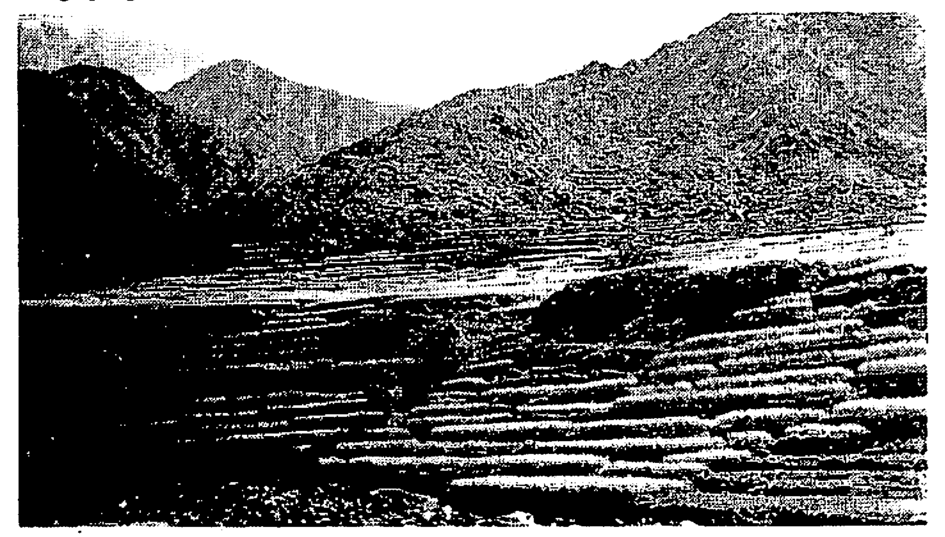
Ob die Ereignisse um den Regierungswechsel im April 1978 ein „Putsch" oder eine „Revolution" gewesen seien, wurde mit beträchtlichem Eifer diskutiert. Tatsächlich trägt diese Debatte einen etwas steril akademischen Charakter – oder sie wurde unter primär taktischen Gesichtspunkten einer Legitimierung oder Delegitimierung geführt. Die „April-Revolution" war der Form nach selbstverständlich ein Putsch. Einige progressive Militäreinheiten, deren Offiziere mit der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (PDPA) verbunden waren, stürzten die Regierung des Präsidenten Daoud, der 1973 durch einen Putsch den König Zahir Shah von der Macht verdrängt, zuerst einer reformistischen Linie gefolgt, dann aber scharf und repressiv gegen die Linke vorgegangen war. Wenn aber der Ablauf des Regierungswechsels einem klassischen Staatsstreich glich, so ging es in der Substanz doch um weit mehr, als um das bloße Austauschen von Personen: das Ziel war offen revolutionär, es ging um nichts weniger als eine völlige Umgestaltung der ökonomischen und politischen Verhältnisse des Landes, um eine nachholende Modernisierung, die die tradierten Machtstrukturen aufbrechen sollte.

Diese Ziele waren nicht nur legitim, sie waren für die zukünftige Entwicklung Afghanistans und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen auch sinnvoll und notwendig. Über die konkrete Praxis der PDPA ist damit allerdings noch nichts ausgesagt.

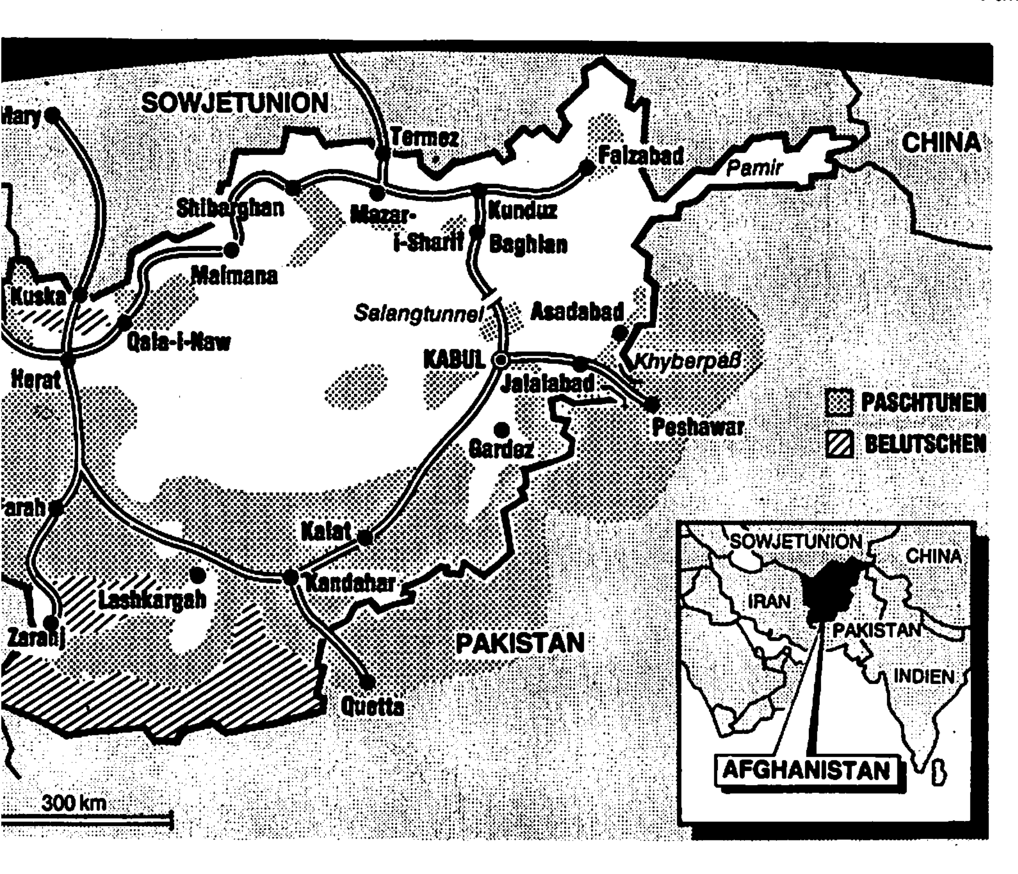
Die „Revolution" des April war keine Revolution im klassischen Sinne. Die Revolutionspartei PDPA war im Land kaum verankert. Ihre soziale Basis war höchst schmal, sie erstreckte sich im wesentlichen auf Intellektuelle, Studenten, Staatsbeamte, Lehrer oder Offiziere, geographisch gesehen auf die Hauptstadt und einige andere Städte. In der Landbevölkerung, also bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, verfügte die PDPA praktisch über keinen Anhang. Anders ausgedrückt: die April-Revolution war die Revolte bestimmter Teile der städtischen Mittelschichten gegen anachronistische Sozialstrukturen und einen inkompetenten und zunehmend repressiven Staatsapparat.

Zusätzlich war die neue Regierungspartei PDPA (mit damals schätzungsweise 11–12.000 Mitgliedern landesweit) in zwei sich heftig bekämpfende Flügel gespalten, so daß die schwachen Kräfte noch großenteils für interne Machtkämpfe vergeudet wurden. (Einem streng dogmatischen und kompromißlosen Flügel, der Chalq-Fraktion mit deren Exponenten Taraki und Amin stand ein eher gemäßigter und flexiblerer Flügel, die Parcham-Fraktion unter Babrak Karmal, gegenüber. Häufig agierten beide Flügel wie getrennte Parteien, die punktuelle Bündnisse eingingen, sich aber ansonsten bekämpften.) Auch die Armee war alles andere als ein sicheres Machtinstrument – was die spätere Desertion ganzer Truppenteile, bis auf Divisionsebene – unterstreichen sollte.

In dieser Situation eigener Schwäche und Isolierung begann die PDPA mit einem ambitiösen Programm sozioökonomischer Umgestaltung der afghanischen Gesellschaft. Noch im Mai 1978 verkündete die neue Regierung ihr grundlegendes Programm. Die wichtigsten Punkte waren die Förderung der Gleichberechtigung der ethnischen Minderheiten, eine Landreform, Emanzipation der Frau und Erziehung für alle. Damit waren in der Tat zentrale Probleme der afghanischen Gesellschaft, vor deren Lösung alle früheren Regierungen zurückgeschreckt waren, ins Zentrum der Politik gerückt. Doch hinter dieser Ebene guter Vorsätze begannen die Schwierigkeiten. Die wenigen Kader der PDPA waren in der Regel hauptstädtische Intellektuelle, denen jedes Verständnis für das Leben auf dem Land, für die traditionalen Abhängigkeits- und Loyalitätsgeflechte und für die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung fehlte. Diese mangelnde Sensibilität den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen gegenüber paarte sich nicht selten mit beträchtlichem revolutionärem Eifer und der Tendenz, auftretende Schwierigkeiten mit Zwang oder gar Brutalität beheben zu wollen. Ein nicht vorhandener, inkompetenter oder auf die lokalen Größen angewiesener Verwaltungsapparat auf dem Land machte die Sache nicht besser. Die Landreform etwa, oder die damit verbundene Streichung der ländlichen Verschuldung aus den Jahren vor 1973, führte aus diesen Gründen nicht zur Vergrößerung der sozialen Basis der Regierung, sondern zu wachsendem Widerstand. Die Maßnahmen schufen naturgemäß auf dem Land Unruhe, Streit und unklare Verhältnisse (wem gehörte welches Stück Land, wer hatte bei wem vor Jahren wieviel Schulden gemacht?), Landbesitzer und ultrakonservative Mullahs nutzten dies, um Widerstand gegen die als anmaßend empfundenen Eingriffe der Zentralregierung zu organisieren. Zugleich fehlten der Regierung die materiellen, organisatorischen und personellen Mittel, die verkündeten Reformen tatsächlich durchzuführen. Großstädtische Intellektuelle ohne jede landwirtschaftliche Erfahrung oder Vertrautheit mit den lokalen Bedingungen wurden entsandt, Streit zu schlichten und die Landreform zu verwirklichen. Chaos, Widerstand und Repression waren die Folge. Bei Maßnahmen zur Förderung von Frauen, etwa im Rahmen der Alphabetisierung, verletzten die Revolutionäre die islamischen Traditionen und Gefühle der Landbevölkerung, auch jener Menschen, denen zu nutzen sie sich vorgenommen hat-



Landschaft im Innern Afghanistan's



ten. Übereifrige symbolische Gesten taten ein übriges, sich der Bevölkerungsmehrheit zu entfremden – etwa die Ersetzung der Nationalflagge durch eine rote Fahne.

Die sowjetische Intervention

Das Zusammentreffen des traditionellen, lokalen Autonomiestrebens, der Verkündung und ansatzweisen Durchführung sozialer Reformen und der mangelnde Sensibilität und teilweisen Brutalität der PDPA-Kader führten vom Beginn der April-Revolution an zu Widerstand auf dem Land, der – vor dem Hintergrund der afghanischen Geschichte nicht ungewöhnlich – sofort auch gewaltsame Formen annahm. Gleichzeitig verstärkten sich die Konflikte innerhalb der PDPA, die eher gemäßigte Parcham-Fraktion wurde im wesentlichen entmachtet. Die Konflikte auf dem Land und innerhalb der PDPA führten zu Erosionsprozessen der Armee und zu verbreiteter Desertion (etwa der gesamten 17ten Division im März 1979, als diese Widerstand gegen die Alphabetisierungskampagne in Herat brechen sollte). Die politische und militärische Lage der Regierung verschlechterte sich im zweiten Halbjahr 1978 und vor allem 1979 deutlich. Im September 1979 eskalierte ein Machtkampf innerhalb der Chalq-Fraktion der PDPA zu einem Schußwechsel unter den Spitzenfunktionären. Im Verlauf der Ereignisse wurden Präsident Nur Mohammed Taraki gestürzt und anschließend ermordet. Sein Hauptrivale, Verteidigungsminister Hafizullah Amin, wurde der Nachfolger.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu Afghanistan waren seit den zwanziger Jahren freundlich und kooperativ. Mäßige Mengen an Wirtschafts- und Entwicklungshilfe wurden bald ergänzt um ein ebenfalls nicht sehr umfangreiches Militärhilfeprogramm und Handelsbeziehungen. Die USA hielten Afghanistan für strategisch unbedeutend und betrachteten es informell als legitimen sowjetischen Interessensbereich. Als die USA sich im Zuge des Kalten Krieges aus strategischen Gründen im CENTO-Pakt mit Pakistan verbündeten (mit dem Afghanistan traditionell Grenzstreitigkeiten hatte), sah sich die afghanische Regierung, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, veranlaßt, sich noch stärker an die Sowjetunion anzulehnen. Zugleich allerdings bemühten sich die afghanischen Regierungen um gute Beziehungen zum Westen und um eine eigenständige Politik der Blockfreiheit.

Seit der Gründung der PDAP hatte die Sowjetunion nicht nur kein besonderes Interesse an dieser Partei. Ein gewisses Mißtrauen war deutlich erkennbar und eine Zusammenarbeit zwischen KPdSU und PDPA kaum entwickelt. Von der Machtübernahme der PDPA im April 1978 wurde die Sowjetunion überrascht. Sie stellte sich aber rasch darauf ein und bemühte sich die daraus erwachsenden Vorteile zu nutzen. Im November 1978 wurde die Unterzeichnung eines afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages angekündigt und wenige Wochen später vollzogen. Als Reaktion auf die erwähnte Desertion einer kompletten Division entsandte die Sowjetunion im April 1979 eine hochrangige Militärdelegation nach Afghanistan, um die Möglichkeiten und Art einer verstärkten Unterstützung der Regierung zu untersuchen. Bald darauf begann eine verstärkte Lieferung von Militärmaterial, insbesondere von Flugzeugen und Kampfhubschraubern. Im Herbst begannen die ersten Vorbereitungen der Intervention, im Verlauf des Dezember 1979 wurden bereits sowjetische Truppen nach Afghanistan verlegt, Weihnachten erfolgte dann die Intervention: Amin wurde militärisch gestürzt, er kam bei einem Feuergefecht in seinem Amtssitz ums Leben. Babrak Kamal wurde neuer Präsident, da die Sowjetunion ihn als Vertreter der „gemäßigteren" Parcham-Fraktion für geeigneter hielt, sich eine stärkere Verankerung im Land zu verschaffen und Übereifer zu vermeiden. Als er die Sowjetunion um die Entsendung von Truppen „bat", waren bereits 15.–20.000 sowjetische Soldaten im Land.

Zum Kriegsverlauf

Die sowjetischen Truppen waren außer zur Durchsetzung des Regierungswechsels ins Land gekommen, um die militärische Lage zu stabilisieren und einem Zusammenbruch der Armee vorzubeugen. Die kurzfristigen Ergebnisse der Intervention waren aber genau entgegengesetzt: sie fügte dem Widerstand gegen die Regierung einen neuen, durchschlagenden Grund hinzu, nämlich den Kampf gegen die fremden Truppen. Politisch, und bald auch militärisch, wurden die Mudjahedin deutlich gestärkt. Zugleich war nicht zu übersehen, daß die Ablehnung der Intervention bis tief in die afghanische Armee hineinreichte – die „Schande" des sowjetischen Einmarsches wirkte demobilisierend. Die Jahre 1980 und 1981 verzeichneten entsprechend eine deutliche Verschlechterung der militärischen Situation für die Regierung, während die sowjetischen Truppen sich im wesentlichen darauf beschränkten, die wichtigen Städte, strategisch bedeutsame Punkte und die Verbindungswege zu kontrollieren.

Ein strategisches Problem der PDPA und des Militärs bestand offensichtlich im

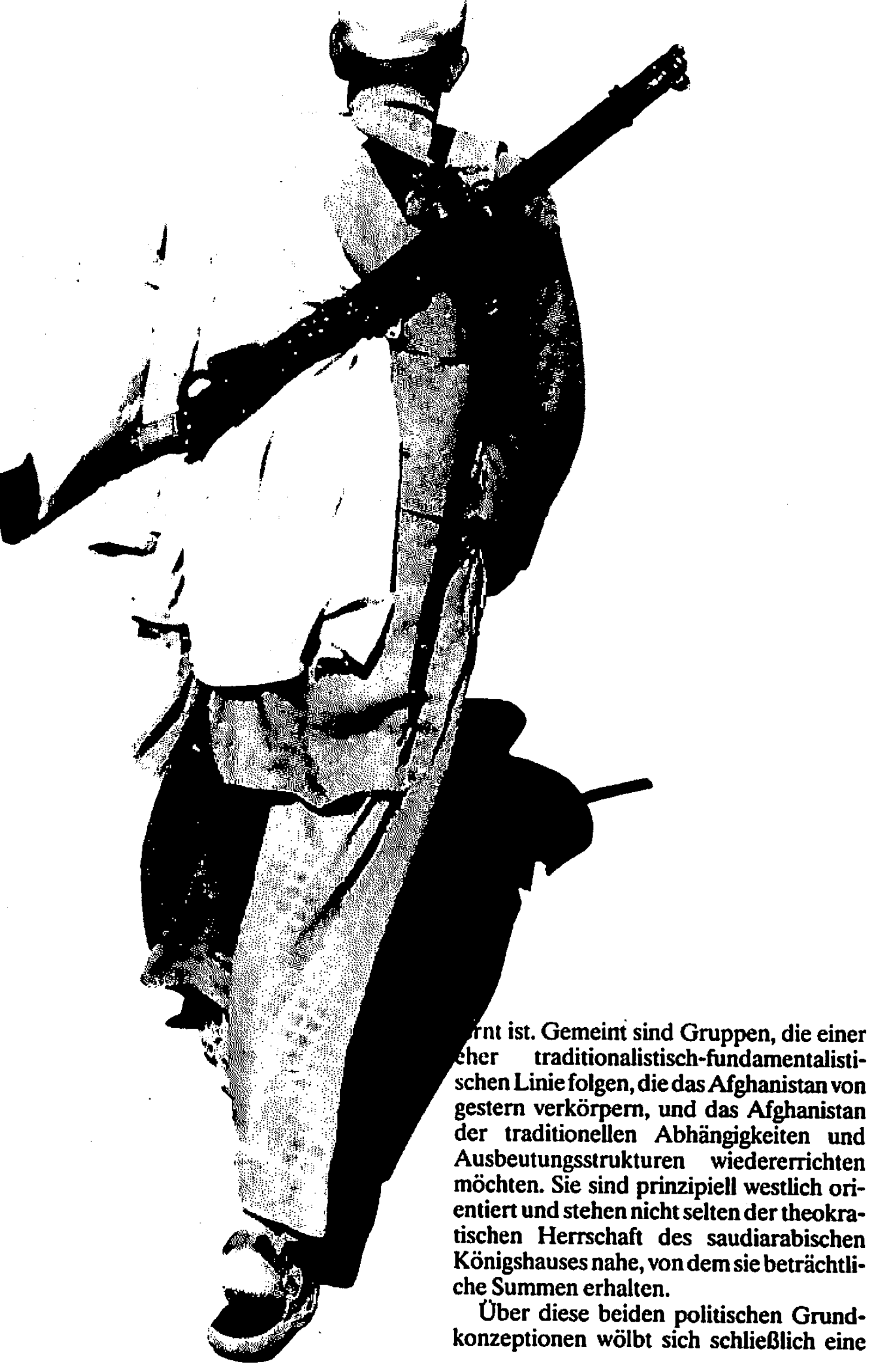
Personalmangel und in der fehlenden politischen Verankerung. Beide Organisationen verwandten beträchtliche Energie darauf, neue Mitglieder, bzw. Rekruten zu werben oder auszuheben. Seit 1981 gelang der PDPA eine schrittweise Ausdehnung ihrer Mitgliederzahl, auch die Armee begann seit etwa 1982 langsam an Umfang zuzunehmen, nachdem sie seit 1978/79 geschrumpft war. 1980 hätten die Mudjahedin, wären sie eine einheitlich geführte und effektive Kampftruppe gewesen, die Regierung vermutlich militärisch schlagen können, seit dem zweiten Halbjahr 1982 begann sich das Kräfteverhältnis sehr langsam zugunsten der Regierung zu verschieben: während kurz zuvor die afghanischen Truppen wegen ihrer Demoralisierung, Unzuverläßigkeit und Inkompetenz ihre Kasernen kaum verließen, beteiligten sie sich nun zunehmend an gemeinsamen Operationen mit der sowjetischen Armee und begannen, im kleineren Stil eigene Operationen durchzuführen. Dadurch konnten sie den Krieg zwar nicht gewinnen, es war aber auf jeden Fall eine Verbesserung gegenüber zuvor und deutete auf eine gewisse Stabilisierung der afghanischen Regierung hin. Auch der Kauf der Loyalität bestimmter Stämme und eine gewisse Verbreiterung der sozialen Basis der Regierung (steigende Mitgliederzahlen der PDPA auch in Kleinstädten, Zusammenarbeit mit kooperationsbereiten Mullahs) deuteten auf Stabilisierung hin. Zugleich allerdings wuchsen die Zahlen aktiver Mujahedin und die Anzahl der Flüchtlinge (vorwiegend nach Pakistan) ebenfalls deutlich an. Diese langsame Polarisierung und Stärkung beider Konfliktparteien hielt in den folgenden Jahren an. Die rund 110.000 sowjetischen Soldaten beteiligten sich an Counter-insurgency-Operationen, versuchten aber nie, das Land insgesamt militärisch zu kontrollieren oder zu erobern. Sie konzentrierten sich auf fest umrissene Funktionen wie Luftunterstützung, Kontrolle der Städte oder Straßen (wozu offensive Operationen gegen benachbarte Mudjahedin-Gruppen gehörten), Logistik, das Unterbrechen des Nachschubs des Kriegsgegners oder unternahmen gemeinsame Operationen offensiven Charakters gegen strategisch bedeutsame Mudjahedin-Positionen.

Die Mudjahedin

In der Öffentlichkeit werden die Mudjahedin nicht selten als „Freiheitskämpfer" gehandelt, die gegen die russischen Invasoren die Waffen erhoben hätten und deren Hauptziel darin bestehe, ihr Land von den Eindringlingen zu befreien. Diese Darstellung haben die Mudjahedin selbst jahrelang vertreten, häufig wurde sie für bare Münze genommen. Trotzdem ist sie falsch. Zwar ist der bewaffnete Widerstand im Gefolge und durch die sowjetische Intervention deutlich gestärkt worden, aber er ist dieser vorausgegangen. Direkt nach der April-Revolution des Jahres 1978 hatten Mudjahedin-Gruppen unter anti-kommunistischen und islamischen Vorzeichen bewaffnet gegen die Regierung gekämpft — häufig noch bevor diese ihre verhängnisvolle Politik auch nur beginnen konnte. Wenig beachtet wurde, daß manche Organisationen bereits deutlich vor dieser Zeit kämpften: Jamiat-Islami beispielsweise bereits seit 1974, Hisb-e-Islami und SAMA bereits seit dem Ende der sechziger Jahre — also unter der Monarchie, zehn Jahre vor der Regierungsübernahme der PDAP und zwölf Jahre vor der sowjetischen Intervention. Sowohl die anti-interventionistische, als auch die antisozialistische Begründung des gewaltsamen Aufstands, die beide aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit in den Vordergrund geschoben wurden, machen nicht den Kern der Politik der Mudjahedin aus. Deren politische Substanz läßt sich auf folgende Elemente zurückführen:

Die wichtigsten und schlagkräftigsten Mudjahedin-Gruppen (wie Hisb und Jamiat) können als revolutionär-fundamentalistisch und islamisch bezeichnet werden. Sie wollen, auf einem anderen Weg als die PDPA, Afghanistan ebenfalls zu einem zentralen, „nationalen" Staatswesen umformen, das dann als islamischer Gottesstaat von der Kaderpartei geführt werden soll (tisb). Jede Form von Demokratie oder auch nur das Wahlrecht für Frauen wären in diesem Konzept fehl am Platze. Die Vertreter dieser Vorstellungen sind eher noch radikaler und brutaler einzuschätzen, als die Mullah-Herrschaft des Iran.

Der andere Hauptflügel wird in der Regel als der „gemäßigte" bezeichnet, was für westliche Ohren sehr angenehm klingen mag, von der Realität aber meilenweit entfernt ist. Gemeint sind Gruppen, die einer eher traditionalistisch-fundamentalistischen Linie folgen, die das Afghanistan von gestern verkörpern, und das Afghanistan der traditionellen Abhängigkeiten und Ausbeutungsstrukturen wiedererrichten möchten. Sie sind prinzipiell westlich orientiert und stehen nicht selten der theokratischen Herrschaft des saudiarabischen Königshauses nahe, von dem sie beträchtliche Summen erhalten.



Über diese beiden politischen Grundkonzeptionen wölbt sich schließlich eine

eher „modern“ anmutende Verhaltensweise: die Neigung, den Krieg insgesamt als Geschäft zur persönlichen Bereicherung zu betrachten. Es ist kein Zufall, daß bis zu 70% der US-amerikanischen Hilfsgelder in dunklen Kanälen verschwinden und bei den eigentlichen Kämpfern nie ankommen: Geschäftstüchtige Mudjahedinführer verkaufen Waffen und Nachschub in Pakistan auf eigene Rechnung, um unabhängig vom Verlauf des Krieges ihr Schäfchen ins Trokkene zu bringen.

Die Brutalität und Grausamkeit der Kriegsführung der Mudjahedin steht der Regierung in nichts nach. Anschläge auf Zivilisten mit Dutzenden von Toten, Abschüsse von Zivilflugzeugen, Massenerschießung von Gefangenen, Heroinhandel im großen Stil, Folter und andere Methoden der Konfliktaustragung sind an der Tagesordnung. Dies wird durch entsprechend brutale Praktiken der Regierung nicht entschuldigt, wie natürlich Massaker der Armee durch Grausamkeiten der Mudjahedin nicht legitimiert werden.



Hisb-e-Islami-Führer Hekmatyar

Die Rolle der USA

Die Carter-Administration hatte bereits vor der sowjetischen Intervention den Mudjahedin gegen die PDPA und Armee direkte und indirekte Hilfestellung geleistet. Dabei war es vorwiegend um logistische Unterstützung bei Waffenbeschaffung und Nachschub gegangen, der Umfang der Operation war begrenzt. 1980 kam es dann als Reaktion auf den sowjetischen Truppeneinmarsch zu ersten direkten Waffenlieferungen und finanzieller Hilfe (30 Mill. $).

Nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration nahm der Umfang der US-Unterstützung für die Mudjahedin rasch zu. Im Finanzjahr 1984/85 lag sie bei rund 250 Mill. $, im Jahr darauf bei 470 Millionen. Nachdem die USA zuerst nur Waffen sowjetischer Produktion geliefert hatten (die sie beispielsweise in Ägypten kauften), wurden später auch moderne europäische (etwa britische, schweizer und polnische) und US-amerikanische Waffen geliefert. Dazu gehörten hochmoderne, transportable **Stinger** Luftabwehrraketen an deren Produktion auch bundesdeutsche Firmen beteiligt sind.

In den Jahren 1982, 1983 und 1986 waren die Gespräche des UNO-Vermittlers Cordovez über eine politische Konfliktlösung und den Abzug der sowjetischen Truppen bereits günstig verlaufen, Cordovez und andere Quellen ließen jeweils verlauten, daß ein Abkommen (ähnlich dem inzwischen zustandegekommenen) sich abzeichne. In jedem dieser Fälle hatten die USA einen Vertragsabschluß sabotiert — durch politischen Druck auf Pakistan, kombiniert mit massiver Erhöhung der Militär- und Wirtschaftshilfe an dieses Land, oder durch jeweils gezielt terminierte eigene Eskalationsschritte und aggressive Erklärungen. Die Begründung dafür wurde mir im Sommer 1986 von einem hohen Beamten des Pentagon erläutert: zwar würden die USA den Abzug der sowjetischen Truppen öffentlich einfordern, tatsächlich aber alles tun, diesen durch militärischen Druck zu verhindern. So könne man die Sowjetunion international politisch schwächen und sogar militärisch „ausbluten“ lassen. Wörtlich: „Wir kämpfen bis zum letzten Afghanen.“

Neben dieser — vorherrschenden — Position existierten in der Reagan-Administration immer auch Positionen, die tatsächlich einen sowjetischen Truppenrückzug zustande bringen wollten. Im Zuge der schrittweisen Schwächung rechter Ideologen (z.T. im Zusammenhang mit dem Iran-Contra Skandal) innerhalb der Regierung, bzw. derem Ausscheiden aus hohen Ämtern sowie einer Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion wurde die zweite



Fraktion gestärkt, so daß die Genfer Abkommen nicht erneut sabotiert wurden. Andererseits stellte diese Entwicklung keine völlige Wende dar: parallel zum Verhandlungsprozeß organisierten die USA weitere Waffenlieferungen im großen Stil, allein von Januar bis Mitte Mai 1988 im Wert von rund einer halben Milliarde Dollar. Zum Teil wurden diese Lieferungen über Frankfurt und Wiesbaden abgewikkelt. Auch nach dem Beginn des sowjetischen Rückzugs werden die Waffenlieferungen fortgesetzt, auch wenn inzwischen keine **Stinger** mehr geliefert werden sollen.



Najibullah beim Verabschieden sowjetischer Truppen

Die Genfer Abkommen vom April 1988

Die vier gleichzeitig unterzeichneten Genfer Afghanistan-Abkommen sind keine Friedensverträge. Sie regeln nur die internationalen Aspekte des Krieges, insbesondere sehen sie den Abzug der sowjetischen Truppen vor. Die Abkommen wurden von den Regierungen Afghanistans, Pakistans, der Sowjetunion und den USA unterzeichnet. Deren Bedeutung wird an drei Punkten deutlich: erstens am **Inhalt der Verträge**; zweitens an der Frage, inwieweit die Verträge tatsächlich die **zukünftige Politik** der Vertragsparteien beeinflussen und drittens daran, daß die Mudjahedin keine Vertragspartei sind und welche Frage des Konfliktes durch die Verträge **nicht** geregelt werden. Die wichtigsten Vertragsinhalte bestehen aus drei Elementen:

1. der wechselseitigen Verpflichtung zur Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans und Pakistans („der Hohen vertragsschließenden Parteien"). Dies schließt das Verbot einer Unterstützung bewaffneter Gruppen oder Aufständischer (also der Mudjahedin) ein, sowie das Verbot, „jegliche andere Handlungen zu unternehmen oder zu dulden, die als Einmischung und Intervention angesehen werden könnten."
2. der wechselseitigen Verpflichtung, eine Repatriierung der afghanischen Flüchtlinge in ihr Heimatland auf freiwilliger Basis „im Rahmen ihrer Möglichkeiten" nach Kräften zu unterstützen.
3. der Verpflichtung der Sowjetunion, ihre Truppen innerhalb von neun Monaten (beginnend mit dem 15. Mai 1988) aus Afghanistan abzuziehen.

Die Koppelung dieser drei Punkte stellt zweifellos einen entscheidenden Schritt nach vorn dar: der erste Punkt entspricht nur der ohnehin bestehenden Verpflichtung der UNO-Charta, bedeutet aber in diesem konkreten Fall eine teilweise De-Internationalisierung des Krieges, da Pakistan und die USA danach die Finanzierung, Bewaffnung und sonstige Unterstützung der einen Kriegspartei zu unterlassen hätten.

Dem entspricht der dritte Punkt: auch die Sowjetunion muß sich an die entsprechenden völkerrechtlichen Verpflichtungen halten und ihre Truppen zurückziehen. Damit wäre es im wesentlichen gelungen, den afghanischen Bürgerkrieg auf seine inner-afghanische Dimension zurückzuführen – noch kein Friede, aber ein wichtiger Zwischenschritt.

Diese Perspektive der Genfer Abkommen – bzw. ihres Wortlauts – wurde durch Erklärungen Pakistans und der USA zum Teil noch vor der Vertragsunterzeichnung, zum Teil kurz danach, wieder zunichte gemacht. Der pakistanische Diktator Zia Ul-Haq, der traditionell mit der Hisb-e Islami des brutalen Fundamentalistenführers Hekmatyar zusammengearbeitet (und dessen pakistanische Bruderpartei zur Förderung der Islamisierung seines Landes in die Regierung aufgenommen hatte), erklärte bereits am 7. April, die Mudjahedin weiter unterstützen zu wollen. US-Außenminister George Shultz erklärte anläßlich der Unterzeichnung der Abkommen, „daß es im Einklang mit unseren Verpflichtungen als Garantiemacht unser Recht ist, dem Widerstand militärische Hilfe zukommen zu lassen." Daß genau das Gegenteil den Inhalt der Abkommen darstellte, wurde diskret übersehen. Damit ergibt sich die ungewöhnliche Situation, daß die Regierungen in Washington und Islamabad feierlich einen internationalen Vertrag unter Anerkennung der afghanischen Regierung unterzeichneten und im gleichen Atemzug öffentlich erklärten, diesen Vertrag brechen zu wollen. Dies dürfte damit zu erklären sein, daß beide Länder die Vorteile eines sowjetischen Truppenabzugs für ihre regionalen Interessen nutzen möchten, zugleich aber wegen der sowjetischen Zwangslage in Afghanistan ihre versprochene Gegenleistung nicht glauben einhalten zu müssen. Der notwendige Friedensprozeß wird aber nicht nur durch die Nichtbeachtung der Afghanistan-Abkommen behindert, sondern insbesondere durch die Tatsache, daß die Mudjahedin die Abkommen prinzipiell ablehnen. Ihre offizielle Begründung dafür besteht im Hinweis, daß sie selbst – obwohl Konfliktpartei – an diesen Vereinbarungen nicht beteiligt gewesen seien. Dieses Argument ist zwar formal zutreffend, aber politisch bewußt irreführend: schließlich hatten die Mudjadehin selbst die Teilnahme am Genfer Prozeß abgelehnt, weil sie nicht mit der afghanischen Regierung zusammenarbeiten wollten. UNO-Vermittler Cordovez hatte im Rahmen der Verhandlungen den Vorschlag eingebracht, in Kabul eine Koalitionsregierung aus PDPA und Mudjahedin zu bilden. Eine Kooperation mit den „gottlosen Kommunisten" kam für die Mudjahedin aber nicht in Frage. Tatsächlich haben sie wiederholt jede Möglichkeit einer politischen, friedlichen Lösung abgelehnt und setzen ausschließlich auf eine militärische Endsiegstrategie. Daher werden die Genfer Abkommen im gegenwärtigen Zusammenhang kaum zu einem Ende des Krieges führen, nur einen Rahmen für die Fortsetzung des Bürgerkrieges abgeben.

Und weiter?

Mitte August 1988 waren bereits die Hälfte der sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen. Die restlichen 50.000 konzentrierten sich auf 6 der 30 Provinzen, insbesondere auf das Gebiet rings um die Hauptstadt Kabul. Welchen weiteren Verlauf der Krieg nehmen wird, ist sehr schwer vorherzusagen. Die propagandistische Linie der Mudjahedin und der USA, daß „innerhalb von Tagen oder höchstens Wochen" nach Abzug der Sowjetunion die Regierung militärisch zusammenbrechen würde, ist wenig wahrscheinlich. Zumindest drei Faktoren scheinen dagegen zu sprechen:

1. die Tatsache, daß gerade der Abzug der sowjetischen Truppen den innenpolitischen Spielraum einer (nicht unbedingt der bestehenden) PDPA-Regierung (unter Einbeziehung von Nicht-PDPA-Mitgliedern) mittelfristig vergrößern könnte. Dafür gibt es noch geringe, aber doch vorhandene erste Anzeichen.
2. Die militärische Stärke der Mudjahedin

liegt in klassischer Guerillataktik, in schnellen, überraschenden Angriffen in kleinen oder mittelgroßen Einheiten. In solchen Situationen wiederum ist die afghanische Regierungsarmee besonders verwundbar. Wenn es aber darum geht, große, gut befestigte und massiv verteidigte Stellungen oder Städte einzunehmen, haben die Mudjahedin große Schwierigkeiten, die mit mangelnder Koordination für die erforderlichen Großoperationen, mit Problemen mit weitreichender Mobilität in größeren Einheiten und mit deren häufig nur regionalen Verankerung zu tun haben. Und gerade hier haben die Regierungstruppen bisher ihre besondere Stärke gezeigt.

3. Die Mudjahedin sind weiter zersplittert und bekämpfen sich gegenseitig. Diese Tendenz scheint eher zu- als abzunehmen, viele Mudjahedin-Führer glauben, es gehe bereits heute um die Verteilung der Beute, um die Aufteilung der Macht nach einem Sieg über die Regierung. Konflikte gibt es nicht nur zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen unterschiedlichen Ethnien, zwischen traditionalistischen und revolutionären Fundamentalisten, selbst innerhalb einzelner Organisationen werden Streitigkeiten nicht selten mit der Waffe ausgetragen. Das ist selbstverständlich keine sonderlich günstige Ausgangslage für einen militärischen Sieg. Die in diesen Fragen gut unterrichtete FAZ berichtete kürzlich unter der Überschrift „Afghanische Ungewißheiten" über die Mudjahedin: „Bleiben sie allerdings weiter so uneinig wie bisher, werden sie vielleicht nie als Sieger in Kabul einziehen."

Meine These hier ist nicht, daß die Mudjahedin den Krieg verlieren werden. Sie haben durchaus die Chance auf einen militärischen Sieg. Der Truppenabzug der Sowjetunion schwächt, auch wenn er politische Vorteile versprechen mag, natürlich die militärische Position der Regierung. Begrenzte Verbesserungen der Kampfkraft ihrer Armee werden das nicht völlig ausgleichen. Daher muß der Abzug zuerst einmal den Mudjahedin militärische Vorteile verschaffen. Und schließlich hat noch nie in der Geschichte Afghanistans irgendeine Regierung das Land militärisch (oder politisch) kontrollieren können. Dies dürfte auch einer wie immer zusammengesetzten Regierung unter PDPA-Führung (oder der Mudjahedin) nicht gelingen.

Es scheint mir aber als Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Mudjahedin in größeren Teilen des Landes wichtige Positionsgewinne erzielen könnten, und trotzdem bei der Einnahme von Kabul und einigen anderen Städten große Schwierigkeiten haben werden. Die Mudjahedin haben heute militärischen Rückenwind. Trotzdem hatte die FAZ in ihrem Artikel möglicherweise recht, als sie schrieb: „Der Krieg ist daher noch nicht entschieden, und kann auch nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen, der im Februar nächsten Jahres abgeschlossen sein soll, noch lange weitergehen."

Jochen Hippler

Die Linke und die Mudjahedin

In der Bundesrepublik existiert eine große Koalition politischer Kräfte, die die afghanischen Mudjahedin unterstützen. Diese reicht vom Abgeordneten Todenhöfer vom rechten Rand der CDU/CSU über große Teile der SPD bis hinein in die GRÜNEN, insbesondere deren Bundestagsfraktion. Dabei werden die Mudjahedin wegen der sowjetischen Intervention häufig als „Befreiungsbewegung" zurechtdefiniert. Der völkerrechtswidrige sowjetische Einmarsch und zum Teil brutale Menschenrechtsverletzungen der afghanischen Armee werden zum Vorwand genommen, um über den reaktionären Charakter der Mudjahedin und deren ebenfalls höchst blutigen Praktiken hinwegzusehen. Antikommunistische Sichtverengungen machen blind gegen die Menschenrechtsverletzungen, Massenerschießungen von Gefangenen, Folter, Entführungen und Angriffe auf Zivilisten. Nicht nur der anti-emanzipatorische Charakter der Mudjahedin wird „übersehen", selbst unvorstellbare Grausamkeiten spielen keine Rolle. Daß dies für Politiker wie Todenhöfer ein gefundenes Fressen ist, ist nicht weiter erstaunlich. Wenn aber Politiker der Linken ins gleiche Horn blasen, zuckt man zusammen. Man gewinnt den Eindruck, daß hier die eigene, linke Vergangenheit auf Kosten der Völker Afghanistans verarbeitet werden soll: die „Romantik" eines Guerillakampfes mit der Respektabilität bei den rechten und liberalen Kräften zu verbinden, scheint wohl unwiderstehliche Attraktivität auszustrahlen. Dabei werden dann traditionelle, konservative oder gar reaktionäre Ideologien gerechtfertigt oder verklärt. Der Paschtunwali, der traditionelle Ehrenkodex der Paschtunen, wird als quasi-alternativ zurechtinterpretiert, das darin enthaltene „Versöhnungspotential" und die „Dezentralität" willkürlich herausgegriffen und in den Vordergrund gestellt.

Dabei wird in der Regel nicht von einer Analyse der Situation in Afghanistan und der Politik der Mudjahedin ausgegangen, sondern von einem starken, eigenen Identifikationsbedürfnis mit „revolutionären" — wenn auch nicht linken — Bewegungen und nach der kruden Logik: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund". Bei manchen Personen ist auch ein deutliches Bedürfnis kaum zu übersehen, in der Afghanistan-Frage eine „Gemeinsamkeit der Demokraten" zustande zu bringen, die dann Todenhöfer ein-, die Menschenrechte aber ausschließen muß. Niemand hat bisher ein ernsthaftes Argument vorgetragen, das eine Unterstützung der Mudjahedin rechtfertigen würde — außer, daß die Sowjetunion in Afghanistan interveniert hat. Nun zieht sie ab, aber die Unterstützung der Mudjahedin läßt nicht nach. Von rechter und halblinker Seite gibt es oft den Vorwurf, Afghanistan sei ein „vergessener Konflikt", und die Linken (wer immer dies genau sein mag) würden sich nicht um Afghanistan kümmern, weil sie immer nur den US-Imperialismus entlarven und über sowjetische Untaten schweigend hinweggehen wollten. Dies ist falsch: das eigentliche Problem besteht darin, in der unerfreulichen Lage zu sein, keine der beiden Konfliktseiten unterstützen zu können, ohne sich selbst und die eigene politische Identität zu kompromitieren. **Jochen Hippler**



Afghanische Flüchtlingsfrauen in pakistanischen Flüchtlingslagern

Die Lebensumstände in den schätzungsweise 342 afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan sind hart für die ganze Familie. Frauen, Männer und Kinder leiden gleichermaßen unter den Kriegstraumata, dem Verlust von Freunden, Verwandten und gewohnter Umgebung und schließlich unter ihrer unsicheren Zukunft. Doch was die Frauen erdulden müssen, überragt dieses „normale“ Flüchtlingselend noch ein Stück.

Das Leben in den Lagern orientiert sich nämlich strikt an den Geboten des Islam. Das führt in der neuen Umgebung der Lager dazu, daß die Frauen an der Befriedigung ganz fundamentaler Bedürfnisse gehindert werden.

Diese Behinderung der Frauen ist sehr folgenreich, denn immerhin werden beinahe dreiviertel der Haushalte von Frauen geleitet (Frauen machen ein Drittel, Kinder die Hälfte der schätzungsweise 3,5 Millionen Flüchtlinge aus).

Zwei Faktoren sind im wesentlichen für die erschwerten Lebensbedingungen der Frauen verantwortlich:

1) Die Institution der **Purdah** (wörtlich: Vorhang. Meint sowohl die Norm der Geschlechtertrennung und des Ausschlusses der Frauen von der Regelung außerfamilialer Angelegenheiten, als auch das materielle Hilfsmittel dieser Abschottung, den Schleier).
2) Die Stärkung der Position der **maliks** (Stammesführer) in den Lagern.

Der folgende Artikel ist als Nachtrag zu einem Afghanistan-Hearing geschrieben, das die Bundestagsgrünen im Mai'88 veranstaltet haben. Die dort vertretene Einschätzung, daß nämlich die Frauenfrage im Rahmen der islamischen Gesellschaft bereits gelöst sei, forderte die Autorin, die selbst kürzlich Peschawar besucht hat, zum Widerspruch heraus. Allerdings geht es ihr nicht um eine Verurteilung des Islam. Ihr vorrangiges Ziel ist eine möglichst sachliche Beschreibung der Situation afghanischer Flüchtlingsfrauen in den pakistanischen Lagern. Sie will Aufmerksamkeit wecken für die Folgen, die die strenge Ausrichtung des sozialen Lebens an bestimmten Traditionen gerade für die Frauen hat.

Wir fanden den Beitrag interessant genug, um ihn aus dem Englischen zu übersetzen und ihn, leicht gekürzt, abzudrucken.

Ad 1): Das Alltagsleben der Frauen wird auch in Afghanistan weitgehend von der Institution der Purdah bestimmt. In den Flüchtlingslagern jedoch kommen die purdah-Vorschriften noch stärker zur Geltung. Selbst städtische und gebildete Frauen sowie solche, die sich auch in den Dörfern den strengen Vorschriften hatten entziehen können, müssen nun, zusätzlich zu den schlechten Lebens- und Wohnverhältnissen, das strenge Reglement ertragen.

Ad 2): Die neue Lebensweise in den Lagern bot den Stammesführern die Möglichkeit, ihren Zuständigkeitsbereich auszuweiten. Ehemals mit den Aufgaben betraut, die Kontakte des Stammes nach außen zu regeln, etwa mit Regierungsvertretern zu verhandeln, Steuern einzusammeln oder als Richter oder Standesbeamte zu fungie-



ren – haben die maliks heute in den Lagern auch die Aufgabe übernommen, die Hilfsgüter für die Lager zu verteilen und das Leben der Witwen zu kontrollieren.

An einigen herausgegriffenen Punkten sei die Situation der Frauen verdeutlicht:

Bewegungsfreiheit

Ohne die Situation der afghanischen Flüchtlinge beschönigen zu wollen, sei doch erwähnt, daß die pakistanische Regierung den Flüchtlingen eine beispiellose Bewegungsfreiheit einräumt. Während in verschiedenen südostasiatischen Ländern Flüchtlingslager mit Stacheldraht umgeben sind, haben die pakistanischen Lager nicht einmal einen einfachen Zaun. Die Flüchtlinge können nach Lust und Laune das Lager verlassen. Viele Männer hatten so die Möglichkeit, in Pakistan eine Beschäftigung zu finden. Andere wurden zu Kleinhändlern in den umliegenden Dörfern, während wiederum andere sich auf die andere Seite der Grenze begeben haben, um sich dem Widerstand anzuschließen.

Die Frauen hingegen kommen nicht in den Genuß dieser Bewegungsfreiheit. Sie dürfen ihre unwohnlichen Behausungen nur verlassen, um Wasser zu holen oder Feuerholz zu sammeln.

Bildung

Die Alphabetisierungsrate in Afghanistan gehört zu den niedrigsten der Welt, und auch heute dürfen nur wenige von den auf dem Land lebenden Mädchen Schulen besuchen. Die schlechte Bildungssituation der Frauen dauert in den Flüchtlingslagern natürlich fort – sie läßt sich immerhin kaum noch verschlimmern.

Dem Chefkommissar für afghanische Flüchtlinge in Islamabad zufolge existieren 800 staatliche Grund- und Mittelschulen, von denen lediglich 85 Mädchenschulen sind. Von insgesamt 110.000 Studenten sind nicht mehr als 7 % Frauen. Die Mädchen müssen beinahe ausnahmslos die Schule verlassen, sobald sie 10 oder 11 Jahre sind, damit sie das Handwerk des Teppichknüpfens erlernen können.

Auf die Frage hin, warum Pakistan nicht mehr Schulen für Mädchen bereitstelle, erhielt die Autorin die Antwort, daß sich eine solche Investition aufgrund mangelnder Nachfrage durch die Frauen nicht lohne.

Status

Herkömmlicherweise steht und fällt der Status einer afghanischen Frau mit der Anzahl der von ihr geborenen Söhne. Für die Frauen im Lager ist diese Art der Statuszuteilung ein großes Problem, denn sie sind in der Regel durch den Krieg von ihren Söhnen getrennt worden oder haben sie gar ganz verloren.

Auch Witwen haben große Probleme. Wie den anderen Frauen ist es auch ihnen untersagt, sich an produktiven Aktivitäten zu beteiligen, was ihre Abhängigkeit von den übrigen Mitgliedern der Großfamilie nicht eben leichter erträglich macht.

Und den Töchtern dieser Witwen ergeht es nicht besser. Weil Haushalte ohne männlichen Vorstand ein schlechteres Ansehen genießen, haben diese Mädchen schlechte Karten bei der Gattensuche. Und das gerade in einer Zeit, in der es ohnehin einen Mangel an jungen Männern gibt.

Wiederum sind es die **maliks**, die darauf achten, daß sich Frauen von produktiven Tätigkeiten fernhalten. Ihnen, die sich selbst zu den Wächtern der **purdah**-Vorschriften ernannt haben, wird inzwischen nachgesagt, daß sie ihre Machtposition mißbrauchen.

Ernährung

Die Flüchtlinge müssen oft monatelang auf ihre Registrierung warten, ohne die keine Nahrungsmittelverteilung stattfinden kann. Die Wartezeiten für die Witwen sind häufig noch länger als gewöhnlich, weil sie keine Möglichkeit zu direkten Verhandlungen mit den Verantwortlichen haben.

Eine Verschärfung erfährt die Situation der Frauen dadurch, daß sie – ganz wie die Tradition es vorschreibt – das zu essen bekommen, was Männer und Jungen für sie übrig lassen. Außerdem dürfen Frauen, die einen männlichen Verwandten im Lager haben, ihre Nahrungsration nicht selbst abholen. Die Folge: Weibliche Haushaltsvorstände erhalten oft nicht die Ration, die ihrem Haushalt eigentlich zusteht. So tritt denn auch unter erwachsenen Frauen viel häufiger Anämie auf, als unter den männlichen Flüchtlingen.

Den **maliks**, die in vielen Lagern die Aufsicht über die Nahrungsverteilung haben, wird nachgesagt, daß sie die von Männern geleiteten Haushalte begünstigen. Sie sollen sogar in manchen Fällen mit der zugeteilten Nahrung gehandelt haben, um für den Widerstand Geld zu beschaffen.

Die Versuche, mit den Hilfsgütern die Bedürftigsten zu erreichen, sind somit gescheitert.

Gesundheit

Nirgendwo im ländlichen Afghanistan gab und gibt es eine ausreichende medizinische Versorgung. Doch unter den Lebensbedingungen im Lager sind neue Probleme in diesem Bereich entstanden, insbesondere für die Frauen. Trotz großer Anstrengungen seitens der privaten Freiwilligenorganisationen (Private Voluntary Organizations, PVOs) fehlt es an ausreichenden Versorgungsmöglichkeiten für Frauen. Namentlich der akute Mangel an Ärztinnen und Krankenschwestern erweist sich als folgenschwer, weil nämlich Frauen nicht von Männern behandelt werden dürfen.

Die Abschottung und Isolierung von Frauen hat in vielen Fällen zu schweren seelischen Störungen geführt – schwere Depressionen, Apathie, Neurosen, Schlafstörungen und Hysterie, um nur die wichtigsten zu nennen.

Frauen, die an psychosomatischen Erkrankungen leiden, überfüllen heute bereits die Gesundheitsstationen. Viele Frauen begeben sich damit in zweifachem Sinne auf die Flucht: in die Krankheit und zugleich in eine außerhäusliche Umgebung, die ihnen Kontakte mit anderen Frauen erlaubt.

Dr. Mohammad Azan Dadfar, ein angesehener afghanischer Psychologe, der mit den Flüchtlingen arbeitet, hat auch an den Männern schwere psychische Veränderungen festgestellt. Kriegstraumata, die Flüchtlingssituation und die eingeschränkte Möglichkeit, als Versorger der Familie aufzutreten, haben bei den Männern einen Anstau an Aggressionen bewirkt. Und nicht selten werden diese an den Frauen entladen. Das Schlagen von Frauen ist folglich weit verbreitet in den Lagern, obgleich es in der afghanischen Kultur so gut wie nicht existiert hat.

Die Gesundheit der Frauen wird schließlich auch von der schlechten Qualität der Behausungen beeinträchtigt. Die Zelte, im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt, bieten nur einen notdürftigen Schutz gegen die Witterung. Und das Wohnen in

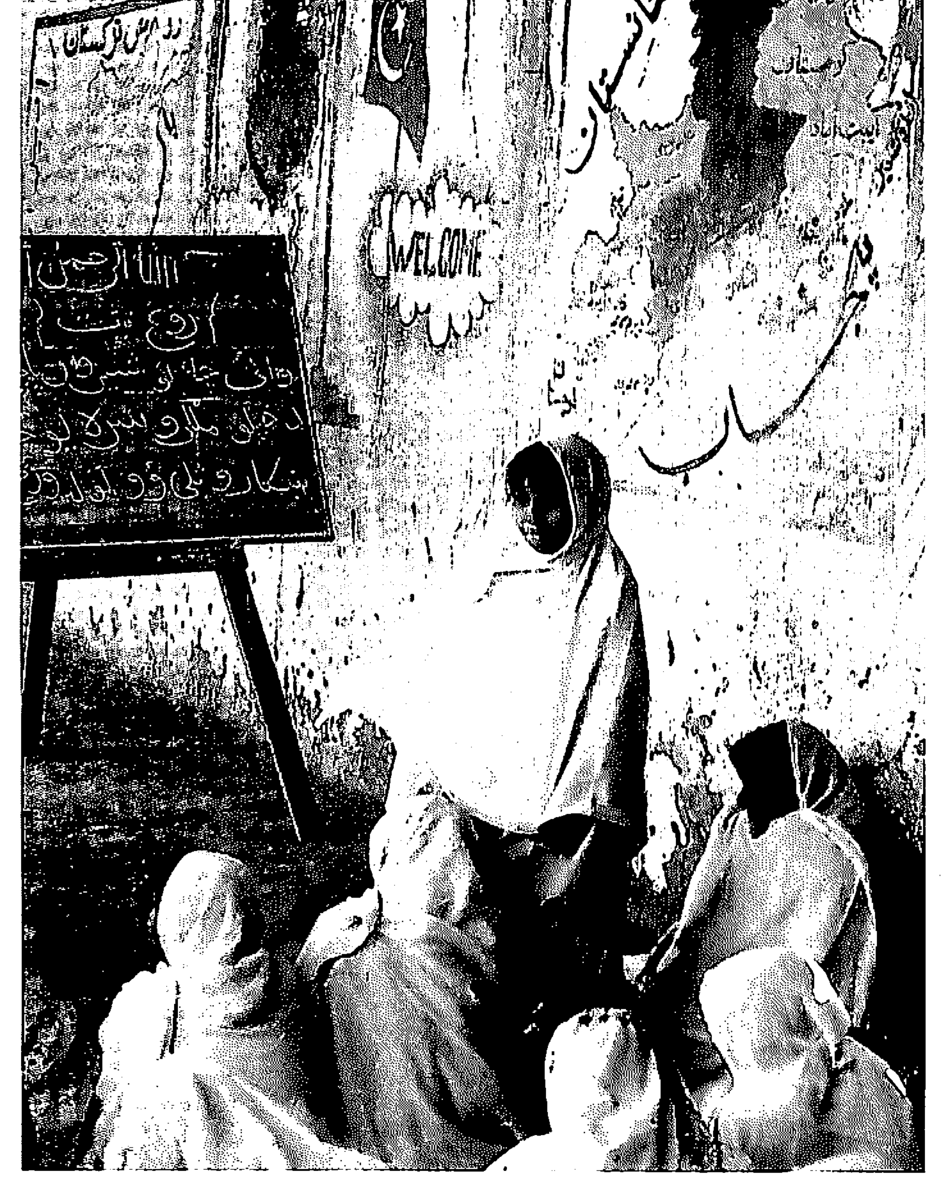
Lehmhütten, zumindest in den ärmeren, ist auch nicht viel besser. Die Hütten haben häufig keine Fenster und daher nur geringen Luftaustausch.

Diese miserablen Wohnbedingungen sind vermutlich die Ursache für das häufige Auftreten von Tuberkuloseerkrankungen unter den Frauen.

Viele Frauen in den erst kürzlich gebauten Flüchtlingslagern haben mit ganz besonderen Problemen zu kämpfen: Da es in diesen Lagern häufig noch an Latrinen fehlt, sind die Bewohnerinnen gezwungen, ihre Notdurft entsprechend den **purdah**-Vorschriften zu erledigen. Das heißt, sie dürfen nur vor Tagesanbruch und nach Sonnenuntergang in die Felder.



Männer warten auf ihre Ration. Frauen essen später, das, was übrig bleibt?



Respekt vor der Tradition oder Eingreifen?

Die Vertreter der Hilfsorganisationen geraten bei ihrer Arbeit in ein großes Dilemma: Sie werden permanent mit der unglaublichen Diskriminierung der Frauen konfrontiert und dürfen sich doch zugleich nicht dem Vorwurf aussetzen, die Normen der afghanischen Kultur zu mißachten.

UN- und private Hilfsorganisationen hatten sich anfangs bei der Verteilung der Hilfsgüter des **malik**-Systems bedient und so ihrem Respekt vor der Tradition Ausdruck verliehen. Nachdem allerdings die Ungerechtigkeiten, die dieses System mit sich bringt, zu offensichtlich geworden waren, versuchte man die maliks zu umgehen und die Nahrung direkt an die Flüchtlinge zu verteilen, ohne allerdings die sonstige Macht der maliks anzutasten.

Die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage ist die, ob Normen, die seit Jahrhunderten in Kraft waren, durch kurzangelegte Programme zur Verbesserung der Situation der Frauen verändert werden können — und sollen.

Einige Experten beziehen klar Stellung gegen eine Verdammung der traditionellen Praktiken. Sie sehen darin den Versuch, einer fremden Kultur die Werte der eigenen aufzuzwingen. Zur Rechtfertigung der eigenen Position führen sie an, daß viele Frauen voll und ganz hinter der Institution der purdah stehen.

Ein Autor formulierte es so: „In einer Welt äußeren Drucks gewährt purdah den Frauen die Möglichkeit, ihre Identität und eine gewisse Stabilität aufrechtzuerhalten."

Ein solches Statement bringt sicher die Einstellung einiger Frauen auf den Punkt. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß eigentlich nur die etwas bessergestellten Frauen die Abschirmung durch die purdah-Vorschriften auch tatsächlich genießen können. Gerade für die bedürftigsten Frauen, die Witwen und Frauen ohne Unterkunft, bedeutet die Institution der purdah doppeltes Leid.

Obwohl generell gilt, daß alle Anhänger einer bestimmten Religion das Recht haben sollen, ihre Überzeugungen zu leben, so ist doch fraglich, ob religiöse Vorschriften gerade unter den außergewöhnlichen Bedingungen eines Flüchtlingslagers so strikt befolgt werden dürfen, daß es zu Unterernährung, Krankheit und psychischem Leiden kommt.

Helga Baitenmann

Anmerkung der Redaktion:
Der englische Originaltext enthielt zahlreiche Quellenangaben. Aus Gründen der Lesbarkeit und aus Platzgründen haben wir auf diese verzichtet. Interessenten können jedoch die Literaturliste der Autorin jederzeit bei uns anfordern.



Brigadenbewegung: Kalter Kaffee?

Der folgende Artikel basiert auf einer Diskussion zwischen Frauen, die im Winter 1987/88 in einer Brigade bei der Kaffeernte in Nicaragua gearbeitet haben. Ihre Erfahrungen und Widersprüche, die sich aus diesem Aufenthalt ergeben haben, sollen hier thematisiert werden. Die Brigade bestand zum überwiegenden Teil aus Teilnehmern, die aus einem breit gefächerten politischen Spektrum und nicht direkt aus der aktiven Solidaritätsbewegung kamen.
Die Frauen waren insgesamt ca. zweieinhalb Monate in Nicaragua, davon haben sie sechs Wochen in der Kaffeernte gearbeitet, ein einwöchiges Polit-Programm absolviert und sind in der verbleibenden Zeit im Land gereist.
Die Brigade wurde vom Wuppertaler Nicaraguabüro zusammengestellt.

Über Sinn und Unsinn der Solidaritätsarbeit mit/in den trikontinentalen Ländern ist in den letzten Jahren schon einiges geschrieben worden. Auswirkungen in der Praxis hatte dies jedoch kaum. So beschleichen einen beim Schreiben leise Zweifel über den Nutzen eines weiteren Textes. Wer sollen die AdressatInnen einer kritischen Debatte der Solidaritätsarbeit sein? Die Solidaritätsbewegung ist so heterogen zusammengesetzt, daß sie kaum auf einen Nenner zu bringen ist.

Darüberhinaus ist die Beteiligung an Brigaden und anderen, weniger personalaufwendigen Projekten häufig eine mehr oder minder individuelle Entscheidung von Einzelnen, die von den jeweiligen Organisationen zu Gruppen organisiert nach Nicaragua fahren wobei die Arbeit dort in den seltensten Fällen in konkretem Bezug zur politischen Arbeit hier steht.

„Das Brigadenkonzept, das seit 1983 von der Solidaritätsbewegung getragen wird, hat bis heute primär das Ziel, Nicaragua durch den Einsatz unserer Arbeitskraft materiell und durch unsere Anwesenheit ideell zu unterstützen und unserer Solidarität auch dort praktisch Ausdruck verleihen..." hatten wir in einer gemeinsamen Presseerklärung formuliert. So oder so ähnlich platt und allgemein ist dieser Auszug repräsentativ für die pauschalen Begründungen für Nicaraguareisen, die alles und nichts aussagen, für jedes Projekt dort gelten können und weder die Arbeit dort noch hier genauer definieren.

Die Solidaritätsbewegung zu kritisieren, ist deshalb von einem revolutionären Standpunkt aus schwierig, weil dies gar nicht ihre verbindender Punkt ist.

Schwierig ist auch aus der Diffusität der Perspektiven hier heraus konkrete und präzise Alternativen und Kriterien zu benennen. Der Mangel an einem gemeinsamen Internationalismusverständnis schlägt sich auch hier nieder. Und wenn frau etwas kritisiert, möchte sie auch gern Lösungsvorschläge präsentieren. Wir können gleich sagen, daß wir die nicht haben, daß dies alles nicht mehr als ein Anstoß zur Diskussion sein kann. Und gerade weil die Infragestellung des eigenen Handelns etwas aus der Mode gekommen ist, halten wir daran fest, daß wir als politische Menschen unsere Theorie und Praxis immer wieder hinterfragen sollten und daran, daß falsche oder fragwürdige Sachen nicht richtiger werden, indem wir sie ignorieren und einfach darüber hinweggehen. Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben mit diesem Papier nicht den Anspruch verbunden, eine umfassende Analyse der Solidaritätsbewegung und ihrer Geschichte zu leisten.

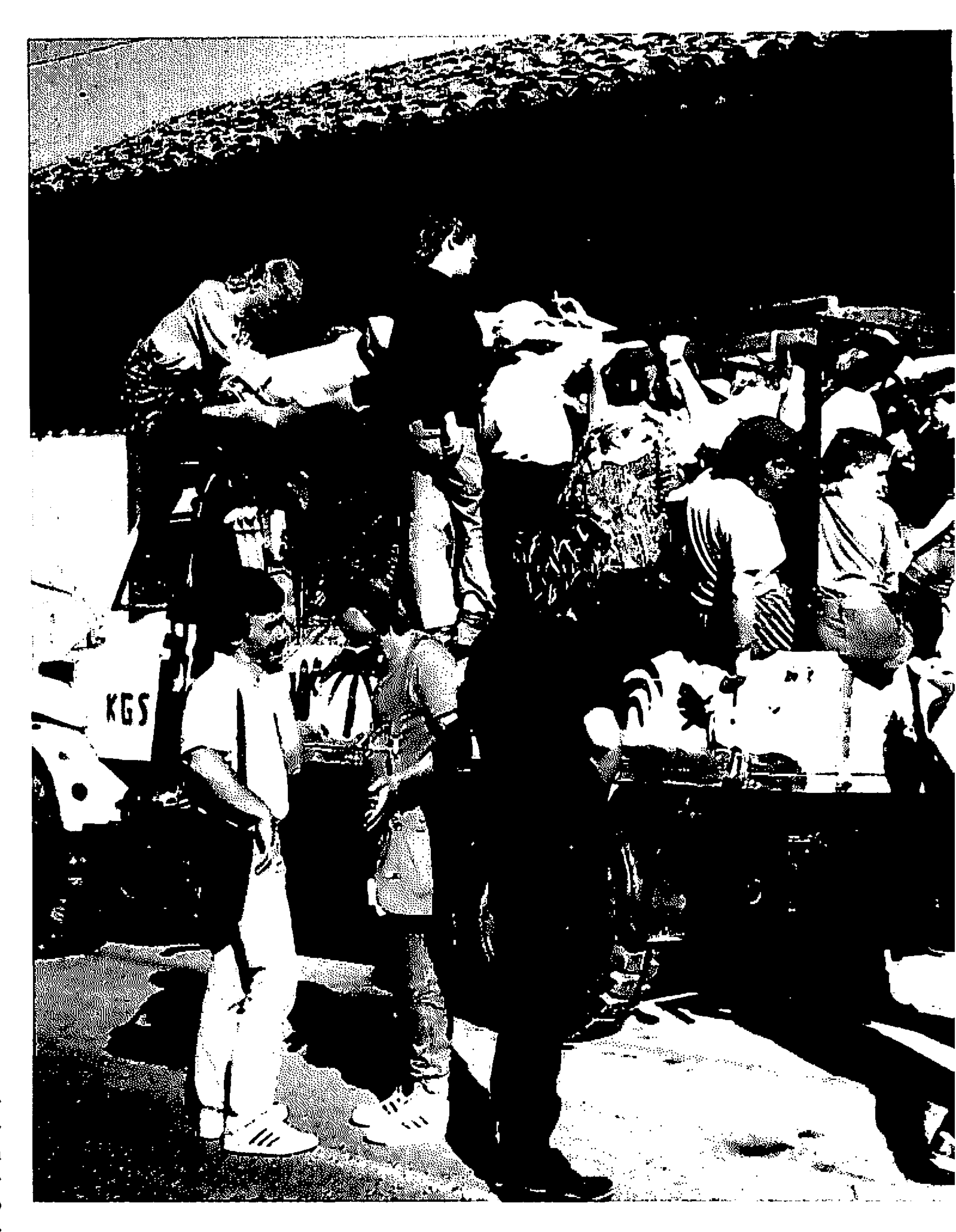
Reiche Brigadisten

Fassen wir zunächst einmal die Widersprüche und Merkwürdigkeiten zusammen, die der konkreten Arbeits- und Lebenssituation der Brigade in der Kaffeernte entspringen:

- Große Gruppen in einem fremden Land, mit ungewohnten Lebensbedingungen, sowie mit einer riesigen kulturellen Kluft konfrontiert, entwickeln eine „sonderbare“ Eigendynamik: Sie dominieren durch ihre Größe und verändern die gewohnte Situation der dort lebenden Menschen; sie neigen zur Abschottung, entwickeln ein introvertiertes Eigenleben, in dem sie sich vornehmlich mit sich selbst beschäftigen und sind von außen schwer zugänglich.
- Dies sind Allgemeinplätze, die für jede Gruppenreise gelten können, aber dennoch erwähnenswerte Voraussetzungen, begleiten sie doch — unausgesprochen — jeden Brigadeneinsatz. Und erst so — als große Brigade — können sie die ganze Dekadenz der westlichen Kultur transportieren. Daran ändern auch die unterschiedlichen Nivellierungen in der Erscheinungsform nichts. Wir haben uns oft amüsiert und aufgeregt über die Penetranz der Yankees, Kanadier etc., weil die's in unseren Augen zu doll getrieben haben. Aber sind wir weniger dekadent, weil wir ja so feinfühlig und zurückhaltend sind? Auch unsere Mülltonne wurde von den Nicas auf Brauchbares hin untersucht — und auch wir nahmen für uns Dinge als lebensnotwendig in Anspruch, die sie vermutlich niemals haben werden.

Es kann nicht darum gehen, die materiellen Widersprüche zwischen den Metropolen und dem Trikont in unseren Köpfen zu glätten; sie existieren und auch wir transportieren sie, selbst wenn wir uns noch so sehr um „Zurückhaltung“ bemühen. Letztere zur sog. adäquaten Verhaltensweise stilisiert, hat die Funktion der Gewissensberuhigung und gerinnt zur taktischen Verhaltensweise, die schließlich das „sanfte Eindringen“ ermöglicht und „legitimiert“.

Das Innenleben der Gruppe war neben den politischen Gegensätzen von der Konfrontation mit dem trikontinentalen Mangel geprägt. Der Verzicht auf metropolitanen Konsum beeinflußte, wenn auch auch auf unterschiedliche Weise, unser Verhalten. Wir haben selten darüber nachgedacht und nie darüber diskutiert, daß es auch in Nicaragua Klassengegensätze gibt und daß sich gesellschaftliche Gegensätze immer materiell äußern und sich auch nicht automatisch ideell überbrücken lassen. Genau dies erwartete aber ein großer Teil unserer Brigade: Daß „die Nicas“ unsere Solidarität, unseren freiwilligen Einsatz „für Nicaragua“ honorieren und uns z.B. nichts klauen. Daß wir es nicht genug sein ließen, mit unserer „kärglichen“ Ausrüstung für dortige Verhältnisse „reich“ zu sein, sondern obendrein noch 2.500 Dollar im Kaf-



feefeld liegen ließen, die dann prompt mit einem Zufallstreffer geklaut wurden, ist vielleicht eine Ausnahme. Aber sie ist auch der überspitzte Ausdruck des Mangels an Reflexion der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse. Dieser Betrag ist für LandarbeiterInnen in Nicaragua eine unvorstellbare Summe. Hoch gegriffen verdienten sie 20 Dollar im Monat zum damaligen Zeitpunkt, d.h., es waren mindestens 125 Monatslöhne, die wir da einfach so herumliegen ließen. Das hat sich natürlich unheimlich schnell herumgesprochen und konnte nur als Freibrief verstanden werden. Hinzu kam, daß im Selbstlauf ein Typ als Täter denunziert wurde, bei dem nichts gefunden wurde und von dem niemand wirklich sagen kann, ob er es war oder nicht. Ganz unabhängig davon wanderte er in den Knast — wo er vermutlich heute noch sitzt. Dies bekümmerte einige von uns wenig, denn die Justiz in Nicaragua ist ja viel besser als die in der BRD, im Knast deshalb auch viel schöner und außerdem: „wenn das jeder machen würde...“!

Ich will hier der Vollständigkeit halber anfügen, daß selbst die sandinistische Regierung erhebliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit ihres Justizsystems hegt, die Überschreitung von Kompetenzen und Korruption zu beklagen hat...

Wir selbst kennen Armut in aller Regel nur vom Hörensagen, aus der Theorie erwarten wir von den Leuten dort, daß sie unseren Besitz als persönliches Eigentum achten, aus moralischen Gründen sozusagen. Genauso betrübt es die Sinne der metropolitanen HelferInnen, daß die Nicas, mit denen wir für ein paar Wochen zusammen leben und arbeiten, häufig am meisten interessiert, was wir da lassen, was materiell rüberkommt. Erstens ist das aufgrund der mangelhaften Versorgung mehr als logisch und zweitens doch letztlich eine Konsequenz aus dem massenhaften Auftauchen von Menschen aus den kapitalistischen Zentren, die eben so viel haben, daß sie leicht caritativ sein können und großmütig Dinge zurücklassen oder verschenken, die sie nicht mehr brauchen, die sie sowieso



wegschmeißen, die aber für die Menschen dort von unglaublichem Wert sind. All diese Leute, das sind doch letztlich auch wir. Und damit sind es auch wir, die solche Verhaltensweisen produzieren, auch wenn wir noch nie vorher in Nicaragua gewesen sind. Wir kommen doch als MitgliederInnen dieser einen großen Solidaritätsbewegung — oder nicht? Weshalb dann die Enttäuschung oder gar Empörung?

Manche mögen diese Dinge banal und nebensächlich finden, sie weisen aber auch auf einen zentralen Kritikpunkt an der Solidaritätsarbeit hin: Die Ausschließlichkeit mit der jede Gruppe ihre Arbeit, ihr Projekt diskutiert und ausführt, ohne sie in Bezug zu setzen zu dem großen Rahmen, in dem sie steht. „Das Land gegen die imperialistische Aggression unterstützen" ist die wohlwollende allgemeine Haltung, mit der die meisten dorthin fahren. Sie impliziert nur äußerlich („nicht den Wohlstand raushängen lassen") auch ein Nachdenken darüber, was die vielen UnterstützerInnen an kulturellen Gegensätzen mitbringen. Da der Widerstand in den Metropolen nicht gerade zu den ausgeprägtesten zählt und der Großteil der nach Nicaragua Kommenden eher dem Mittelstand zuzuordnen ist (welcher durchschnittliche Proletarier kann sich die Reise auch leisten?) und — das sollten wir nicht verhehlen — ja auch dorthin fährt, um der öden Perspektivlosigkeit der Metropole zu entfliehen, ist der relative Reichtum das augenscheinlichste Moment, das wir dort darstellen. Wir verkörpern sozusagen die gute Seite des Kapitalismus — und damit einen schlechten Film.

Alle Versuche, auch nur Bruchstücke des (ArbeiterInnen-) Alltags in den kapitalistischen Zentren zu vermitteln und vorstellbar zu machen, sind angesichts der extremen Unterschiede zum Scheitern verurteilt. Auch die existenziellen Probleme können wir nicht vermitteln. Übrig bleibt, was an uns ja sichtbar wird: Daß wir — in Nicaragua — mehr als genug Geld haben, daß die materielle Situation demgemäß hier auf jeden Fall besser ist als dort.

Ich vermag nicht zu sagen wie dieser trikontinentale Blick auf die Metropolen aussehen würde, hätten wir auch hier ausgeprägte Kämpfe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, ich weiß nur, daß er anders aussähe, daß sich darin der innere Zusammenhang der verschiedenen Ausbeutungsbedingungen ausdrücken könnte/würde.

Wenig echter Austausch

„Grundlage für unsere Solidarität ist (...), trotz der Existenz von Widersprüchen und Fehlern der sandinistischen Regierung, einen revolutionären und damit emanzipatorischen Prozeß zu unterstützen. Darüberhinaus ist es unser Ziel, die Bedingungen dieses Prozesses in Nicaragua selbst kennenzulernen" schrieben wir in unserer Presseerklärung. Letzteres haben wir, wenn auch nur von außen. Allerdings ist die Erfahrung einer konkreten Situation immer eindrucksvoller als das abstrakte Wissen. Was in obigem Zitat zwar nicht explizit ausgedrückt ist, aber dennoch unausgesprochen darin enthalten ist und auch zu den beinahe selbstverständlichen Erwartungen gehörte, sind intensive und offene Kontakte zu den Campesinas und Campesinos.

So herrschte dann schließlich Enttäuschung darüber, daß sich „intensivere" Gespräche, wenn überhaupt, auf die politischen Kader beschränkten, wobei sich deren Äußerungen einerseits nicht gerade durch Zuverlässigkeit auszeichneten und andererseits — ganz Funktionäre und Politiker — von schemenhaften, oberflächlichen und floskelhaften Aussagen geprägt waren. Wie sollte es auch anders sein, denn die politische Betreuung von internationalen Brigaden ist schließlich ihr Job und damit nicht zwingend Ausdruck ihres persönlichen Interesses.

Hier ist noch anzufügen, daß wir auch den offiziellen, organisatorischen Aufwand auf nicaraguanischer Seite (den sie für die politische Betreuung von Brigaden aufbringen und für den wir teilweise, je nach Zuständigkeit und Reglement auch bezahlen) für zweifelhaft halten. Er läßt sich zeitlich und arbeitsmäßig zwar nicht genau bemessen, sicher ist jedenfalls, daß eine Menge organisatorischer Arbeit geleistet wird, für die andere Arbeiten — gleich welcher Art — zurückstehen müssen.

Dafür, daß die Kontakte zu den Leuten, in deren Nähe wir arbeiteten und lebten, mit denen wir sechs Wochen auf der gleichen UPE (Unidad Producción Estatal — staatliche Produktionseinheit) verbrachten, rar und niemals intensiv und offen waren und sein können, gibt es neben den oben schon erwähnten, weitere Gründe:

- Der Aufenthalt ist viel zu kurz (womit keinesfalls die Forderung verbunden sein soll, Brigadeneinsätze sollten länger dauern!)
- Wir sind Gäste. Die Gesetze der Gastfreundschaft verbieten, Unangenehmes zu äußern, d.h. evtl. existierende Kritik an uns zu äußern (Auch die Versuche unsererseits von den Kadern etwas darüber zu erfahren, was sie und v.a. die „Leute" dort von uns halten, waren erfolglos. Logischerweise wurden sie mit den gleichen Formeln beantwortet, die auch überall die Begrüßungsreden begleitet hatten: „Es ist gut, daß ihr hier seid... wir freuen uns...")
- Die „Leute" kennen uns nicht und lernen uns auch nicht so kennen, daß sie Vertrauen zu uns entwickeln können. Dazu mangelt es allein schon an Gemeinsamkeiten, die aus einer gemeinsamen Lebenssituation, einem verbindenden Kampf etc. herrühren könnten. Unsere Motive, dorthin zu kommen, bleiben für die meisten ohnehin weitgehend im Rahmen des Unerklärlichen oder eben moralisch (was wohl auch den Kern trifft); ausgehend von den deutlich besseren materiellen Bedingungen bleibt der Widerstand in den Metropolen bzw. die Vorstellung davon ein abstrakter Begriff.

Wir kommen auch in erster Linie als Unterstützerinnen der Regierung. Trotz der auf unserer Seite vorherrschenden Illusion/Wunschvorstellung über „Nicaragua libre" sollten wir nicht annehmen, daß man offen mit uns über Widersprüche und Schwierigkeiten redet.

Um dies eventuellen Einwänden gleich entgegenzuhalten: Es geht nicht darum die FSLN als nicht revolutionär genug, oder als sozialdemokratisch, reaktionär etc. zu brandmarken. Festzuhalten ist nur, daß es als sicher gelten kann, daß unter den besonderen historischen und globalen Bedingungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung nicht zu realisieren wäre/ist. Umsomehr ist dies zu unterstreichen, wenn wir die — theoretisch ja auch verbreitete — Einsicht, daß Revolution in einem Land nicht möglich ist und sich kein Land im Trikont allein dem Zugriff des multinationalen Kapitals erwehren kann, heranziehen.

Der Alltag der ArbeiterInnen — nicht nur auf dem Lande — ist in Nicaragua nach wie vor davon geprägt, daß sie arbeiten und

ihre Versorgung organisieren müssen, daß ihnen wenig frei verfügbare Zeit verbleibt, die sie z.B. für die Kommunikation mit Internationalisten verwenden können [1]. Es ist Ausdruck unserer ignoranten Arroganz, anzunehmen, daß sie zu einer „Gegenleistung“ für unseren Einsatz in der Lage wären.

„Tolle Nicas“

In Anbetracht der Oberflächlichkeit und „Äußerlichkeit“ der Kontakte zu den NicaraguanerInnen einerseits und dem Wunsch, möglichst viel „mitzukriegen“, „Revolutionäres“ selbstverständlich, auf der anderen Seite, sind diese Kontakte sehr stark von einem Verhältnis geprägt, das wir als „Warenverhältnis“ bezeichnen möchten.

Da wir von einer solchen Reise erwarten, daß wir Interessantes, Schönes, Ursprüngliches erleben und auch eine Portion Hoffnung mit zurückbringen können, suchen wir Kontakte zu Menschen, die nicht nur etwas zu erzählen haben, sondern auch gewohnt sind, sich darzustellen und mit Fremden umzugehen, wie z.B. Leute, die eine Rolle in der Revolution oder eine Funktion in einer Organisation vorzuweisen haben und als revolutionäre Menschen gelten.

So stellten wir bspw. noch in der BRD die Forderung auf, mit einer Nationalen Brigade (die aus Freiwilligen aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen besteht) zusammen Kaffee zu ernten. Wir wollen hier gar nicht bestreiten, daß es bestimmt „viel interessanter“ ist, mit Leuten aus der Frente oder der Juventud zu reden, zumindest, wenn wir dabei die „Vermarktung“ nach der Heimkehr in die BRD im Auge haben, als die Eindrücke vom banalen, „unpolitischen“ Leben der Campesinos und Campesinas. Wir sollten aber darüber nachdenken, ob dies ein realistisches Bild und damit einen Begriff von der Situation in diesem Land vermittelt. Noch mehr sollten wir uns fragen, mit welcher Haltung wir dorthin gehen und welche Bedürfnisse wir dabei transportieren, die mit Solidarität wenig, mit der eigenen Perspektivlosigkeit aber sehr viel zu tun hat, und v.a., ob dies der Weg ist, ihr zu entkommen.

Unter diesem Kriterium haben wir die obengenannte Forderung unsererseits auch in Nicaragua nie gemeinsam diskutiert. Uns selbst ist die Absurdität dieser Vorstellung auch später erst bewußt geworden.

Den Warenwert von „revolutionärem Habitus“ demonstrierte uns dagegen bereits in der Kaffeernte ein netter junger Mann, der genau verstand, diese Ware zu materialisieren. Ein Einzelbeispiel zwar, aber mit Kontinuität, wie wir von anderen hörten, Jahr für Jahr.

Er verfügte über die folgenden Eigenschaften: Er sang Lieder aus der Revolution, er war politisch informiert und verstand, zu diskutieren, hatte eine persönliche politische Geschichte und verstand, den Frauen schöne Augen zu machen. Lauter Eigenschaften, die zu den Vorstellungen zählen, die Metropolenmenschen — idealistische — von einem „tollen Nica“ haben.



Die Tatsache, daß die Gründe, die er für seine Anwesenheit anführte, suspekt waren, spielte keine Rolle mehr und der Gang der Dinge war einfach und wiederholt sich stereotyp: Eine Frau aus der Brigade verliebt sich in ihn, das beginnende Techtelmechtel wirkt wie ein Vertrauensvorschuß und erlaubt den Zugriff auf die ohnehin gutgefüllte Brigadenkasse (er hat kein Geld geklaut, er bekam es freiwillig!). Die weiteren Details sind unwesentlich. Um einige Dollar und ein paar Gegenstände reicher verließ er uns schließlich relativ lautlos, aber unter Vorwürfen, wir seien desinteressiert oder so ähnlich.

Diese Anekdote soll hier weniger deshalb erzählt sein, um mit Che Guevara wieder einmal festzustellen, daß es „immer Leute gibt, die von der Revolution leben“, sondern ein — vielleicht überspitztes — Schlaglicht auf unsere Umgehensweise mit der Revolution in Nicaragua und unsere oft oberflächlichen Interessen daran werfen.

Abenteuerurlaub mit politischem Anspruch

Solidarität ist prinzipiell uneigennützig; sie sollte es jedenfalls sein. Uneigennützig im Sinne von „nicht von — direkter — Gegenleistung abhängig gemacht werden!“ Daß die doch recht massiv in Nicaragua geübte Solidarität immer einer Überprüfung unter diesem Kriterium standhält, ziehen wir in Zweifel.

„Nicaragua ökonomisch unterstützen, ist der wesentliche Faktor für die Arbeit als Brigade“ war eine umstrittene Behauptung innerhalb unserer Gruppe. Daß dieses „Nicaragua ökonomisch unterstützen“ ein nicht widerspruchsfreier und sehr undifferenzierter Anspruch ist, werden wir weiter unten noch zu zeigen versuchen. Zunächst aber soll dieser Anspruch — mit einer einfachen Rechnung — daraufhin überprüft werden, ob er sich so verifizieren läßt.

Buchhalterisch festgehalten haben wir mit 23 Personen in 6 Wochen Kaffee im Gegenwert von 7475 Dollar geerntet (den aktuellen Weltmarktpreis zugrundegelegt). Der finanzielle Aufwand für unseren Aufenthalt belief sich auf etwa 26.000 Dollar. Bleibt festzustellen, daß wir einen ungleich höheren Betrag ausgegeben haben, um einen ungleich geringeren zu erwirtschaften. Diese Erkenntnis, daß die ökonomische Bedeutung der Brigaden eher gering ist, teilen auch die nicaraguanischen Behörden — selbstredend ohne obige Rechnung miteinzubeziehen.

Ohne zu übertreiben beliefe sich das Arbeitsergebnis der gleichen Anzahl von nicaraguanischen Trabajadores und Trabajadoras del Campo auf etwa das Dreifache, da deren Produktivität aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer jahrelangen „Pflückerfahrung“ durchschnittlich mindestens das dreifache, eher noch mehr, beträgt. Wir benötigen eine schöne Zeit, um eine reife von einer weniger reifen Kaffeekirsche zu unterscheiden und uns überhaupt eine minimale Sachkenntnis zuzulegen.

Ohne FreundInnen der in den Metropolen verbreiteten Spendenmentalität zu sein, die oft v.a. dadurch charakterisiert ist, daß mann/frau sich mit den entsprechenden finanziellen Mitteln selbst ein reines Gewissen verschafft, haben wir uns gefragt, ob wir diesem Anspruch der „ökonomischen Unterstützung“ nicht gerecht werden, indem wir dieses Geld spenden und die so gewonnene Zeit besser für den Widerstand hier in der BRD nutzen.



Viel spannender aber im Hinblick auf die „Uneigennützigkeit der Solidarität" ist die Frage, ob wir diese 2.000 DM auch hergeben würden, wenn wir sie nicht für die eigene Reise ausgeben würden. Die Antwort ist einfach: Wir würden es nicht tun! Noch einfacher als diese Antwort ist die Erklärung für sie: Weil wir für etwas, wofür wir bezahlen, auch etwas haben wollen!

Und wir haben etwas davon: Wir entfliehen für ein paar Monate dem öden und als aussichtslos empfundenen metropolitanen Alltag. Und nicht nur das, wir schnuppern ein bißchen „Revolution", oder das, was wir uns gern drunter vorstellen (sind dann womöglich enttäuscht, weil nicht alles so ist, wie es in unseren idealisierten Träumen vorkommt) — und wir tun noch eine „gute Tat".

Auch wenn das alles ein bißchen — sehr — sarkastisch klingt: So rein wie wir immer tun, können unsere Motive gar nicht sein, sonst würden sie bei einer ernsthaften Überprüfung nicht so viele Schwachstellen aufweisen, die wir dann gern übergehen...

Böse Zungen könnten die Beweggründe für die praktische Solidarität in Nicaragua auch zusammenfassen als eine Mischung aus Abenteuerurlaub mit politischem Anspruch, kolonialistischem Sendungsbewußtsein und dem christlichen Bedürfnis, Buße zu tun und Opfer zu bringen für die Armen und Maledeiten.

Auch wenn der Begriff der „Kolonisierung" in seinem historischen Zusammenhang auf die Situation in Mittelamerika nicht oder nur im übertragenen Sinne anzuwenden ist, beschreiben die beiden folgenden Zitate aus den „Verdammten dieser Erde" (Frantz Fanon) das Verhältnis der Soli-Bewegung zu den Bedingungen in Nicaragua:

„Sobald der Kolonisierte anfängt, an den Fesseln zu zerren, den Kolonialherren zu beunruhigen, schickt man ihm gute Seelen, die ihm (...) das Wesen und die Reichtümer der westlichen Werte darlegen (...) In der Dekolonisationsperiode wird plötzlich an die Vernunft der Kolonisierten appelliert.

(...) es existiert ein in Blut und Zorn geschaffenes Bindemittel. Man begreift nunmehr, daß diese Schlagworte, wenn sie in den unterentwickelten Ländern verwendet werden, einen neuartigen Sinn annehmen. Während der Kolonialperiode wurde das Volk aufgefordert, gegen die Unterdrükkung zu kämpfen. Nach der nationalen Befreiung wird es aufgefordert, gegen das Elend, das Analphabetentum, die Unterentwicklung zu kämpfen. Der Kampf geht weiter, versichert man. Das Volk stellt fest, daß das Leben ein unaufhörlicher Kampf ist."

Deutsche Arbeitsdiziplin für Nicaragua

Ein Phänomen, das sowohl in unserer Brigade zu latenten Auseinandersetzungen führte, als auch kennzeichnend ist für das (Arbeits-)Verhalten vieler anderer Brigadisten und Residentes (Ausländer, die in Nicaragua leben), ist die Außerkraftsetzung des kritischen Verhältnisses zu entfremdeter Arbeit. „Nicaragua" stellt alles auf den Kopf. In der Brigade führte dies dazu, daß die Intensität des individuellen Arbeitseinsatzes zum Gradmesser für die Identifizierung mit der sandinistischen Revolution gemacht wurde (kleinliche Auseinandersetzungen darüber, inwieweit es objektiv Gründe für eine Kritik am (Arbeits-)Verhalten Einzelner gab, wollen wir unseren Lesern und uns selber ersparen). Je nachdem, ob mann/frau sich mit den auch in Nicaragua üblichen Appellen zur Steigerung der Arbeitsleistung identifizierte oder nicht, wurde seine/ihre Integrität in Zweifel gezogen und die Reinheit seiner/ihrer politischen Motive in Frage gestellt.

Ähnliches konnten wir später bei Leuten beobachten, die in Projekten und Fabriken mit NicaruaguanerInnen zusammenarbeiten. Sie beschweren sich über die müde Arbeitsmoral der ArbeiterInnen, die sich an die alte Regel „so wenig wie möglich arbeiten" halten, über die hohe Fluktuation, darüber, daß die Leute zu viel Pausen machen oder sich alle möglichen Ausreden einfallen lassen, um zu spät zur Arbeit zu kommen und so weiter. Auch daß die Arbeit (häufig) im Leistungslohn bezahlt wird — in der BRD nennen wir das Akkord, ein Wort, das bei den meisten nur als Gedanke eine Gänsehaut auslöst — sei nur am Rande, nicht als Anklage, sondern als Feststellung bemerkt.



Daß in Nicaragua plötzlich all das gut und sogar einfordernswert sein soll, was hier als duckmäuserisch, unkollegial und verwerflich denunziert wird/würde, macht nachdenklich.

Diese Kritik, die viele von uns in Nicaragua auch praktisch demonstrieren, indem sie voll in Aufbaustimmung — und sicher gutgemeint — den 'Nicas ein Beispiel' (für den berühmten deutschen Arbeitsethos?)

sein wollen ist u. E. einerseits Ausdruck einer kleinbürgerlichen Denkweise, die beinhaltet, daß Arbeiten irgendwie doch der Sinn des Lebens (auch, wenn man dies hier in der BRD theoretisch bestreiten würde) ist und Erfüllung darin steckt, wenn sie nur ein ideelles Ziel hat. Und in Nicaragua gibt es was Sinnvolles zu tun, nämlich die ökonomische Infrastruktur auszubauen, die Ökonomie zu stabilisieren, die landwirtschaftliche und technologische Entwicklug voranzutreiben. Daß dies alles unter profitorientierten Bedingungen zu geschehen hat denn auch Nicaragua ist weiterhin dem Diktat des Weltmarktes sprich den mulitinationalen Konzernen unterworfen scheint oftmals nicht mehr konsequenten Eingang in die Arbeit der Internationalisten zu finden.

(Auch diese Bemerkung ist lediglich als Feststellung einer Tatsache zu verstehen — und nicht als Vorwurf an die Sandinisten.)

Auf der anderen Seite sollte mann/frau sich auch darüber im klaren sein, daß die subtilen Versuche auf die Arbeitsdisziplin der nicaraguanischen Arbeiterinnen einzuwirken — es gibt ja eine ganze Reihe von Internationalisten, die z.B. auch als Berater in arbeitsorganisatorischen Fragen tätig sind — letztlich auf eine Konditionierung der Arbeitskraft auf die Anforderungen des Kapitals — Arbeitsintensität und Produktivität — hinauslaufen und den Zugriff auf die trikontinentale Arbeitskraft damit rentabler machen.

Darüberhinaus stellen wir fest, daß es einmal wieder die „guten Seelen" aus den kapitalistischen Zentren sind, die versuchen, Verhaltensmaßstäbe für die Arbeiterklasse in einem Land der sog. Dritten Welt zu setzen, sie haben auch oftmals die Mittel, sie auch tatsächlich zu setzen — im Namen der Revolution. Einer Revolution, die sie im eigenen Land in vielen Fällen nicht — mehr — als realisierbar ansehen und die als Perspektive nicht — mehr — existiert.

Wo nehmen wir Metropolenmenschen eigentlich all die Überheblichkeit her, mit der wird uns als legitimiert ansehen, zu beurteilen — objektiv versteht sich — wie die Befreiung der NicaraguanerInnen — z.B. — vor sich zu gehen hat und wie sie aussieht und dann auch noch mit all der ökonomischen Macht in dieses Land einzufallen. Wer einmal dort war, konnte sich ein Bild davon machen, daß dieses Wort nicht unbedingt eine Übertreibung ist. „Ökonomische Macht" meint nicht nur die (Teil-)Finanzierung bestimmter Projekte, sondern auch die simple Tatsache, daß Tausende von BrigadistInnen über die finanzielle Kapazität verfügen, Jahr für Jahr ins gelobte Land zu fahren.

„Für die Dritte Welt ist es nicht damit getan, daß sie sich den Werten gegenüber definiert, die sie vorgefunden hat. Die unterentwickelten Länder müssen vielmehr alles daransetzen, Werte zu schaffen, die ihnen eigentümlich, Methoden und Lebensformen, die für sie spezifisch sind." (Die Verdammten dieser Erde, Frantz Fanon)

„Solidarität" als Flucht vor den als aussichtslos und trist empfundenden Kampfbedingungen im eigenen Land und als Projektion der eigenen Wünsche und Träume von „Revolution" hat eine lange Geschichte, die in der BRD besonders ausgeprägt ist: Sie reicht von Algerien über Vietnam, Protugal, Mozambique, Chile... bis nach Nicaragua. Wenn wir auf die jeweiligen Besonderheiten und auch auf die Frage der Internationalen Brigaden, die von Ho Chi Minh und Che Guevara abgelehnt wurden, nicht eingehen, dann deshalb, weil wir lediglich auf dieses alles verbindende und u. E. in Bezug auf Nicaragua wesentliche Kriterium der Flucht und der Projektion hinweisen und es unterstreichen wollen.

Dieses Motiv — oft zugeschüttet von mehr oder weniger ausgeprägten politischen Ansprüchen — ist allen gemeinsam, wenn auch sicher mit unterschiedlichen charakteristischen Zügen und Perspektiven. Politisch diskutiert wird es aber nur individuell und mit persönlich unterschiedlichen Konturen, seine politische Dimension aber wird verschwiegen oder taktisch benutzt. Organisatoren der Nicaragua-Brigaden sehen die Effizienz darin, daß ein Großteil der Leute auch nachher in der Soli-Bewegung „irgendwie aktiv" ist. Es ist ohnedies in — im weitesten Sinn den Linken zuzurechnenden Kreisen — üblich geworden, von Zeit zu Zeit für ein, zwei, drei oder mehr Monate der metropolitanen Tristesse zu entfliehen. Nach Nicaragua zu entfliehen bietet den zusätzlichen Vorteil, nicht bloß Tourist/in zu sein, sondern für sich beanspruchen zu können, es aus politischen Gründen zu tun.

Darin liegt wohl der Grund, warum so wenig über die Ambivalenz dieses Handelns geredet wird und alle nur erzählen wie toll es ist...

Wir haben versucht, die verschiedenen „Ambivalenzen" an unseren Erfahrungen und Eindrücken nachvollziehbar zu machen.

Wir haben auch versucht, einmal von unserem „vorsichtigen" und „rücksichtvollen" Verhalten, das gerade „wir Deutschen" so gern für uns in Anspruch nehmen, zu abstrahieren. Diese angebliche Sanftheit erlaubt uns das Eindringen und die Einfluß-

nahme in Nicaragua auf der Ebene der Solidarität. Aber wo unterscheidet sich „unser" sanftes Eindringen von dem Hans-Jürgen Wischnewskis, dem Commandante Hans'???

Die Individualisierung und der moralische Charakter der „Solidarität" verhindern den Blick auf die Dimension und die Auswirkungen des gemeinsamen politischen Verhaltens. Und umgekehrt sind sie nur auf dem Hintergrund einer verkürzten, eben von Eigeninteressen beeinflußten politischen Einschätzung möglich, die so tut als sei Nicaragua eine Insel und nicht ein kleines Land in Mittelamerika, in dem weder eine sozialistische Revolution ausgerufen wurde noch sonst irgendwelche Maßnahmen ergriffen wurden, mit denen die Aufhebung von Klassengegensätzen auch nur ins Visier genommen worden wäre. Insofern ist es auch überaus fragwürdig, diese Widersprüche, die nun einmal augenblicklich und mittelfristig existieren mit Visionen von nationaler Befreiung wie sie in Begriffen wie 'das Land unterstützen', dem 'nicaraguanischen Volk' helfen zum Ausdruck kommen, zuzukleistern.

Wem helfen die Brigaden?

„Was in Nicaragua seit 1979 geschah, waren Reformen, die nicht einmal allzu weitgehend waren. Die Rechte ausländischer Investoren wurden nicht in bedeutendem Maße eingeschränkt. Die Regierungsjunta war zu weitgehenden Kompromissen bereit. Sie baute zu einem großen Teil auf Modernisierung, was in zahlreichen Großprojekten, dem Versuch technologischer Lösungen von Problemen der Produktivität, den Anstrengungen für eine Ausweitung des Exports mit dem Ziel der Beschaffung von Devisen zum Ausdruck kommt. Doch dies alles reichte nicht aus. Die Bedrohung durch Nicaragua lag in der Verteuerung der sozialen Kontrolle der Region. Sie wurde mit Krieg beantwortet.

Das Ziel für die ganze Region ist: Rationalisierung und Rentabilität der Bevölkerung. Der Maßstab ist der vom transnationalen Kapital weltweit gesetzte, aber noch nicht weltweit durchgesetzte Verwertungsmaßstab. Solange die Bevölkerung sich nicht unter diesen Maßstab zwingen läßt, ist der Krieg die rentabelste Form der Herrschaft." (aus Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 1)[2]

„So kann davon ausgegangen werden, daß gerade in den ersten Jahren nach 1979 Nicaragua einen wichtigen Impuls für die Stärkung der Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala gegeben hat, nicht auf dem Wege materieller Unterstützung, sondern eben auf dem des ermutigenden Beispiels.

Wichtiger für den Entschluß der USA ab etwa 1983 mit zunehmender Härte gegen Nicaragua vorzugehen, dürfte die Tatsache sein, daß die Maßnahmen der FSLN die Sozialausgaben für die Bevölkerung beträchtlich erhöhten und damit deren Ansprüche weiter zunahmen. In diesem Sinne ist Nicaragua dann auch als Beispiel gefährlich. Das Beispiel wird in der gesamten Region und vielleicht darüberhinaus zum Kostenfaktor. Die international durchgesetzten Verwertungsmaßstäbe im Kontext transnationaler Konzerne verlieren ihre Gültigkeit. Das mußten die USA verhindern und diese Verhinderung erforderte einen hohen Einsatz, eben den regionalen Krieg in der Form des Konflikts geringerer Intensität. In Nicaragua hat dieses Vorgehen insoweit Erfolg gehabt als die ökonomische Lage vieler Nicaraguaner heute schlechter sein dürfte als gegen Ende der Somoza-Herrschaft". (ebda)

Damit soll noch einmal unterstrichen werden, daß die politische Situation Nicaraguas nicht in einem nationalen Rahmen gesehen und gelöst werden kann. Hier werden viele einwenden, daß das klar sei. Wir halten dem entgegen, daß die Solidaritätsarbeit in Nicaragua diesem Aspekt nicht Rechnung trägt. Es fließen zu viele subjektive Interessen ein, die oftmals einer offenen und die eigene Praxis in Frage stellenden Diskussion im Wege stehen.

Wir ziehen aus unseren Erfahrungen weiterhin den Schluß, daß der massive Einsatz von Brigaden – ob „die" NicaraguanerInnen ihn nun wünschen oder nicht, sei einmal dahingestellt – einerseits beinahe kolonialistische Züge trägt und andererseits in einer Weise von Widersprüchen begleitet ist, die in keinem Verhältnis zu seinem ökonomischen und politischen Nutzen stehen. Obwohl seit kurzem die Brigadeeinsätze im Zusammenhang mit der „So-





zialdemokratisierung" Nicaraguas ohnehin „neu" diskutiert werden, halten wir diese Einwände für wichtig und überfällig. Sie dürfen sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die für andere, „kommende" Länder in Zentralamerika und anderswo gelten könnten.

Die Brigadeeinsätze in Nicaragua begannen in einer Situation, in der sie als „Schutzwall" internationaler Solidarität gegen die drohende Invasion durch die USA fungierten. Danach folgten immer neue Begründungen, mit denen sie gerechtfertigt wurden. Sie gipfeln darin, den agitatorischen Charakter der Brigaden für die Brigadistinnen selbst hervorzuheben.

Selbst wenn sie tatsächlich mobilisierenden Charakter hätten, so wäre erstens die Frage nach dessen Quantität und Qualität zu stellen und zweitens bliebe die Frage offen, inwiefern ein solches Ergebnis noch in einem legitimen Verhältnis dazu steht, was wir dort anrichten. Schließlich wäre zu fragen, ob diese Haltung nicht vornehmlich Ausdruck von metropolitanem Luxus und den dazugehörigen Scheuklappen ist, die erst die direkte Konfrontation mit dem Elend des Trikonts als Anstoß braucht, um „mobilisiert" zu sein.

Die so erzeugte Mobilisierung kann nur moralisch sein — und „und in solch moralischer Haltung steckt gewöhnlich viel Rassismus" (Margaret Prescod-Roberts, „Schwarze Frauen, weiße Frauen").

Nun werden einige fragen, warum wir bei all diesen Bedenken überhaupt nach Nicaragua gefahren sind. Die Antwort ist einfach: Zum Teil hatten wir sie vorher nicht, zum anderen sind uns erst dort die Dimensionen und damit die vollständige Fragwürdigkeit klar geworden. Um dieser Erfahrung willen hätten wir die Reise nicht machen brauchen und wir hätten sie auch sicher nicht gemacht, hätten andere sie uns vermittelt.

Wir haben keine konkrete Antwort auf die Frage, wie Solidaritätsarbeit alternativ aussehen kann, wir sehen aber ein krasses Mißverhältnis zwischen der Anzahl an Leuten, die sehr viel Zeit und Energie darauf verwenden, einen kürzeren oder längeren Aufenthalt in Nicaragua zu ermöglichen und der Anzahl derjenigen, die hier im „Herzen der Bestie" aktiv sind.

Die beste Unterstützung für Veränderungen in den Ländern der Peripherie besteht, darin, den Kampf in den kapitalistischen Zentren selbst zu führen und zu intensivieren. Wie wenig ernsthafter umgesetzt wird, kann mann/frau am Beispiel Nicaragua daran sehen, daß all die Institutionen, Parteien, Stiftungen, die ideologisch-propagandistisch oder finanziell den Contra-Krieg (mit-)führen, weitgehend unbehelligt, auf jeden Fall aber ohne Behinderung ihrem Handwerk nachgehen können.

Uns hat unser Aufenthalt in Nicaragua nicht nur in der theoretischen Einsicht bestärkt, daß wir hier viel mehr gegen die Verhältnisse tun müssen. Er hat uns die Zweifelhaftigkeit von Versuchen es dort zu tun bzw. die Solidarität dorthin zu verlagern, demonstriert.

Wir finden, daß es höchste Zeit ist, darüber nachzudenken, wie wir Internationale Solidarität ohne Eigeninteressen in den Vordergrund stellen, organisieren, die der Komplexität der globalen Verhältnisse gerecht wird und hier entsprechend zu handeln, ohne dabei einem Entzug von — vor allem materieller — Unterstützung das Wort zu reden.

„Einen großen Fehler sich selbst gegenüber begehen diejenigen Brüder (und Schwestern, Anm.), die meinen, nur weil sie sich eine Menge Fragen stellen, hätten sie schon die richtigen Antworten. Wir sagen, daß diese Brüder (und Schwestern Anm.) sich selbst betrügen." (Carlos Fonseca, 1975)

Eine Brigadistin

Anmerkungen:

1. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, daß die ländliche Bevölkerung an der Revolution viel weniger beteiligt war als die städtische Bevölkerung.
2. Der Begriff 'Bevölkerung' ist in diesem Zusammenhang genau zu definieren, da er ja alle Teile einer ein Land bewohnenden Gesellschaft umfaßt. In diesem Sinne kann er nicht gemeint sein. Auch die trikontinentalen Gesellschaften sind Klassengesellschaften mit unterschiedlichen und antagonistischen Interessengruppen...



„talking is over, action is on"

Mit Gottes Hilfe zum Sozialismus?

Kirche und Befreiungstheologie



Ein kurzer Blick in die Geschichte Lateinamerikas zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Entwicklung einzelner Länder. Gewaltsame spanische und portugiesische Eroberung und Kolonisation, Sklaverei, Ausbeutung von Menschen und Bodenschätzen sowie Ausrottung der Ureinwohner gab es nahezu überall, und die römisch-katholische Kirche hatte dagegen nur selten etwas einzuwenden, sondern suchte sich nach Kräften selbst zu bereichern. Millenaristische Träume über den Anbruch eines „mönchischen Zeitalters" oder die Hoffnung von Teilen des Klerus auf das nunmehr zu verwirklichende „tausendjährige Reich der Apokalypse" konnten dagegen wenig ändern. Selbst konkrete Versuche der Etablierung eines Modells der Harmonie zwischen europäischer und indianischer Kultur — die sogenannten Jesuitenreduktionen — scheiterten schließlich im 18. Jahrhundert an den stärkeren weltlichen Interessen der Kolonisatoren. Erst ab der Mitte des 20. Jahrhunderts entstand im Katholizismus Lateinamerikas dann wieder eine „abweichlerische" Strömung, die sich gegenüber gesellschaftlichen Strukturen, Machtverhältnissen und Verteilungsmechanismen kritisch versteht, mobilisierende Basisarbeit betreibt und konsequenterweise herrschende Politik nach Kräften bekämpft. Stichwörter wie „Theologie der Befreiung" und „Basisgemeinden" sind im Zusammenhang mit der Konsolidierung dieser kirchlich-katholischen Strömung weltweit bekanntgeworden.[1]

Elendswachstum ohne Ende

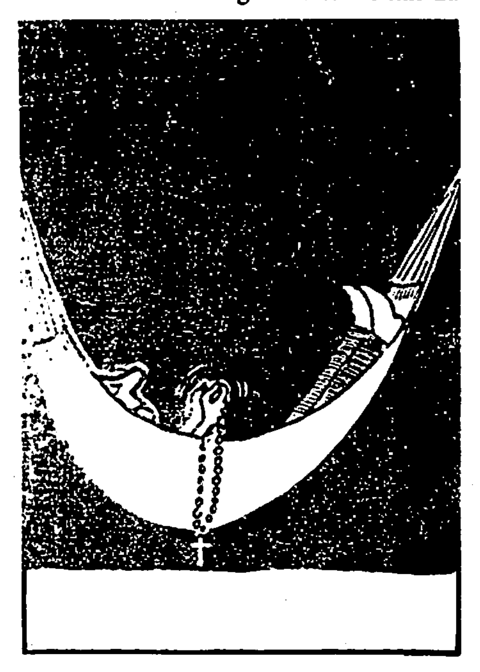
Der gesellschaftliche Hintergrund, vor dem sich die neuartige, kritisch orientierte katholische Strömung etablieren konnte, wird wesentlich durch (Teil-) Industrialisierung unter den Bedingungen des peripheren Kapitalismus bestimmt.

Was Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung anbelangt, so ist Brasilien im lateinamerikanischen Kontext wohl am weitesten „entwickelt". Aber vielleicht gerade deswegen ist gesellschaftliche Fragmentierung, sind die sozialen Konsequenzen aus der ökonomischen Weltkrise im größten lateinamerikanischen Land gravierender als in anderen Ländern. Hohe Außenverschuldung, galoppierende Inflation, zu geringe Wachstumsraten und fortschreitende Verarmungsprozesse (bis hinein in die Mittelschicht) sind nur einige Stichworte in diesem Zusammenhang. Die soziale Hauptlast trägt das Millionenheer der unqualifizierten Arbeitskräfte in den breiten Armengürteln der Riesenstädte und auf dem Land. Mehr als die Hälfte der Brasilianer praktizieren eine Art Überlebenskunst, die für Außenstehende, Ausländer und Brasilianer nicht mehr begreifbar oder nachvollziehbar ist. Lag beispielsweise der Wert des staatlich festgesetzten Mindestlohns noch vor wenigen Jahren bei etwa 150 DM, so ist er inzwischen auf weniger als 90 DM abgesackt. Grundnahrungsmittel, Bustransporte, Mieten etc. verdoppelten sich alle paar Monate; Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind Massenphänomene — allerdings nicht erst seit den 80er Jahren.

Alternativen sind notwendig

Schon am Ende der fünfziger Jahre bis zum Militärputsch von 1964 politisierte sich weite Teile der brasilianischen Gesellschaft. Gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter und Bauern kämpften damals für die Fortsetzung des nationalkapitalistischen populistischen Systems, was freilich nur über eine Agrarreform und über die Nationalisierung von Schlüsselindustrien möglich schien. Schließlich setzten sich die Generäle als machtpolitischer Arm der Interessen von Latifundium und modernem

nationalem wie internationalem Kapital an die Spitze einer sogenannten „Revolution" und übernahmen für 21 Jahre die Macht im Land. Gegenüber dem errungenen politischen „Sieg" scheint der wirtschaftliche „Erfolg" der Militärs freilich eher zweitrangig zu sein: Bis zum heutigen Tag ist die „Sozialismusgefahr" in Brasilien wirksam gebannt. Das zivile Regime, das 1985 die Generalspräsidentschaften ablöste, ist ebenfalls nicht daran interessiert, eine an Massenbedürfnissen ausgerichtete Politik zu



etablieren oder eine grundsätzliche Umorientierung des brasilianischen Entwicklungsmodells herbeizuführen. Auch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Arbeiterparteien – gerade in der Dritten Welt potentielle Agenten gesellschaftlicher Umgestaltung – handeln im Brasilien der achtziger Jahre eher unter politisch-pragmatischen Gesichtspunkten. Konkrete Utopien oder formulierbare gesellschaftspolitische Alternativen fehlen nahezu völlig. Dabei bliebe es gerade dem unteren gesellschaftlichen Bereich aufsteigender sozialer Kreativität vorbehalten, an Arbeiter- und Bauerninteressen orientierte Modelle zu entwickeln, die sich autozentriert auf vorhandene Ressourcen stützen, neue Binnenmarktdynamik entfalten und somit künftige, massenrelevante Entwicklungswege ermöglichen.[2] Während sich 1987/88 die Vertreter der „neuen" Linken Brasiliens um – zweifellos wichtige – Formulierungen in der neuen Verfassung des Landes streiten, verkommt mangels „Druck von unten" die wiederholt propagierte Agrarreform zur reinen Alibimaßnahme des Regimes. Millionen landloser Bauern werden deshalb weiter hungern müssen.

Druck von unten

Es steht außer Zweifel, daß eine an Massenbedürfnissen orientierte Entwicklung unter den gegebenen gesellschaftlichen Strukturen, vor allem aber wegen verkrusteter machtpolitischer Verhältnisse ohne möglichst breiten „Druck von unten" nicht möglich ist. Im Kontext lateinamerikanischer politischer Kultur kommt der katholischen Kirche in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Angesichts massiver Bildungsdefizite sind es nämlich gerade kirchliche „Volkserziehung" und katholisch-christliche Wertevermittlung, die das Massenbewußtsein entgegen herrschenden Interessen beeinflussen.[3] Zu Hunderttausenden – oder gar millionenfach – wurden in Brasilien katholische Arbeiter und Bauern in Basisgemeinden politisiert und mobilisiert. Es stellt sich die Frage, warum Klerus und engagierte Laien diese politische Bildungs- und Mobilisierungsarbeit geleistet haben (und noch leisten), welche Zielsetzungen dabei verfolgt werden und welche gesellschaftspolitischen Konsequenzen sich daraus ergeben (könnten).

Einflußverlust des Klerus durch Säkularisierung

Trotz einiger Versuche, die Lebensverhältnisse der unteren sozialen Schichten und Rassen zu verbessern, war die Kirche in Brasilien niemals eine Kirche der Armen, obwohl es Armut und Elend immer allzu reichlich gegeben hat. Gewichtige historische Traditionen können deshalb als Grundlage für die Befreiungstheorie und -praxis der Kirche in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht angenommen werden.

Die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft erst in Europa, dann im Weltmaß-



stab, mit der ihr innewohnenden Tendenz zur Säkularisierung stellt das religiöse Bewußtsein aller gesellschaftlichen Schichten als Basis der Kirche tendenziell in Frage. Die Geschichte der katholischen Kirche in Brasilien ist – zumindest in den letzten hundert Jahren – denn auch geprägt von dem Bemühen, dieser existenziellen Herausforderung kirchenpolitisch zu begegnen. Aufklärerisches Gedankengut drang zunächst vor allem über die europäischen Vormächte und die jeweils mit ihnen kooperierende Handelsbourgeoisie in Teile der herrschenden Klassen ein und schwächte dort die Position der Kirche. Einwanderer trugen, wenngleich lange Zeit nur sehr punktuell, Ideen und Ideologien der europäischen Arbeiterbewegung zu Teilen der unteren Klassen in Brasilien (vorwiegend zu Industriearbeitern). In der Phase des Populismus in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts gelang es dem Klerus, noch einmal zu einer festeren Kooperation mit dem Staat zu kommen. Damals ging es darum, im Rahmen einer korporatistisch strukturierten Gesellschaftsordnung, die entstehende Arbeiterklasse in das Projekt der nachholenden kapitalistischen Entwicklung einzubeziehen, ohne ihr jedoch eine wirkliche Mitbestimmung einzuräumen. Dabei konnte die Kirche durch religiöse Legitimation staatlicher Politik und durch die Befestigung obrigkeitsbezogener Wertemuster eine wichtige Rolle übernehmen. Der Kirche (wie auch den traditionellen und modernistischen Kräften) ging es nicht zuletzt darum, den Einfluß von Anarchisten, Kommunisten und Sozialisten in den Städten zurückzudrängen. Trotzdem bewirkte die national-kapitalistische Industrialisierung weitere Säkularisierungsschübe. Ausgehend vom Kern der Gesellschaft entstanden allgemeine Rationalisierungsanforderungen an die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen sowie an die gesellschaftlichen Institutionen.

Diese Anforderungen verschärften sich, als ab den fünfziger Jahren mit der Hinwendung zu einem assoziativ-kapitalistischen Entwicklungsmodell eine Internationalisierung der brasilianischen Ökonomie, die danach in Schlüsselbereichen für den Weltmarkt produzierte, eintrat. Mit der Aufgabe des national-kapitalistischen Entwicklungsprojektes, unter dem Druck der metropolitanen ökonomischen und politischen Interessen und angesichts des Scheiterns des populistischen Systems stellte sich für die Kirche erneut die Frage nach einer wirksamen Strategie zur Absicherung ihrer religiös-sozialen Basis. Prinzipiell muß diese Strategie die unausweichlichen Bedingungen spezifischer verkrüppelter Modernisierungsprozesse berücksichtigen.

Sicherung der kirchlichen Basis durch Laienmobilisierung

In den Ober- und Mittelschichten wurde tendenziell das religiös-metaphysische Weltbild zersetzt, Religiosität in den Hintergrund gedrängt oder doch privatisiert, was die Kirche mit einem Einflußverlust konfrontierte. Angesichts der über Jahrhunderte hinweg relativ geringen Bedeutung von Lohnarbeit für die Masse der Brasilianer aus den unteren Schichten bzw. Klassen standen dort nicht globale sozialistische Alternativen im Vordergrund, sondern vielfältige, häufig ethnisch geprägte religiöse Ausdrucksformen und Elemente subkultureller Einbindung. Diese beschnitten immer auch den Zugriff der ka-

tholischen Kirche auf die armen unteren Schichten der Gesellschaft und drohten den katholischen Glauben zu zersetzen.

Zu vermuten ist, daß dem Klerus bewußt war, wie sehr seine Rolle gegenüber den Herrschenden von seiner Fähigkeit abhängig ist, Wertorientierungen und Grundmuster des Denkens für große Teile der Gesellschaft zu bestimmen. Insofern muß der Erhaltung katholisch-religiöser Orientierung (an sich) wie auch der Aufrechterhaltung der Glaubenseinheit unter kirchenpolitischer Sicht ein hoher Stellenwert zugeschrieben werden. Eine kirchliche Strategie der Sicherung der religiös-sozialen Basis mußte deshalb alle Aspekte und Zusammenhänge der säkularistischen Herausforderung zu beachten suchen. Die katholische Kirche in Brasilien versuchte etwa seit den dreißiger Jahren, der säkularistischen Herausforderung durch eine verstärkte Laienmobilisierung zu begegnen. Ihr Priesterpotential hatte schon zuvor nie ausgereicht, um eine intensive Betreuung der Gläubigen in dem riesigen Land zu ermöglichen. Auch der traditionelle „Import" europäischer Priester konnte angesichts der steil anwachsenden Bevölkerung den Mangel nicht beheben. Dies zwang die Kirche, geeignete Laien für ihre Arbeit zu gewinnen. Laien aber sind mit den jeweiligen lokalen sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnissen viel enger verbunden als die auf kirchliche Politik und deren Ziele eingeschworenen Priester. Die Mobilisierung von Laien trug so zunehmend die soziale Frage in die Gemeinden und Diskussionszirkel. Die Interpretation der Bibel sollte nicht mehr nur in traditioneller Weise aufs Jenseits bezogene Legitimationen liefern, sondern gerade auch Antworten für ein menschenwürdiges Leben im Diesseits und zur geforderten Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Mit der Verschärfung des Elends im assoziativen Entwicklungsmodell verstärkten sich diese Anfragen von der katholischen Basis her. Radikalisierung der aktiven Laien und später auch der armen Gläubigen war die Folge.

Amtskirche, Befreiungstheologie und Basisgemeinden

Die traditionell und konservativ gedachte Strategie der Laienmobilisierung führte in Brasilien nicht zur erwarteten religiösen Verinnerlichung. Sie brachte die Amtskirche[4] vielmehr in eine Situation, in der diese ihre Glaubwürdigkeit nur aufrechterhalten konnte, indem sie ebenfalls die diesseitigen Nöte der Arbeiter und Bauern aufgriff. Das in den sechziger und siebziger Jahren entstandene neue Phänomen der befreiungstheologisch orientierten Basisgemeinde wurde der Amtskirche von unten her aufgezwungen und von dieser eher zögerlich angenommen. Der Amtskirche — und darin eingeschlossen auch der konservativen Mehrheit der Bischöfe — wurde die Akzeptanz der sozialkritischen Basisarbeit der Laien und der daraus erwachsenden Basisgemeinden allerdings durch eine Reformstrategie des Vatikans erleichtert, die besonders auf die Kirche in der Dritten Welt, vor allem aber auf Lateinamerika zielte. Diese Strategie basiert auf der katholischen Soziallehre, fand unter anderem ihren Ausdruck in päpstlichen Enzykliken und mündete im zweiten Vatikanischen Konzil (1964—1968). Die schnelle Ausbreitung der Basisgemeinden wie die Entfaltung der Theologie der Befreiung sind unter Berücksichtigung der spezifischen historischen Situation keineswegs als geplante Folge der Laienmobilisierung zu werten. Zwar sind beide Elemente inzwischen kirchlich integriert und bilden ein wichtiges Instrument im Arsenal der brasilianischen Kirchenpolitik. Aber kompromißlos befreiungstheologisch orientierte Kleriker sind eher in der Minderheit und unter Bischöfen und Kardinälen geradezu rar. Dennoch unterstützte die konservative Mehrheit der brasilianischen Bischöfe und Kardinäle zeitweise — und inhaltlich begrenzt — die Anliegen der Befreiungstheologie.



Die Bischöfe verlassen die Kirchen um mit den Bauern zu reden.

Religiöse Ideologie und Herrschaftsinteressen

Die Erfahrung der unteren Klassen in Brasilien ist durch Gewalt, Unterdrückung und Fremdbestimmung sowie durch religiös-ideologische Unterwerfung gekennzeichnet. Zum Mittel der Gewalt wurde seitens der Vertreter der herrschenden Klasse immer dann gegriffen, wenn subtilere Elemente zur Aufrechterhaltung ungleicher sozialer Verhältnisse versagten. Um Sklaven, Bauern und Arbeiter in von herrschenden Interessen abgesteckte Handlungsspielräume zu verweisen, genügte meist die von diesen selbst subkulturell tradierte Erfahrung der Gewaltanwendung, die sich mit religiösen Ideologien vermischte.

Das schillernde religiöse Spektrum, das im 20. Jahrhundert die herrschaftssichernden Ideologien im traditionellen Sinne liefert, läßt sich in die Kategorien afro-brasilianische Kulte, Protestantismus und Volkskatholizismus unterteilen. Afro-brasilianische Kulte sind synkretistische Formen, die afrikanisch-religiöse mit katholischen Ausdrucksweisen vermischen. Sie beinhalten zwar tradierte kulturelle Aspekte einer Gegenbewegung zum System des peripheren Kapitalismus, über Jahrhunderte hinweg konnte aber dieses emanzipatorische Element schwarzafrikanischer Kultur nicht breitenwirksam im sozialen Lernprozeß entfaltet werden.

Mit dem „Eindringen" der Weißen aus der Mittelschicht in die afro-brasilianischen Kulte, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begann, hat sich die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Entfaltung dieses autochthonen Elements weiter verringert. Im allgemeinen ist bei den afrobrasilianischen Kulten eine Regression in archaische Rituale wichtig, denn sie bedeutet eine Flucht aus der Wirklichkeit des Elends.

Religiöse Ekstase und Schwärmerei sind auch im Protestantismus zu finden, bilden dort aber kein durchgängig vorhandenes Phänomen. Im protestantischen Denken sind vielmehr kleinbürgerliche Aufstiegshoffnungen verbreitet, die politisches Stillhalten bewirken oder politische Aktivitäten nur im bürgerlich-parlamentarischen

Rahmen zulassen. Politische Formen gemeinsamen Handelns, das — im Gegensatz zu den herrschenden Interessen — an eigenen Bedürfnissen und Zielen ausgerichtet ist, gelten als verwerflich und gegen den göttlichen Willen gerichtet. Gesellschaftliche Verhältnisse sind in umfassender Weise göttlich bestimmt und gesellschaftliche Strukturen dürfen deshalb nicht hinterfragt werden. Viele der protestantischen Sekten sind in hohem Maße von politischen Interessen der USA beeinflußt und entfalten unter diesem Aspekt ihre systemsichernde Wirkung als „ideologische Investition" der USA. Nur einige wenige Sekten (bzw. Kirchen) haben sich der gesellschaftskritischen Haltung katholischer Kirchenkreise angenähert und unterstützen politisch aktive Gläubige. Wie viele es sind und mit welcher Zielrichtung und Intensität kritische Einstellungen von Gläubigen unterstützt werden, ist nicht bekannt. Vieles deutet aber darauf hin, daß die Vermischung des Protestantismus mit der politischen Sphäre eher klientelistischen Charakters ist und dieser auch künftig keine breitenwirksamen sozialen Lernprozesse zu stimulieren vermag.

Auch der überkommene Volkskatholizismus stellt eine „ideologische Investition" dar, freilich eine, die eher im kolonialen und postkolonialen Interesse Europas angesiedelt war. Er bildet immer noch die am weitesten verbreitete religiöse Strömung in Brasilien, bleibt aber vorwiegend ländlichen Zusammenhängen verhaftet und trug über Jahrhunderte hinweg zum Ausharren der Bauern in sozialen Situationen des Elends und der Unterdrückung bei. Es sind meist Gläubige des Volkskatholizismus, bei denen Befreiungstheologen und katholische Basisarbeiter ansetzen und aus dem sich die Mitglieder von Basisgemeinden rekrutieren.

Mit religiösen Ideologien, Einschüchterungen und mit Gewalt gesicherte Herrschaftsverhältnisse haben sich historisch als Konstante erwiesen, welche im Bewußtsein der Arbeiter und Bauern eine subkulturelle Entsprechung gefunden hat. Die unteren Klassen haben immer nur die Gleichgültigkeit der Herrschenden gegenüber eigenen, meist existentiellen Bedürfnissen erfahren. Bis zum heutigen Tag gilt das Leben eines armen Bauern nichts, wenn es den Zielen eines Grundbesitzers entgegensteht. Diese strukturell begründete Gleichgültigkeit findet ihren subkulutrell gewendeten Ausdruck in verbreiteten fatalistischen Bewußtseinshaltungen. Fatalismus ist jedoch keineswegs umfassend auf alle Handlungsbereiche bezogen, sondern erstreckt sich nur auf solche Handlungsmuster, welche herrschenden Interessen entgegenstehen. Sofern Fatalismus auf einer verbalen oder narrativen Ebene manifest wird, ist er häufig mit religiösen Elementen durchsetzt. Pessimistische Erwartungen und im einzelnen Subjekt verabsolutierte Herrschaftsverhältnisse sind weitere charakteristische Merkmale; das Scheitern von allen Aktionen, die der Verfolgung eigener Interessen dienen, ist in ihnen schon vorweggenommen. Ein Überschreiten herrschaftlich vorgegebener Handlungsspielräume wird dadurch erschwert, und soziale Lernprozesse können nicht selbstläufig entstehen. Da sich die Arbeiterschaft in den Städten — zumindest was ihre unqualifizierte Mehrheit anbelangt — aus ländlichen Zuwanderern zusammensetzt, gilt dies für ländliche und städtische Verhältnisse nahezu gleichermaßen. Im allgemeinen sind auch in der Stadt keine positiven Erfahrungen vorindustrieller Vergangenheit präsent, die sich idealisieren ließen und — vorwärtsgerichtet — ideelle Grundlagen für konkrete Utopien und eigene politische Perspektiven und Projekte liefern könnten.

Die Kirche vor und nach dem Putsch von 1964

Mit der Organisierung von Bauern und mit deren beginnender politischer Radikalisierung in den 50er Jahren trat das Problem der Armut der ländlichen Massen ins Bewußtsein der städtischen Kerngesellschaft. Während sich die Krise des populistischen Systems verschärfte, wuchsen auch die wirtschaftlichen Probleme. Die städtischen Arbeiter begannen, sich aus bürokratischen staatlichen Fesseln zu lösen und kämpften für ihre Interessen. In diesem gesellschaftlichen Klima wachsender Politisierung wuchs die Gefahr einer Revolution.

Spätestens nach dem Erfolg Castros in Cuba wurden auch Teile des katholischen Klerus aktiv, um das revolutionäre ländliche Potential durch soziale Reformen kirchlich einzubinden. Vorausschauende Bischöfe hatten inzwischen erkannt, daß die Politisierung der Bauern für einen neuen Säkularisierungsschub stand, der die letzte große Bastion des Weltkatholizismus in Gefahr brachte und der auch vor aktiven katholischen Laien nicht Halt machte. Aktive Laien engagierten sich zahlreich in der volkserzieherischen Arbeit, wurden dadurch direkt mit dem Elend der Bauern konfrontiert und neigten immer stärker radikaleren politischen Positionen zu. Bis zum Putsch von 1964 lösten sich viele von der Kirche. Andere begannen, innerhalb der Amtskirche sozialkritische Denkweisen zu etablieren.

Nach dem Putsch von 1964 wurden die politisch Aktiven der Bauern- und Arbeiterbewegung von Militärs und Grundbesitzern ermordet, ins Gefängnis gesteckt oder ihrer Posten enthoben. Von dieser politischen Neutralisierung der Organisationen der unteren Klassen waren Kommunisten und Sozialisten in weitaus höherem Maße betroffen als mobilisierte, aktive Katholiken. Sofern diese nicht allzu radikale politische Inhalte vertraten, blieben sie häufig — aber nicht immer — von Folter und Repressionen verschont. Außerdem konnten sie sich im Zweifelsfalle auf religiöse Positionen zurückziehen und damit ihr Handeln legitimieren. Unter den Verhältnissen der Militärherrschaft konnten volkserzieherische mobilisierende Aktivitäten bald nur in einer religiös-politischen Grauzone stattfinden, wodurch der kirchliche Zugriff auf soziale Lernprozesse an der Basis außerordentlich erleichtert wurde. Dennoch gelang dieser Zugriff nur mittels Anknüpfen an konkrete Interessen der jeweiligen Zielgruppen in den unteren Klassen, wodurch deutlich ein „diesseitiger" Bezug in der Basisarbeit erhalten blieb.

Die Besetzung von politisch-traditionell „linken" Aktionsfeldern gelang den katholischen Kräften auch deshalb, weil sich nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellin (1968) für kritische Laien ein größerer Handlungsspielraum eröffnete. Dieses libertäre Moment, das von der Universalkirche auf die lateinamerikanischen Nationalkirchen übergriff, traf gerade in Brasilien auf verschärfte Repressionen Militärs und bestärkte von daher viele katholische Laien in ihrem Engagement. Eher zögernd ließen sich auch brasilianische Bischöfe und Kardinäle in eine oppositionelle Rolle gegenüber dem Regime drängen.

Geringe Spielräume für Lernprozesse

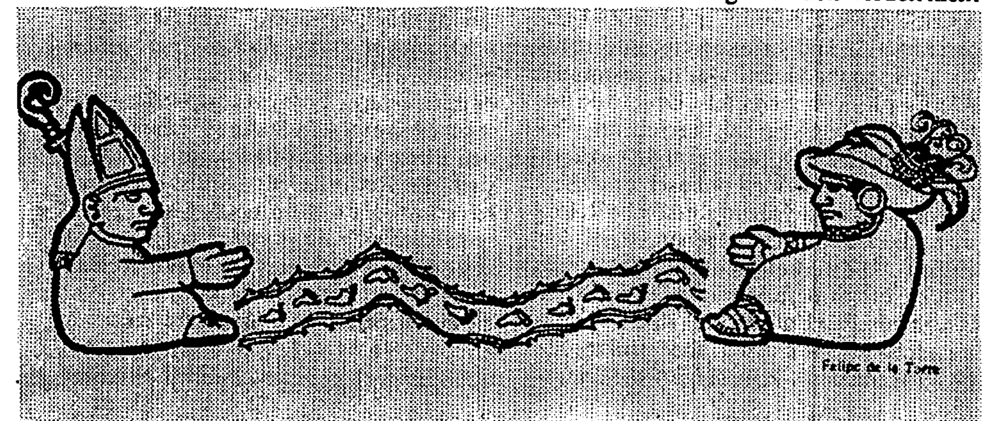
Unter den repressiven Verhältnissen der Militärherrschaft gewann die religiöse Kleingruppe — die katholische Basisgemeinde — wachsende Bedeutung. Sie wurde hunderttausendfach zum sozialen Ort, an dem gemeinsame Lernprozesse initiiert und katholisch geprägt wurden. In der Basisgemeinde erfolgte massenhaft eine — meist religiös gefärbte — „Bewußtseinsbildung", welche verbreitete fatalistische und politisch-apathische Haltungen zu überwinden vermochte, indem sie zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Situation und ihrer Zusammenhänge befähigte. Maßnahmen der formalen Bildung und der Alphabetisierung unterstützten kritische Reflexionen bei Bauern und Arbeitern; kollektives Handeln und erste solidarische Aktionen im sozialen Mikrobereich ermöglichten begrenzte Erfolge und schufen erstmals Selbstvertrauen. Unter dem Primat der Gleichwertigkeit aller Beteiligten konnten erstmals Lernschritte in neuer, basisdemokratischer Praxis gelingen, wobei die Frauen den Männern gleichgestellt wurden. Die Amtskirche schützte die Lernprozesse an der Basis und übernahm in Brasilien zu einem nicht geringen Teil Funktionen, die in Europa historisch von der Arbeiterbewegung ausgeübt wurden. Dennoch ist die typische Basisgemeinde der sechziger und siebziger Jahre keine politische Gruppe im engeren Sinne — und dies gilt um so mehr für die Zeit nach der Militärherrschaft in den achtziger Jahren. In der Basisgemeinde werden zwar religiöse Inhalte mit konkreten Interessen von armen Bauern und Arbeitern verbunden, wodurch sich apathisierende Auswirkungen jahrhundertealter Unterdrückung auf der Handlungsebene überwinden und Glaubensinhalte modernisieren lassen, aber die eigentliche politische Aktion findet üblicherweise außerhalb der kleinen Gemeinde in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien statt.

Der Zugang zur Basisgemeinde steht prinzipiell allen gesellschaftlichen Grup-

pierungen offen. In der Praxis fällt es jedoch keinem Großgrundbesitzer ein, an den Treffen einer Basisgemeinde teilzunehmen. Gleichermaßen haben Unterwanderungsversuche von atheistischen, linken dogmatischen Kadern wegen der indirekten Kontrolle durch den Klerus keine Chance. Die Basisgemeinde bildet somit ein Instrument, das durchaus zur Mobilisierung eines breiten Spektrums aus den unteren Klassen tauglich ist — aber auch den amtskirchlichen Zugriff auf dieses Spektrum ermöglicht. Durch die Vermischung von transzendenter und diesseitiger Orientierung ergibt sich in der Basisgemeinde eine höchst ambivalente Identität. An beiden Polen kann der Klerus anknüpfen, um die Schwergewichte zur politischen Mobilisierung oder zur religiösen Vertiefung je nach Bedarf zu verschieben.

gen in der Gesellschaft davon, daß es die Kirche mit ihrer oppositionellen Rolle ernst meint. Die „Reichen" im gesellschaftlichen Kern, die nach katholisch-klerikalem Verständnis „gefehlt" haben, sollen mittels kirchlicher Doppelstrategie in ihrer Politik zur Umkehr veranlaßt werden, sie sollen die „Armen" künftig in christlich-brüderlicher Weise ökonomisch, politisch und kulturell partizipieren lassen.

Die Basisgemeinde wird von der Amtskirche allerdings fast ausschließlich als kirchliche und religiöse, nicht als politische Einheit definiert und in Anspruch genommen. Sie bildet das unterste, informelle Glied kirchlicher Organisation, und kein Argument spricht gegen die Vermutung, daß früher oder später aus Basisgemeinden „normale", formelle Kirchengemeinden werden. Die Basisgemeinden werden nicht



in direkter, sondern in indirekter Weise (meist über mobilisierte Laien) durch den Klerus kontrolliert, wodurch ihre weitergehende Politisierung oder Radikalisierung verhindert wird. Ein autonomer Zusammenschluß von Basisgemeinden auf horizontaler Ebene ohne Leitung und Koordination der Amtskirche ist fast undenkbar und wäre nur mit einer Zuhilfenahme des organisatorischen kirchlichen Apparates möglich. Große räumliche Distanzen erschweren horizontale Kommunikation zwischen Vertretern einzelner Gemeinden, und bei regionalen wie nationalen Treffen sind Kleriker zahlreich vertreten. Der „Druck von unten", der durch Laienmobilisierung, Basisarbeit und Politisierung über die kleinen Gemeinden an die Kirchenorganisationen selbst herangetragen wurde, konnte kirchenintern bisher weitgehend aufgefangen werden. Die Amtskirche hat auf diesen Druck relativ flexibel, geschickt und integrativ reagiert, ohne indes eigene, überkommene Positionen aufzugeben oder kircheninterne Demokratisierung zuzulassen.

Die Entstehung einer kirchlichen Doppelstrategie

Im Zusammenhang mit dem kirchlichen Projekt der Stärkung einer Massenbasis gegen vordringende Säkularisierung und konkurrierende Religion mußten traditionelle Glaubensinhalte modernisiert und kirchliche Formen der Einflußnahme verändert werden. Unter Verfolgung politischer Zielsetzungen der Amtskirche hat sich als Reaktion auf neue gesellschaftliche Entwicklungstendenzen eine kirchliche Doppelstrategie herausgebildet, die nicht nur auf planerischen Kategorien des Klerus beruht. Sie integriert Befreiungstheologien, aktive Katholiken, Mitglieder von Basisgemeinden sowie politisierte katholische Arbeiter und Bauern. Mit diesem Potential an „Druck von unten" in ihrem Rükken verschaffte die Amtskirche ihren oppositionellen Forderungen gegenüber dem gesellschaftlichen Kern bzw. der gesellschaftlich vorherrschenden Politik den erforderlichen Nachdruck. Das eine Element der Doppelstrategie besteht in der Erzeugung politischen Drucks an der Basis, das andere in der Kritik des Klerus am konsumorientierten, reichen gesellschaftlichen Kern.

Beide Elemente legitimieren und bestärken sich wechselseitig, denn die Kritik des Klerus am gesellschaftlichen Kern weist die Amtskirche als überzeugenden Vertreter der Interessen von Arbeitern und Bauern aus. Eine große Gefolgschaft an der Basis überzeugt dagegen wiederum die Mächti-

Ein mächtiger Bündnispartner

Weder eine nach vorne gewendete Verklärung bereits vergangener, zerstörter sozialer Verhältnisse noch katholische Basisarbeit etablieren in Brasilien konkrete Utopien zur gesellschaftlichen Veränderung. Der Mangel an säkularisierten konkreten Utopien erleichtert den kirchlichen Zugriff auf soziale Lernprozesse und ermöglicht seine Fortschreibung. Die in der brasilianischen Gesellschaft strukturell begründete Gleichgültigkeit gegenüber der Existenz, den Problemen und Bedürfnissen der unteren Klassen ist Resultat einer andauernden Herrschaftstradition, die in der Subkultur der Arbeiter und Bauern jahrhundertelang als Niederlage empfunden wurde. Der kirchliche Zugriff, der eine Verknüpfung zwischen konkreten Interessen und Religiosität herstellt, funktioniert vor dem Hintergrund dieser Niederlage besonders gut. Aus der Sicht marginalisierter Bauern ist mit der katholischen Amtskirche nunmehr ein überaus mächtiger Bündnispartner präsent, mit dem zusammen es gelingen könnte, die immer wieder erfahrene eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Obwohl die Kirche faktisch einen rechtlichen und politischen Schutzraum gegenüber Gewalt und Willkür bereithält, dürfte diese kirchliche psychologische Unterstützungsfunktion für Mobilisierung demgegenüber mindestens ebenso wirksam sein. Zum ersten Mal in der knapp fünfhundertjährigen Geschichte seit dem Beginn der Kolonisierung eröffnet sich für die Unterdrückten und Ausgebeuteten die hoffnungsvolle Perspektive eines eigenen politischen Projekts an der Seite eines mächtigen Bündnispartners.

Kirche als intermediäre Institution

Mit der Liberalisierung des politischen Systems, dem Rückzug der Militärs und der Installierung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie (im Jahre 1985) konnte die Strategie des Klerus einen Erfolg verbuchen. Die zuvor mitunter harsche Kritik an staatlicher Politik wurde gemildert, die oppositionelle Rolle zurückgenommen. In den Basisgemeinden machten sich entpolitisierende Tendenzen breit, und die Befreiungstheologen mußten ihre weitreichenden, mitunter sozialrevolutionären Zielsetzungen zurückstecken. Wenn auch mobilisierende und politisierende Basisarbeit bis heute nicht aufgegeben wurde, so rückten im allgemeinen religiöse Aspekte vermehrt in den Vordergrund. Konservative Kleriker gewannen wieder zusehends Einfluß bzw. scheuten sich nicht, Befreiungstheologen öffentlich anzugreifen oder zu sanktionieren.

Vor allem Leonardo Boff, der führende brasilianische Theologe, wurde vom Vatikan unter Druck gesetzt.

Der mächtige Kardinal von São Paulo, der kritischen Befreiungstheologen wohlgesonnen ist und der wie kaum ein anderer immer wieder auf die Beachtung der Menschenrechte pocht, soll von Rom aus entmachtet werden. Seit Jahren gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß bei Bischofsernennungen durch den Vatikan kritisch eingestellte Kleriker kaum noch Chancen haben. Außerdem haben sich auch früher kritisch-oppositionell eingestellte Bischöfe unter der Zivilregierung auf moderate Positionen zurückgezogen.

Die Mobilisierung von (und in) Basisgemeinden sowie deren religiöse und weltlich-soziale Tätigkeit haben zur Entste-

hung einer bedeutenden Zahl politisch aktiver Katholiken geführt. Ihr soziales Umfeld ist vorwiegend durch Beziehungen unter Katholiken geformt. Soziales Lernen zur Veränderung von Lebensbedingungen ist eng mit ihrer religiösen Identität verbunden. Aufgrund der zahlreichen Basisgemeinden und der so unterschiedlichen sozialen Orte ihres Wirkens stehen damit der Kirche „Kader" zur Seite, die insgesamt eine breite Spanne von Erfahrungen verarbeitet haben. Freilich stellen diese kirchlichen „Kader" keine beliebig einsetzbaren Funktionäre, bestehen aber aus engagierten Persönlichkeiten, die in ihren jeweiligen Lebensfeldern häufig Meinungsbildung und Führung übernehmen. Sie arbeiten in Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien usw. und orientieren sich dabei vorwiegend an katholischen Werten, ohne jedoch formal an die Kirchenpolitik gebunden zu sein.

Aufgrund dieses „Potentials" aus der Basismobilisierung ist es der Kirche möglich, auf eigene katholische Organisationen außerhalb der kirchlichen Institutionen weitgehend zu verzichten, ohne einen Einfluß- und Basisverlust befürchten zu müssen. Gerade dadurch wiederum kann die Amtskirche politische Neutralität demonstrieren: Sie wird zur scheinbar unpolitischen, intermediären Institution, die mit allen Teilen der Gesellschaft sprechen kann. Trotzdem verliert sie nicht ihre Fähigkeit zu politisch wirksamen Interventionen, ohne sich danach mit der durch diese Eingriffe eingeleiteten oder doch beeinflußten Politik wirklich identifizieren zu müssen. Rückzugsmöglichkeiten und Gewichtsverlagerungen bleiben ihr stets offen. Gerade weil die katholische Basisarbeit in Konkurrenz und gegen linke Strömungen und Positionen entwickelt wurde, sind die katholischen Kader nicht auf sozialrevolutionäre, sondern deutlich auf reformistische Ziele ausgerichtet. Diese Grundtatsache stärkt die Position der Kirche als Vermittlerin zwischen den Klassen, kann sie doch bei den Herrschenden ihren wirksamen Beitrag zur Stabilisierung reklamieren.

Erzeugung von Reformdruck

Die katholische Kirche in Brasilien ist also kein Agent sozialrevolutionärer gesellschaftlicher Veränderung mit dem Ziel, autozentrierte und massenrelevante Entwicklung zu etablieren. Der brasilianische Klerus will vielmehr mittels „Druck von unten" und mittels Kritik an herrschender Interessenpolitik (Doppelstrategie) sozioökonomische Reformen politisch durchsetzen. Es handelt sich dabei um solche Reformen, die nicht zuletzt eigenen, klerikalen Zielen und Zwecken dienlich sind. Positive Effekte für größere Massenrelevanz in der brasilianischen Entwicklung sind zwar damit nicht ausgeschlossen, aber strukturelle Heterogenität als zentrale Entwicklungsblockade wird auf diese Weise weder kurznoch mittelfristig beseitigt werden. Mit der katholischen Soziallehre als ideologischem Hintergrund läßt sich bestenfalls eine Aufwertung der Arbeit gegenüber den Produktionsfaktoren Boden und Kapital erreichen — und schon das ist mangels ausreichendem „Druck von unten" wenig wahrscheinlich. Weitgehende Umstrukturierungen in der gesellschaftlichen Sphäre von Produktion und Redistribution sind nicht zu erwarten, bestenfalls können reformistische Spielräume genutzt werden. Dies könnte vor allem in denjenigen Fällen gelingen, in denen Reformen herrschenden Interessen sowie der Systemerhaltung nicht im Wege stehen (beispielsweise verstärkte Integration der Arbeitskraft, Einkommensstabilisierungen auf unterstem Niveau, Humanisierung der Arbeit, soziale Sicherung, Verteilung brachliegenden Landes etc.).

Die massenhafte Veränderung von Lebensweisen im Bereich der unteren Klassen durch moderne Formen peripher-kapitalistischer Vergesellschaftung beschleunigt den Prozeß der Säkularisierung. Dagegen stellt der Reformagent „Amtskirche" sein reformistisches Konzept, das Bewußtseinshaltungen im Rahmen von Lernprozessen massenhaft auf präventive Weise religiös zu binden sucht. Somit siedeln sich die mobilisierenden Inhalte modernisierter kirchlich-katholischer Ideologienproduktion lediglich vorläufig außerhalb herr-



Es sind die Armen, die Zugang zu den Basisgemeinden finden.

schender Interessen an. Wenn die Annahme zutrifft, daß mittel- oder längerfristig eine zunehmende Integration marginalisierter Arbeitskraft in das peripher-kapitalistische System gelingt, dann dürften katholisch mobilisierte Arbeiter künftig vor allem um Lohnerhöhungen und Arbeitsverkürzungen (etc.) willen aktiv werden. In diesem Fall würde sich die Amtskirche einschließlich ihres kritischen Sektors und des vorgelagerten Laienpotentials gerade wegen ihrer kritischen — nicht aber systemkritischen — Haltung als eine modernisierende Kraft erweisen, welche den zur Sicherung des Systems notwendigen Reformdruck erzeugt. Dabei verhindert sie gleichzeitig Radikalisierung und Politisierung und hält genuin linke Themen besetzt.

Das amtskirchliche Reformziel der Zähmung des Kapitalismus zu christlich-brüderlichen Verhaltensweisen ist konsequenterweise auf der Ebene individuellen moralischen Verhaltens, verknüpft mit dem jenseitigen Reich Gottes, angesiedelt. Dieses entspricht gerade noch der befreiungstheologischen Grundposition, wonach das „jenseitige Reich" sich durch „gerechte" gesellschaftliche Strukturen im Diesseits ankündigt.

Kirchlicher Modellfall Brasilien

In Rom wie in Brasilien ist das Problem der Basissicherung in den Ländern der Dritten Welt längst bekannt. Auch die Notwendigkeit, hierzu die diesseitigen Probleme der Armen in den Ländern des Südens aufzugreifen, wird allseits akzeptiert. Für Rom muß allerdings die Kompatibilität der ergriffenen Maßnahmen und der theologischen Begründungen mit der Sicherung der globalen katholischen Einheit im Vordergrund stehen. Nach wie vor kann auch die römische Universalkirche nicht von der dominierenden Stellung der Metropolinteressen im Weltsystem absehen. Aus brasilianischer Sicht ist gerade für engagierte Theologen die reformistische Praxis vorrangig — wobei diese immer das Element politischer Radikalisierung enthalten kann. Dem will Rom, sicher in Übereinstimmung mit der Mehrheit der brasilianischen Bischöfe, entgegensteuern. Die öffentliche Kontroverse um die Befreiungstheologie und die exemplarische Bestrafung des führenden Theologen Boff vor einigen Jahren stellen dabei ein Steuerungsmanöver dar, in dem es um Kurskorrekturen, nicht aber um grundsätzliche Kurswechsel geht.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Bedeutung der brasilianischen Erfahrungen für Kirchenpolitik in anderen Ländern der Dritten Welt. Ohne die vielfältigen Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften zu übersehen, ist doch festzuhalten, wie sehr in ihnen allen mehr oder weniger schnell der Prozeß der kapitalistischen Penetration verläuft und Tendenzen zur Säkularisierung im menschlichen Bewußtsein und Denken fördert. Die katholische Kirche steht zusammen mit anderen Kirchen überall vor dem grundsätzlichen Problem, trotz weltlicher Herausforderung ihre religiöse Basis zu sichern. Eine zweite Gemeinsamkeit ist zu konstatieren: Die soziale Ungleichheit und das Ausmaß an Elend und Armut sind fast überall in der Dritten Welt sehr hoch. Marginalisierung ist in vielen Ländern als Charakteristikum anzutreffen. Dementsprechend findet sich meist auch - manifest oder latent — die atheistische linke Konkurrenz um die ideologische und politische Hegemonie über die Opposition. Sind auch die Argrarstrukturen der Länder der Dritten Welt höchst unterschiedlich, so ist doch in vielen Fällen gerade die unterbliebene Landreform ein wesentliches Merkmal, das die Lebenssituation der Masse der Menschen in vielen dieser Länder entscheidend bestimmt.

Für die Leitung der katholischen Universalkirche in Rom ergeben sich aber noch stärkere Unterschiede in den einzelnen



Ländern, als die genannten vier Aspekte vermuten lassen. Infolge der katholisch geprägten Kolonisation durch Spanien und Portugal ist die römische Kirche in Lateinamerika in einer fast absoluten Vorrangstellung. Ähnliches gilt z.B. für die Philippinen. In anderen Ländern muß sie sich dagegen mit einer Minoritätsposition begnügen. In diesen Ländern wird sich die Basissicherung an den spezifischen Bedürfnissen und der jeweiligen Stellung der katholischen Minderheit zu orientieren haben.

Mit Vorbehalt im Hinblick auf spezifische Landessituationen wird man annehmen können, daß die brasilianischen Erfahrungen mit der dortigen großen Experimentierbaustelle „Basisgemeinde" einen hohen Stellenwert für kirchliche Strategiebildung in anderen Teilen der Dritten Welt haben.

Lehren aus der europäischen Geschichte oder das Ende der goldenen Altäre

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Mehrheit des Klerus in Brasilien nicht mehr den alten ideologischen „Fusel" produziert, der letztendlich Armut und Elend, Unterdrückung und Ausbeutung legitimieren half. Das verstaubte und beweihräucherte Ritual vor goldüberladenen Altären im Kolonialbarock wurde vor allem in der Basisgemeinde durch eine sozialkritisch gewendete, biblische Hermeneutik ersetzt. Das Ziel des Klerus ist es aber keinsfalls, den vertrauten Weihrauchgeruch mit dem Pulverdampf der Revolution einzutauschen. Der über Mobilisierung und Politisierung erzeugte „Druck von unten", ausgeübt von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien, soll dringend erforderliche Reformen beschleunigen und damit die auseinanderdriftenden Teile der Gesellschaft im christlich-brüderlichen Sinne zusammenschweißen. Dabei geht es nicht etwa um die Formierung rein „katholischer" Bewegungen, Gewerkschaften oder Parteien, sondern um deren möglichst breite Prägung durch christlich-katholische Wertmuster. Insofern verfolgt der Klerus keine Ziele mehr, die auf Spaltung der Arbeiter- und Bauernorganisationen hinauslaufen. Dafür — so darf man annehmen — sind nicht zuletzt historische Erfahrungen aus entwickelten europäischen Ländern verantwortlich, die für die Kirche nicht sehr positiv verlaufen sind.

Wilfried Liehr

Anmerkungen:

1. Der Inhalt dieses Aufsatzes wird im wesentlichen durch die Ergebnisse einer Untersuchung gebildet, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert wurden. Die Leitung des Projekts lag in den Händen von Andreas Buro, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W.-Goethe-Universität, Frankfurt. Der Forschungsbericht, der gleichermaßen die Dissertation des Autors bildet, erscheint derzeit beim Verlag Breitenbach in Saarbrücken. Für Quellennachweise und Hintergrundinformationen wird auf diese Publikationen verwiesen.
2. Als „massenrelevante Entwicklungswege" gelten solche, die nicht Phänomene wie Luxuskonsum, Militarisierung, Prestigeprojekte, etc. als „Entwicklungsfortschritte" aufweisen und in denen nicht nur ein bestimmter Teil der Bevölkerung am ökonomischen Wachstum partizipiert. „Massenrelevant" sind alle Entwicklungswege, die eine Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse aller Gruppen in der Bevölkerung zu ihrem zentralen Anliegen machen. Solche Entwicklungswege (oder -modelle) lassen sich im allgemeinen nur dadurch etablieren, daß sie von den Massen selbst erkämpft werden. Eine Implantierung „von oben" ist nicht nur unwahrscheinlich, sondern im Eventualfall auch mangels erwartbarer Partizipation von Arbeitern und Bauern zum Scheitern verurteilt.
3. Die kirchliche Basisarbeit läßt sich mit Begriffen wie „Volkserziehung" oder „Erwachsenenbildung" nur unvollkommen umschreiben. Es handelt sich dabei nämlich um ein ganzes Ensemble verschiedenartiger Aktivitäten. Sozialkritische Predigten während der Messe, auf unmittelbare soziale Probleme angewandte Bibelauslegung in Basisgemeinden, Alphabetisierung und politische Bildungsmaßnahmen gehören ebenso dazu wie Beratung und Unterstützung bei politischen Aktionen, Rechtsberatung, Organisierung von Treffen verschiedenster Art, Periodika und Radioprogramme (etc.). Dies alles soll aber nicht heißen, daß traditionelle Formen von Seelsorge damit aufgehoben wurden oder im Verschwinden begriffen sind. Insgesamt läßt sich aber eine Modernisierung der religiösen Themen oder Inhalte auch bei der herkömmlichen Pastoralarbeit beobachten.
4. Der Begriff der „Amtskirche" betont im Gegensatz zu „Kirche" das organisatorische und hierarchische Element. Beispielsweise zählen demnach engagierte katholische Laien, die in Basisgemeinden — oder aus Basisgemeinden heraus — aktiv werden, zwar zur Kirche, nicht aber zur Amtskirche.

Israel/Palästina

Das Lager „des langsamen Todes“

Komitee zur Koordination der juristischen Verteidigung von Palästinensern in Ost-Jerusalem gegründet

Im Mai 1988 haben Häftlinge des israelischen Gefangenenlagers Ansar III/Kise'ot, das 85 km südlich von Beersheva mitten in der Wüste liegt, einen Appell gegen die Lagerbedingungen herausgeschmuggelt. Im „Lager des langsamen Todes, Ansar III“, wie es die Häftlinge nennen, befinden sich Palästinenser aus den besetzten Gebieten: Anwälte, Journalisten, Lehrer, Gewerkschafter, Ärzte, Menschen aller Berufszweige.



Das Lager „Ansar III“ in der Negev-Wüste

Die israelische Rechtsanwältin Lea Tsemel äußerte sich beim Israelisch-Palästinensischen Dialog am 4. Juni 1988 in Berlin zu diesem Lager: „Es war einmal Ben Gurions Traum, den Negev zu besiedeln. Jetzt tun die Palästinenser das, was bei den Israelis „die Drecksarbeit machen“ heißt. Sie können mir glauben. Ich bin jede Woche in diesem Lager. Die Palästinenser bevölkern die Wüste. Das Lager wird ständig vergrößert, neue Zelte für mehr und mehr Gefangene werden aufgeschlagen. Etwa 100 werden täglich dorthin verschleppt.

Ich möchte, daß sie sich diesen Namen, Ansar III, merken. Ich bin mir sicher, daß an diesem Ort, den die Sonne verbrennt, Dinge geschehen werden, von denen wir hören und die wir sehen werden. Ich kann schlecht schätzen, wieviel Gefangene sich momentan in dem Lager befinden. Jeden Abend, bevor ich das Lager verlasse, stehen drei Busse mit neuen Gefangenen davor. Vor drei Tagen waren es schätzungsweise 2.500 Menschen. Wieviele es heute sind, weiß ich nicht.“

Die Mehrheit der Palästinenser aus den besetzten Gebieten, über die die israelische Militärbehörden Administrativhaft verhängt haben, befindet sich in Ansar III; die übrigen sind in Gefängnissen und Lagern im gesamten Gebiet der Westbank und Ghazastreifen verstreut.

Die Anweisung zur Administrativhaft wird inzwischen von einem israelischen Offizier erteilt, darf also in untergeordneter Position bestimmt werden. Der Offizier ordnet an, daß der Gefangene für 6 Monate im Gefängnis gehalten wird. Die Anweisung hierzu kann **ohne** Anklage erfolgen. Das Belastungsmaterial — wenn überhaupt vorhanden —, auf dem die Haftanweisung beruht, bleibt geheimes Material des Sicherheitsdienstes (Shin Bet) und ist auch für Rechtsanwälte nicht zugänglich.

Die Anweisung kann **alle 6 Monate erneuert** werden.

Bestrafungen und Mißhandlungen sind an der Tagesordnung, die hygienischen Bedingungen menschenunwürdig; eine medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet. Die Wasserversorgung ist unter diesen klimatischen Bedingungen ein Hohn. Die Hähne tropfen so langsam, daß es zum Trinken nicht reicht, geschweige denn zum Waschen oder für die rituelle Reinigung vor dem Gebet. Über ihre „Rechte“ werden die Gefangenen informiert, während sie - die Hände hinter dem Rücken - auf dem Boden knien und den Kopf auf den Knien halten müssen.

„Israel (ist das) einzige Land in der westlichen Welt, das die Folter legalisiert hat“ (Lea Tsemel). Ein Untersuchungsausschuß über Folterungen durch den Shin Bet resümierte, daß „gemäßigter physischer Druck während der Vernehmung unumgänglich sei.“ (Lea Tsemel)

Formal betrachtet hat zwar jede Familie das Recht, ihre Angehörigen im Lager zu besuchen, aber die Praxis widerspricht dieser Bestimmung. Die Familienangehörigen müssen zu einer zivilen Administration gehen, dort nachweisen, daß sie die Einkommenssteuer und alle anderen Steuern bezahlt haben und dann zusätzlich 100 Shekel (115,- DM) bezahlen. „Dann erst wird die Besucherlaubnis erteilt. Diese Auflage gilt auch für die Rechtsanwälte aus den besetzten Gebieten. Nicht für die israelischen Anwälte, denn wir besitzen immer noch Privilegien. Die Anwälte aus den besetzten Gebieten können nicht nach Ansar III fahren, denn das Lager liegt in einer Militärzone. Sie brauchen eine Erlaubnis von der Verwaltung.“ (Lea Tsemel)

Die der internationalen Juristenkommission in Genf angeschlossene Organisation „Al-Haq — Recht im Dienste der Menschen“ in Ramallah (Westbank) hat im Mai 1988 gefordert, daß Ansar III/Kise' ot unverzüglich geschlossen wird. Angeführt werden die Verstöße gegen die Artikel 76 und 85 der 4. Genfer Konvention von 1949 (Schutz der Zivilisten in Kriegszeiten, Verbot von Deportationen aus Gebieten der Occupation). Außerdem wird festgestellt, daß Israel auch die eigenen Verfahrensregelungen bricht. Die Militäranweisung vom 31.1.82 legt fest, daß die Menschen, die sich in Administrativhaft befinden, ausreichend mit Essen, Kleidern und medizinischer Hilfe zu versorgen sind, sowie Familienbesuche erhalten dürfen.

Auf Initiative der Rechtsanwältin Lea Tsemel wurde in Ost-Jerusalem ein „Komitee zur Koordination der legalen Verteidigung“ für Palästinenser, die sich in Administrativhaft befinden, begründet. Das dazu eingerichtete Büro soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

Jeder Häftling soll Rechtsschutz erhalten können, d.h. einen Anwalt bekommen. Den Familien der inhaftierten Palästinenser soll Rechtshilfe gewährt werden, um herauszufinden, wo der Gefangene inhaf-



Jerusalem, Frühjahr 1988: Palästinenserinnen demonstrieren für die Freilassung inhaftierter Angehöriger.

tiert ist. Alle Möglichkeiten zur Freilassung der Häftlinge sollen ausgeschöpft werden.

Jeder Häftling soll von einem Anwalt besucht werden. Jeder Häftling, der Klage führen will, soll die Möglichkeit erhalten, eine Berufung einreichen zu können.

Um die Arbeit des Büros zu gewährleisten, müssen monatlich 2500 Dollar für Räume, Telefon, 2–3 Angestelltengehälter usw. aufgebracht werden. Bis jetzt können noch keine anfallenden Rechtsgebühren bereitgestellt werden.

Das „Komittee zur Koordination der legalen Verteidigung" ruft auf, das Projekt materiell zu unterstützen, sonst kann die Weiterarbeit nicht gewährleistet werden. „Nach Eröffnung unseres Büros konnte wir nach nur einer Woche schon mehr als 200 Häftlingen mit Erfolg einen Anwalt zuweisen...

Ihr Beitrag kann ausschlaggebend sein, dafür, ob wir mit unseren Bemühungen Erfolg haben. Ihre Spende kann einmalig oder in Form von monatlicher Zahlung sein. Wir wissen ihre Mitwirkung sehr zu schätzen."

Gespendet werden kann auf folgende Konten:
Barclays Discount Bank
Salah al-Din Street
East Jerusalem, via Israel
Account 450561 L.D.C.D. (Legal Defense Coordination Committee)

oder:

Stichwort: Anwälte
Alisa Fuss, Claudiusstr. 14, 1000 Berlin 21
Sparkasse Berlin-West, BLZ 100 500 00
Konto-Nr.: 220 174 318

Norbert Mattes/Esther Dischereit

Der seinem Selbstverständnis nach demokratischste Staat des Nahen Ostens zieht inzwischen alle Register, wenn es darum geht, Informationen über die Vorgänge in den besetzten Gebieten zu unterdrücken.

Einschüchterungen und Verhaftungen von Journalisten sind an der Tagesordnung. Palästinensische und von israelischen Linken betriebene Presseagenturen werden geschlossen, damit künftig keine unbequemen Informationen aus den besetzten Gebieten mehr nach außen gelangen. Und schließlich geht es selbst den ausländischen Journalisten ans Leder. Sie müssen vor der Ausreise ihr Filmmaterial der Zensur vorlegen, die nicht selten das gesamte Material beschlagnahmt. Verhöre über Kontakte zu Palästinensern oder zu israelischen Oppositionellen tun ein übriges, ihnen das Leben und die Arbeit zu erschweren.

Eines der vielen traurigen Beispiele für den rabiaten Umgang mit der Presse ist die Schließung der hauptsächlich von Israelis gemachten, in hebräischer und arabischer Sprache erscheinenden Zeitung **Derech Hanitzotz** und die Hexenjagd auf ihre Mitarbeiter. Seit Mitte Februar wurden Herausgeber und Redakteure, einer nach dem anderen, arrestiert; fünf sitzen noch heute, unter den miserablen Bedingungen der sogenannten „administrative detention", und warten auf ihr Gerichtsverfahren, das am 8. September beginnen soll.

Den vier israelischen Redakteuren und Herausgebern, die neben Ribhi al Aruri, dem arabischen Herausgeber noch in Haft sind, werden Kontakte zu „einem ausländischen Agenten" und die Mitgliedschaft in „einer terroristischen Vereinigung" – gemeint ist Nayef Hawathmehs Volksfront zur Befreiung Palästinas – zur Last gelegt. Der eigentliche Grund der Verhaftung, der sich hinter den Anschuldigungen verbirgt, dürfte die unerschrockene Berichterstattung der Journalisten über die Vorgänge in den besetzten Gebieten und ihr Eintreten für einen unabhängigen palästinensischen Staat sein.

Werden die vier Journalisten der Straftaten, die man ihnen derzeit anhängen will, für schuldig befunden, so wird das Strafmaß für jeden an die 40 Jahre betragen. Der israelische Fund for Freedom of Press bittet daher dringend um Spenden zur Unterstützung der Verteidigung.

Account No. 262247
The Fund for Freedom of Press
Bank Hapoalim
Branch No. 532 (King Shaul)
Tel Aviv

Briefadresse:
P.O. Box 43 62, Tel Aviv 61043

Vergehen in der Mitte eurer vergehenden Worte

Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind.
Nehmt mit euch eure Namen und geht.
Aus unserer Zeit zieht ab die Stunden von Euch und geht.
Stehlt was ihr wollt, vom Blau des Meeres,
vom Sand der Erinnerung.
Nehmt was ihr wollt an Bildern, damit ihr erkennt
was ihr nicht erkennen werdet,
wie des Himmels Gewölbe erbaut ist aus Stein unserer Erde.

Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind,
Von euch das Schwert — und von uns, unser Blut;
Von Euch der Stahl und das Feuer — und von uns, unser Fleisch;
Von Euch ein Panzer mehr — und von uns, ein Stein;
Von Euch die Gasgranate — und von uns der Regen;
Über uns, und über euch ist derselbe Himmel, dieselbe Luft.
Nehmt euren Anteil unseres Blutes und geht weg.
Geht feiern am Abend, geht tanzen und geht weg.
Uns ist bestimmt zu schützen die Rose der Märtyrer.
Uns ist bestimmt zu leben, wie wir leben.

Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind.
Dringt ein wo immer ihr wollt, wie bitterer Staub,
nicht aber bei uns, wie eine fliegende Plage,
denn wir haben zu arbeiten auf unserer Erde.
Für uns, Weizen, wir bestellen das Feld,
wir geben ihm Wasser mit dem Tau unserer Körper.
Wir haben hier was euch nicht gefällt:
Stein — oder Steinhuhn.
Tragt die Vergangenheit wenn ihr wollt, zum Markt der Antiquitäten.
Restauriert das Skelett des Wiedehopf, wenn ihr wollt
auf einem Fayenceteller.
Wir haben was Euch nicht gefällt: für uns ist die Zukunft,
— denn wir haben zu arbeiten auf unserer Erde.

Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind.
Legt eure Illusionen ab in einer verlassenen Grube, geht weg!
Dreht die Zeit zurück als Gesetz war das geheiligte Kalb
oder die Musik des Revolvers.
Denn wir haben hier was euch nicht gefällt, geht weg!
Wir haben was es bei Euch nicht gibt:
ein Land im Innern blutend, ein Volk im Innern blutend,
eine Heimat geweiht dem Vergessen oder der Erinnerung.

Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind.
Es ist Zeit, daß ihr geht.
Bleibt, wo immer ihr wollt, aber nicht unter uns.
Es ist Zeit, daß ihr geht.
Legt euch sterben, wo immer ihr wollt, aber nicht unter uns,
denn wir haben zu arbeiten auf unserer Erde.
Uns gehört die Vergangenheit hier;
Uns gehört der erste Laut des neuen Lebens;
Uns gehört die Gegenwart, die Gegenwart, die Zukunft;
Uns gehört die Welt hier — und das Jenseits.
Geht weg von unserer Erde,
von unserem Land — unserem Meer,
unserem Weizen, unserem Salz — von unserer Wunde,
Geht weg von alldem, geht weg,
Aus den Erinnerungen des Gedächtnisses.
Ihr geht vorüber in Worten, die vergangen sind.

Übersetzung: N. Mattes

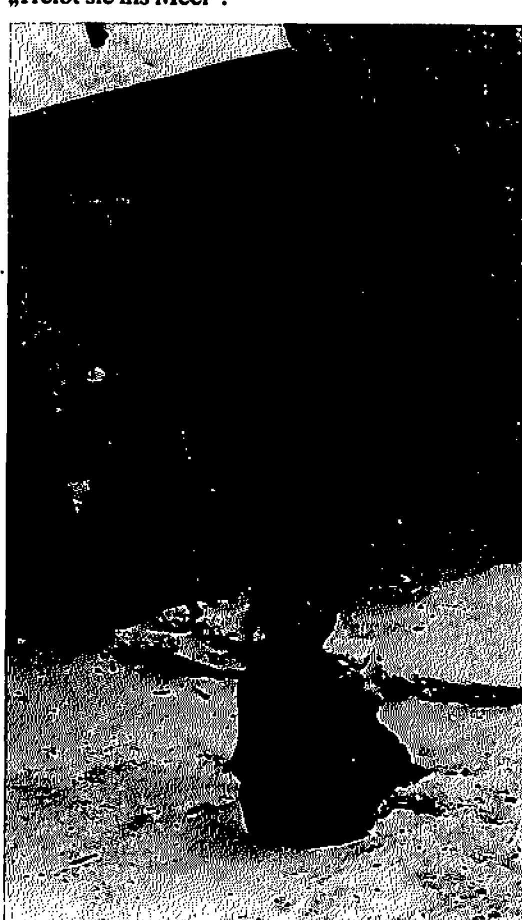
Mahmud Darwisch veröffentlichte im Januar 1988 dieses Gedicht. Es löste in Israel eine heftige Debatte aus um die Frage, spricht der Dichter auf die Lage in den besetzten Gebieten, also Ghaza und Westbank an, oder ist Israel als Staat gemeint? Nur wenige israelische Intellektuelle haben sich an dem Disput beteiligt, unter ihnen jedoch der Schriftsteller Amos Kenan, der Historiker Thomas Segev und Matti Peled, ein ehemaliger General und Arabist. Diese drei sind in Israel als Kräfte bekannt, die sich kritisch mit der Besatzungspolitik auseinandersetzen.

In verschiedenen israelischen Zeitungen wurden jeweils verschiedene Übersetzungen geboten.

Es fehlten Halbverse und einzelne Wörter, der Schlußteil fehlte ganz und die Übersetzung waren teilweise sinnentstellend, daß von einer Wiedergabe des Verfassers im wörtlichen Sinn nicht mehr ausgegangen werden konnte. Der Charakter des arabischen Rollengedichts — hier ausgedrückt in dem jeweiligen Widerpart: Unterdrückter/ Unterdrücker kam gar nicht zum Tragen.

Warum entzündete sich die „öffentliche Meinung" in Israel derart an einem Gedicht? Worte und Halbverse wurden gewogen, und es wurde festgestellt, nicht von den besetzten Gebieten sei die Rede, sondern von Israel im allgemeinen. Daß Mahmud Darwisch Mitglied des Palästinensischen Nationalrats ist, gab dieser Interpretation genügend Nahrung.

So wurde aus der Zeile „Geht fort von unserem Boden, von unserem Land, von unserem Meer" in der Interpretation „Treibt sie ins Meer".



Für Interessierte sei im folgenden die Interpretation von Matti Peled wiedergegeben. Matti Peled betont den aktuellen Hintergrund des Gedichts und sieht in ihm den dichterischen Ausdruck des palästinensischen Volksaufstand seit Dezember 1987.

Teil 1:
„...flüchtige Worte", „Worte, die vergangen sind":
Anspielung auf den Bibel-Bezug der Siedler als Legitimationsgrundlage zur Landnahme.

„Nehmt mit euren eure Namen..."
Dieser Passus bezieht sich auf die hebräischen Benennungen für die arabischen Gebiete und Städte.

„Nehmt euren Anteil unseres Blutes..."
meint die hohe Zahl an Verletzten und Toten während des Intifada. Natürlich auch die der zurückliegenden Jahre durch Auseinandersetzungen mit Siedlern und Militär. 1986 gab es in der Westbank 32 Verletzte und 9 Tote, in dem Zeitraum von 1.1.87–19.10.87: 66 Verletzte und 8 Tote.

„Wie des Himmels Gewölbe erbaut ist, aus Stein unserer Erde":
Hinweis auf die Behandlung der Schöpfungsgeschichte im Koran.

Teil 2:
„Von uns der Regen"
Doppeldeutig: Wasser zum Schutz vor Tränengas und Regen als lebensspendendes Symbol.

„Geht feiern am Abend, geht tanzen..."
Anspielung auf die vorherrschend westliche Prägung der israelischen Kultur.

Teil 3:
„Bitterer Staub... fliegende Insekten" (übersetzt als „Plage"), gemeint sind die in der Bibel behandelten Plagen.

„Tragt die Vergangenheit, wenn ihr wollt, zum Markt der Antiquitäten":
Vergangenheit wird hier zur Metapher für „Thora" und stellt damit eine Aufforderung an die Siedler dar.

„Restauriert das Skelett des Wiedehopfs, wenn ihr wollt auf einem Fayenceteller."
Unter den Siedlern und anderen rechts gerichteten Kräften in Israel gibt es eine Bewegung zum Wiederaufbau des Tempels (hier: Skelett). Da auf dem Tempelberg, arabisch Haram aš-Šarif aber mit der Al-Aksa-Moschee und Felsendom (hier: Fayenceteller) für die Muslime ein heiliger Bezirk liegt, sind diese Versuche eine deutliche Mißachtung gegenüber dem Islam. Häufig hat es auf diesem Tempelberg Provokationen von seiten fundamentalistisch orientierter jüdischer Israelis gegeben. Deswegen ist auch nur ein Teil der Bauwerke frei zugänglich.

Teil 4:
„Legt eure Illusion ab in einer... Musik des Revolvers"
Parodie auf den Vergangenheitskult der Siedler, deren eigene Herkunft meist – erst seit kurzem zugereist – amerikanisch ist.

Das goldene Kalb steht sinnbildlich für die „Sicherheit" des Staates – ein Idiom, in dessen Namen u.a. der Libanon-Krieg gerechtfertigt wurde. Zum anderen natürlich noch ein deutlicher Bezug zur Bibel.

„euer Salz"
Salz als Symbol für das Miteinander der Menschen.

Norbert Mattes

In den Flüchtlingslagern des Gaza-Streifen begann der Aufstand



Mustafa el-Kurd

Kinder der Intifadah

So heißt die neue Kassette mit Liedern zum palästinensischen Volksaufstand von Mustafa el-Kurd, der Stimme Palästinas. Im Mai/Juni '88 stellte Mustafa diese Lieder auf einer Konzertreise in vielen Städten der Bundesrepublik vor.

Mustafa el-Kurd wurde 1945 in Jerusalem geboren. Nach dem frühen Tode seines Vaters mußte er schon mit 13 Jahren für den Unterhalt seiner Mutter und vier jüngeren Geschwister arbeiten. Innerhalb weniger Jahre lernte er virtuos die Ud zu spielen, ein traditionelles Lauteninstrument. Als die israelische Armee 1967 seine Heimat besetzte, begann Mustafa politische Lieder zu komponieren, die Texte schrieb er entweder selbst oder vertonte Gedichte bekannter palästinensischer Lyriker. Von 1972 an arbeitete Mustafa in palästinensischen Theatergruppen. Während einer Aufführung von „Als wir verrückt wurden" hat man Mustafa Anfang 1976 von der Bühne weg verhaftet. Seine Anwälte erreichten zwar fast ein Jahr später die Freilassung, Mustafa mußte aber ins Exil: Seine wachsende Popularität, seine sozialkritischen Lieder, seine politischen Musikabende machten ihn für die israelische Besatzung untragbar. 1983 konnte er – nach sieben Jahren – in seine Heimatstadt Jerusalem zurückkehren. Inzwischen ist er in vielen europäischen Ländern, in den USA und Kanada durch Konzertreisen bekannt. In Jerusalem arbeitet Mustafa mit dem palästinensischen Theater al-Hakawati zusammen, das mehrmals in Hamburg gastierte. Dieses Theater ist das erste palästinensische Kulturzentrum des Landes, Mustafa hat dort eine Musik-Abteilung aufgebaut, unterrichtet traditionelle arabische Instrumentalmusik und schreibt Musik für Theaterstücke.

Die Musik-Kassette ist für 10 DM (plus 2 DM Porto und Verpackung zu bestellen bei: Marianne Stern, Stellinger Weg 12, 1000 Hamburg 20.

Lieferung nur gegen Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1035/791 860, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Stichwort: „Kinder der Intifadah".

Laßt das Uran in der Erde!

Erste internationale Konferenz über Uranbergbau in Kanada

Im Herzen des kanadischen Uranabbaus, in Saskatoon in der Provinz Saskatchewan, fand vom 16.–21. Juli 88 die erste weltweite Konferenz über Uranbergbau, seine Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen, die dort leben, statt.

Zum ersten Mal sprachen nicht sogenannte Experten von Bergbaufirmen und staatlichen Behörden über dieses Thema, sondern über 150 Menschen aus 22 Ländern der Welt, die entweder direkt vom Uranbergbau betroffen oder in den Anti-AKW-Bewegungen weltweit mit dem Uran als Brennstoff in den AKWs konfrontiert sind.

Foto: Th. Sippelmeier

In Saskatoon sind die Büros der Saskatchewan Mining Development Company (SMDC) und der staatlichen kanadischen Uranfirma Eldorado angesiedelt. SMDC wird von der Provinzregierung geführt und kontrolliert Abbau und Exploration des Urans in ganz Saskatchewan. Hier ist aber auch der Hauptsitz der kanadischen Tochter der bundesdeutschen Uranernz GmbH, die die Key Lake Mine im Norden der Provinz betreibt, eine der größten Minen der Welt.

Von den Vorträgen über die zerstörerischen Auswirkungen des Gold- und Uranbergbaus im Norden der Provinz auf die Indianerdörfer dürften die Herren dieser Firmen nicht sonderlich erfreut gewesen sein. Die Exploration aller möglichen wertvollen Metalle, die überall stattfand, hat die traditionellen Erwerbsmöglichkeiten, im wesentlichen Fischfang und Jagd, verdrängt. Alkoholismus, Selbstmordgefahr und Perspektivlosigkeit waren die Punkte, die Vertreter der Eingeborenenvölker Australiens, der Indianer in den USA und der Inuit und Indianer aus den Nordwestterritorien Kanadas als Hauptübel der Entwicklung in ihren Dörfern bezeichneten.

Durch die Berichte und Vorträge aus den verschiedenen Kontinenten und Ländern wurde aufgezeigt, daß über 70 % des weltweiten Uranabbaus in Ländern der Dritten Welt und auf den Territorien von indigenen Völkern in Kanada, den USA und Australien getätigt wird. Dabei sind die Methoden, an die Abbaurechte zu kommen, überall gleich. Die Minengesellschaften stellen für die von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen neue Arbeitsplätze und eine bessere Infrastruktur in Aussicht und schrekken auch vor einer Bestechung von Dorfältesten und Stammesführern nicht zurück.

Die Frankfurter Urangesellschaft, ein Gemeinschaftsunternehmen von Metallgesellschaft, VEBA und STEAG, hat finanzielle Angebote gerade den Inuit in der Gegend des Baker-Sees gemacht. Nach über 10 Jahren Exploration ist jetzt der Antrag bei der kanadischen Regierung gestellt worden, Anfang der 90er Jahre mit dem Uranabbau in diesem Gebiet beginnen zu können. Dabei muß aber der Widerstand überwunden werden. Das Parlament hat nämlich mit Mehrheit für einen atomwaffenfreien Norden und gegen die Lagerung von Atommüll in der Provinz gestimmt. Diese Mine, die ein relativ niedriggradiges Erz fördern soll, wäre weltweit die erste, die im Dauerfrostboden abbauen würde. Die Auswirkungen auf die Umwelt der Arktis sind bislang nicht bekannt. Die Uranerz GmbH in Bonn und die französische COGEMA sollten zum Rückzug aus den Minen Saskatchewans und der Nordwestterritorien gezwungen werden.

In vielen Fällen fragen die Explorationsfirmen nicht nach Land- und Schürfrechten und kümmern sich nicht um existierende Grenzen zwischen den einzelnen indigenen Gemeinschaften. Jim Garett, der umweltpolitische Sprecher der Lakota-Indianer aus South Dakota, bezeichnete diese Vorgehensweise der Konzerne und Regierungen als fortgesetzten Kolonialismus, der sich sowohl nach innen gegen die indigenen Völker industrialisierten Staaten wie nach außen gegen Länder der Dritten Welt richtet. „Wir sind nicht länger bereit zu akzeptieren, daß die reichen Länder der Welt auf Kosten unserer Umwelt und unserer Familien eine Ökonomie aufrechterhalten, die einzig auf Verschwendung und Profit aufgebaut ist."

Auf der Konferenz wurde auch über neue Entwicklungen innerhalb der Uranindustrie diskutiert. Die schon erwähnten kanadischen staatlichen Firmen SMDC und Eldorado fusionierten zum 1. Juli, sie bilden jetzt neben dem englischen Bergbauriesen Rio Tinto Zinc die größte Uranfirma der Welt. Diese staatliche Firma soll im weiteren Verlauf privatisiert werden, was bedeutet, daß sich vor allem amerikanische und bundesdeutsche Energiekonzerne hier einzukaufen versuchen werden.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Kongresses ist ein Aufruf zu direkten Aktionen gegen alle Teile des „Atomkreislaufes", um einen weltweiten Ausstieg aus der Atomindustrie zu erreichen. Deshalb blokkierten die Delegierten aus 22 Ländern am letzten Tag das Lagergelände der Uranmine Key Lake in Saskatoon. Die Mine wird von der deutschen Uranerz GmbH technisch geleitet. Das in der 600 km nördlich gelegenen Mine produzierte Urankonzentrat wird mit Lastwagen in das Saskatoon-Lager gebracht und hier für den Weitertransport in die Vereinigten Staaten oder, über die Großen Seen, nach Europa vorbereitet.

Diese Aktion zeigte auch eines der großen Probleme der Atomindustrie weltweit auf, die Transportwege. In die Minen des nördlichen Saskatchewan führt z.B. nur eine einzige Straße. Auf die Blockade und Schließung dieser Straße für Atomtransporte will sich deshalb die Anti-Uranabbau-Bewegung in dieser Provinz in der nächsten Zeit konzentrieren. Ein Aufruf zu ähnlichen Aktionen weltweit wurde vom Kongreß verabschiedet, ebenso Resolutionen gegenüber Atommüllagerung in der Dritten Welt und die Anreicherung von südafrikanischem und kanadischem Uran in der Sowjetunion.

Thomas Siepelmeier

Heimkehr

Von Berlin nach Lima

Ein Film von Gerlinde Böhm



Auf dem Berliner Ku'damm will sie sich nicht abgedreht wissen und auch reiche Stadtviertel Limas sollen in einem Film mit ihr nicht vorgeführt werden. Denn beides gehört nicht zu ihrem Leben in dem Slum „Independencia", wohin sie nach 1 1/2 Jahren Berlinaufenthalt als Au-pair-Mädchen zurückkehrt.

Geistreich, munter und witzig kommentiert die 22jährige Peruanerin Viki Aguilar Cuba die Bilder, die ihre letzten Wochen in Berlin zeigen, den tränenreichen Abschied von liebgewonnenen Freunden, die herzliche Begrüßung durch ihre große Familie in Lima, die erste Zeit der Wiedereingewöhnung und schwierigen Arbeitssuche. In ihren kritischen Bemerkungen verdeutlicht sie, wie sie die westdeutsche Wirklichkeit als Ausländerin erlebt und wie sie als Einheimische die peruanische Realität nach einem Auslandsaufenthalt sieht.

An ihrer Berliner Zeit schätzt sie, daß sie auch ohne dickes Portemonnaie vieles lernen konnte: Schwimmen, Radfahren und natürlich die deutsche Sprache, die sie für den peruanischen Arbeitsmarkt qualifiziert. „Und das Schönste von Berlin: die Automaten! Automaten für Zigaretten, Automaten für Schokolade, Saft, Tampons – was gibt's noch? Für Aspirin, für Blumen. Aber ich hätte nie gedacht, z.B. die Tampons- und Präservativ-Automaten, hätte ich nie gedacht, daß es sowas gibt! Das hat mir Spaß gemacht!"

Der Film begleitet Viki in der spannungsreichen Zeit, in der sie Abschied nimmt von kleinen Freiheiten des westlichen Großstadtlebens, wie das abendliche Ausgehen, ohne irgendjemand dafür Rechenschaft ablegen zu müssen. Dabei weiß sie um die Schwierigkeiten, ihre neuen Erfahrungen zu Hause weiterzugeben und weiterzuleben, denn der Auslandsaufenthalt hat sie in einem Maße verändert, wie sie das von den Daheimgebliebenen nicht erwarten kann. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie es sein wird, mich wieder in meine Familie zu integrieren. Nach einem Jahr mit diesem geliehenen Luxus. Es war für mich Luxus, denn ich habe fast alles gehabt. Aber ich wußte schon, daß es nicht meins war, es war nur geliehen. Und jetzt muß ich alles haben, was wirklich meins ist. Armut und Eltern und Familie. Und immer Probleme und Sorgen." Gleichzeitig sehnt sie sich nach ihrer vertrauten Umgebung, nach der Nestwärme ihrer Familie. Sie hat die Schnauze voll von Deutschland und geht freiwillig zurück, weil sie nicht wie die allermeisten Ausländerinnen immer nur putzen will.

Spannend gerät der Film immer dann, wenn er Viki verstrickt in den Widersprüchen zeigt, die sich aus dem Vergleich der Nachteile der westlichen Überflußgesellschaft mit den Vorteilen der peruanischen Mangelgesellschaft ergeben. Ansprechend sind auch die Szenen, in denen sie die Machos der beiden Länder gegenüberstellt und in der Verallgemeinerung der eigenen Erfahrungen an Grenzen stößt.

In anderen Momenten, in denen die Fotografie zu dicht am Gesprochenen bleibt, verflachen Vikis Aussagen zu Stereotypen.

Viki, die Hauptdarstellerin



Wenn die übertriebene Hundeliebe der Deutschen in unzähligen Schokoladepakkungen aus der Hundefutterabteilung gezeigt und mit Bildern aus dem Hundesalon breitgewalzt wird, verkommen die Kommentare zu den Klischees vom unzufriedenen Reichen und dem glücklichen Armen. Der Anschaulichkeit der klaren und spritzig formulierten Stellungnahmen Vikis folgt die in Detail- und Nahaufnahmen verliebte Kameraführung oft nicht. Während Viki in Lima die Schwierigkeiten vieler peruanischer Familien schildert, Geld für den täglichen Lebensunterhalt aufzutreiben, wird die leicht abgedroschene, farbenprächtige Bilderwelt von ärmlichen Bauchläden und klapprigen Bussen gezeigt. Bei einer Autofahrt durch Lima hält die Kamera vom Rücksitz aus den Dialog zwischen Viki und ihrem Vater in deren schlecht ausgeleuchteten Gesichtern fest. So sind aus dem Gespräch die politische Situation, die Arbeitslosigkeit, der Alltag nur akustisch zu erfahren.

Doch selbst wenn die Bilder schnell verrauschen, Vikis Kommentare werden im Ohr bleiben. Im recht gelungenen Filmende tritt Viki sieben Monate nach der Rückkehr nochmal vor die Kamera und erzählt, ob es ihr gelungen ist, wieder heimzukehren.

Helga Lorenz

Farbe, 88 Minuten
Gerlinde Böhm Filmproduktion,
Fritschestr. 79,
1000 Berlin 1
Verleih: 030/211 17 25

Buchrezension

Zwei Zeitschriften zum Thema „Frauen in der Dritten Welt"

Die Welt rückt enger zusammen. Die Durchkapitalisierung aller Länder schreitet voran. Bekannt ist, daß die Frauen in der Dritten Welt davon am stärksten betroffen sind. Neu ist, daß die umfassende Durchdringung bis in die kleinsten Detailbereiche ausgedehnt hat. Selbst die Gewalt wird modernisiert. „Dowry" statt „Sati" heißt es jetzt in Indien, wo ehemals die Witwen mit ihren verstorbenen Männern verbrannt wurden, heute aber bereits jungverheiratete Frauen von ihren Schwiegereltern und/oder Ehemann ermordet werden, damit eine zweite Mitgift durch Neuheirat des Mannes erlangt werden kann.

Die **„Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis" Nr. 23** mit dem Schwerpunkt „Modernisierung der Ungleichheit – weltweit" widmen sich der Frage, welche Überlebensstrategien Frauen heute angesichts des industriellen Kahlschlags und des Raubbaus an der Natur entwickeln, welchen Schwierigkeiten sie ausgesetzt sind, wie sie kämpfen. Vor einer Romantisierung der Subsistenz als Ausweg aus der

Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 23, Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln 1988, 178 S., DM 16,-

bedrohlichen Krise wird gewarnt, weil diese Subsistenzproduktion (ebenso wie die unbezahlte Hausarbeit) vom Kapital und von den Männern schon vereinnahmt wird, abgesehen davon, daß sich die Frage nach Subsistenz- oder Erwerbsarbeit als alleinige Lebensgrundlage gar nicht stellt, sondern die Frauen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft wenigstens teilweise zu Markte zu tragen. Dies wird u.a. in einem Beitrag über Stammesfrauen in Indien bestätigt. Wie vielfältig die spezifischen Situationen von Frauen aussehen, erfahren wir in anderen Beiträgen über die Minangkabau in West-Sumatra, anhand des Beispiels der Milchwirtschaftsstrategie „Operation Flood" in Indien, über die Songhay-Frauen in Mali und über Frauen in Mexiko. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der IWF-Politik. Die Auswirkungen der IWF/Weltbank Programmatik der Strukturanpassung auf Frauen in Jamaika und im Niger werden untersucht.

Besonders interessant, weil er eine bisher vernachlässigte Problematik behandelt, ist ein aus dem Englischen übersetzter Artikel über die neue Landwirtschaftspolitik in China und die Frauenfrage. 1978 wurde das Haushaltsvertragssystem der Eigenverantwortung als Wirtschaftsmethode in China eingeführt, was besagt, daß sich die Vertragsbauern verpflichten, bestimmte, vom Staat geforderte Feldfrüchte anzubauen, von denen sie 10% zu einem festgesetzten Preis an den Staat veräußern müssen, einen anderen Teil zum höheren Preis ebenfalls vom Staat abgenommen bekommen und einen dritten Teil auf dem freien Markt verkaufen dürfen. Die Produktivität der Landwirtschaft hat sich durch dieses neue System erhöht; allerdings auf Kosten der Frauen, wie in dem Bericht über eine Feldstudie zum Ausdruck kommt. Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu; nicht nur in Form weiblicher Kindestötung, sondern auch wegen familiärer Streitigkeiten; Frauenarbeit wird marginalisiert; Hausarbeit und Kindererziehung stehen in fließendem Übergang zueinander; die Arbeitsbelastung der Frauen nimmt zu. Für politische und ideologische Arbeit ist keine Zeit mehr.

Zum Ausgangspunkt zurück: die Verknüpfung zwischen hier und dort wird im Zuge der Modernisierung immer enger. So vergleichen J. Berninghausen und B. Kerstan in ihren „Ausführungen über Gespräche mit Aktivistinnen aus indonesischen Frauenprojekten" die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Frauenforderungen und Emanzipation.

An dem Beispiel von Altkleidersammlungen, die alljährlich von Hilfsorganisationen unter Vorgabe, die Not in der Dritten Welt damit lindern zu helfen, durchgeführt werden, wird deutlich gemacht, daß diese Altkleiderlieferungen das Textilhandwerk in der Dritten Welt zerstören und keineswegs irgendeinen positiven Effekt haben.

Auf der anderen Seite werden Frauen in den freien Produktionszonen zu Hungerlöhnen in der Textilindustrie eingestellt, damit wir hier in Westeuropa billige Kleidungsstücke kaufen können. Um den Kampf der Arbeiterinnen von Flair Fashion in Südkorea geht es in einem weiteren Beitrag. Als Gegenstück dazu wird ein Gespräch mit einer Verkäuferin der Fa. Adler dokumentiert.

Die Agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) erhält auf 11 Seiten Raum, sich selbst darzustellen. Gerade am Beispiel des Sextourismus und/oder der gekauften Ehefrauen zeigt sich die Verbindung zwischen hier und der Dritten Welt besonders deutlich.

Provokativ setzt sich ein letzter (Diskussions-)Beitrag mit dem Paternalismus westlicher Feministinnen in ihren Arbeiten über Frauen in der Dritten Welt auseinander unter der ironischen Formulierung „wir sind alle Schwestern im Kampf."

In der **Peripherie Nr. 30/31** geht es um „Frauen: Arbeit – Organisation". Die Zeiten, in denen Frauen überwiegend als Opfer gesehen wurden, sind vorbei. Nicht mehr nur die (schlechten) Ausgangsbedingungen der Frauen, sondern zunehmend Prozesse der Organisierung und Bewußtseinsbildung, Ziele und Utopien werden in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt. Dabei findet die Diskussion um die Subsistenzwirtschaft, die als Domäne der Frauen gilt, besondere Beachtung. Ist sie nur „Defizit" oder „heimliche Stärke" der Frauen, die Ansatzpunkt für eine neue, bessere Entwicklung sein kann? Als Chance für frauengerechte Entwicklung sieht Erika Märke die Rückbesinnung auf die Subsistenzwirtschaft, wenn man/frau ungeachtet der negativen Assoziationen zu

diesem Begriff auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückgeht, nämlich die Grundlage menschlichen Lebens, Selbstversorgung und Selbständigkeit. „Eine daran orientierte Lebensweise kann durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet werden: durch Eigenständigkeit im Sinne einer Nichtabhängigkeit/Autonomie, durch Selbstgenügsamkeit im Sinne eines Nicht-Expansionismus sowie durch ein 'Aus-sich-selbst-heraus-Bestand-haben' im Sinne der Bewahrung kultureller Identität. Die Autorin sieht allerdings auch, daß dieser Rückzug auf subsistenzorientierte Lebensweise nicht die ungerechten globalen Strukturen verändern kann, meint aber, daß eine Rückbesinnung auf diese Tätigkeit eine Neubewertung der Arbeit von Frauen zur Folge haben könnte. Als Utopie wird eine Selbstversorgungswirtschaft entworfen, die nicht traditionell, sondern „modernisiert" erhebliche Arbeitserleichterungen mit sich bringen würde und eine echte Alternative zur weltmarktorientierten Geldwirtschaft darstellen könnte. Da wundert es nicht, daß sich bereits im Editorial kontroverse Stimmen ankündigen...

Peripherie Nr. 30/31, Mai 1988, Hrsg. Wissenschaftl. Vereinigung für Entwicklungstheorie und -Politik, Münster, 222 Seiten, DM 16,-

Einen weiteren Beitrag zu dem umstrittenen Thema liefert Ellen Frieben, die einkommensschaffende Projekte mit subsistenzbezogenen Projekten vergleicht. Als positives Resultat marktorientierter Projekte am Beispiel einer Schweinefarm in der Dominikanischen Republik zeigt sie auf, daß das Selbstbewußtsein der Frauen dort enorm gestiegen ist, auch wenn der tatsächlich einkommensschaffende Effekt eher unter dem Wünschenswerten bleibt, während bei subsistenzorientierten Projekten zwar eine unmittelbare Verbesserung der Ernährungssituation der armen Bevölkerung bewirkt werden kann, den Frauen aber ein Mehr an Arbeit abverlangt wird, wobei diese Arbeit allerdings nicht die Anerkennung findet, die den Männern mit ihrer Marktproduktion zuteil wird. Insofern treibt die Förderung der Subsistenzproduktion die Frauen noch stärker in die Abhängigkeit von den Männern, die für den Gelderwerb zuständig sind.

Neben der Diskussion um die Subsistenzwirtschaft, der sich auch noch ein Bericht von Veronika Bennholdt-Thomsen über Subsistenzproduktion in Mexiko anschließt, geht es um Fabrikarbeiterinnen in Brasilien, Nahrungsmittelhilfe und Arbeitsbeschaffung in Peru, Frauenselbsthilfegruppen in Afrika, Hausangestellte in Kolumbien, Frauen in selbständigen Gewerkschaften in Korea, gewerkschaftliche Organisation in der mexikanischen Bekleidungsindustrie.

Die beiden Zeitschriften ergänzen sich und entwerfen ein einigermaßen umfassendes Bild davon, was heute in der Dritten Welt-Frauenforschung zur Diskussion steht... G.R.

Wie Weltbankmacht die Welt krank macht...

Ein geglückter Titel im Stile eines Schüttelreims verspricht eine Einführung in eine komplexe Thematik. Das im Kölner Volksblatt-Verlag vom BUND e.V. herausgegebene Buch erscheint zum richtigen Zeitpunkt, um die Weltbank-Kampagne wirkungsvoll zu unterstützen. Es soll zum persönlichen Engagement gegen die gegenwärtige Weltbank- und BMZ-Politik anregen. Auf 60 Seiten versuchen die Autor/Innen einer nicht informierten Öffentlichkeit die Rolle der Weltbank und die Folgen (v.a. die ökologischen) ihrer Politik nahezubringen.

Ausgehend von der Organisationsstruktur der Weltbank, die sich bekanntlich aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau (IBRD) der Internationen Entwicklungsorganisation (IDA) und der Internationalen Finanzgesellschaft (IFC) zusammensetzt, wobei die letztere formal unabhängig ist, beschreiben sie deren Bedeutung für die Weltwirtschaft. Als weitaus größter Kreditgeber, 1987 mit Darlehenszusagen über 14,3 Mrd. US-Dollar kommt der Weltbank eine Schlüsselrolle bezüglich der Entwicklungswege und der wachsenden Verschuldung der Länder der Dritten Welt zu. Da sie ihre Kredite meist selbst auf den internationalen Kapitalmärkten besorgt, geht sie bei der Kreditvergabe natürlich nach kommerziellen Bedingungen vor. Dies wird im vorliegenden Buch anschaulich anhand eines sogenannten Projektkreislaufes dargestellt. Dabei wird auch deutlich, daß andere, private Kreditgeber ihre Kredite von der Weltbankbeteiligung abhängig machen. Gründe genug, um die Weltbankprojekte und ihre Folgen für die Menschen und die Natur näher anzuschauen.

BUND (Hrsg.); Wie Weltbankmacht die Welt krank macht – Umweltzerstörungen durch Weltbankprojekte
Kölner Volksblatt-Verlag 1988
63 Seiten, 9,80 DM

In einem eigenen Kapitel schildern die Autor/Innen überzeugend und informativ die Rolle der Bundesregierung. Obwohl die Bundesregierung zu den wichtigsten Kapitalzeichnern zählt, konnte sie bisher in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gekonnt verschleiern, welches Gewicht ihr eigentlich bei Weltbankbeschlüssen zukommt. Im Text wird dies belegt: Erinnert wird an letztes Jahr, als durch die positive Stimmabgabe der BRD der fragwürdige Kredit an Chile in Höhe von 250 Mio.-US Dollar ermöglicht wurde.

Entgegen der im Untertitel angekündigten Einengung auf die Umweltzerstörung durch Weltbankprojekte werden die verschiedenen Projekte glücklicherweise nicht nur im Hinblick auf ökologische, sondern auch auf soziale und wirtschaftliche Auswirkungen untersucht. Mit dem Carajas-Projekt am Amazonas in Brasilien, den Narmada-Staudämmen in Indien, dem Transmigrasi-Projekt, einem indonesischen Umsiedlungsprogramm und einem Viehzucht-Projekt wurden zwar keine neuen oder unbeschriebenen Projekte ausgewählt. Doch diese sind knapp, verständlich und anschaulich beschrieben, und sie sind vor allem repräsentativ für die Weltbank-Machenschaften. Wer mehr als nur einen Überblick erwartet, sollte auf andere Veröffentlichungen, die im Anhang des Buches aufgeführt sind, zurückgreifen.

Verzichtet haben die Herausgeber auf eine Darstellung der neuen Weltbank-Konzepte und auf eine notwendige Begründung, weshalb sie in dieser „Reform" keinen Bruch mit der bisherigen ökologisch und sozial schädlichen Weltbankpolitik sehen. Nur einige Zeilen erübrigen sie für die Behauptung, daß es bei der Weltbank in Zukunft genauso krankmachend weitergehen wird.

Die Auflistung von Forderungen an die Weltbank und an die Mächtigen in der Weltwirtschaft sowie Vorschläge für persönliche „Taten" und Aktionen schließen die Publikation.

Die Kapitel mit ökonomischer Thematik heben sich wohltuend gegenüber den eher dürftigen Ausführungen zu den ökologischen Themen ab. Wo einerseits in der als Einführung gedachten Broschüre vorausgesetzt wird, daß den Leser/Innen Konjunkturanalysen und Begriffe wie Strukturanpassung geläufig sind, hat der Text andererseits auch Grundschulniveau, wo er belehrt, daß der Regenwald am Äquator verlaufe, es dort viel regne, er wie ein Schwamm funktioniere. So erfährt der/die Leser/in, daß die Regenwaldabholzung das Klima beeinflusse.

Es drängt sich stellenweise der Verdacht auf, daß der graphischen Gestaltung mehr Gewicht beigemessen wurde, als der inhaltlichen Darstellung. Gerade im ersten Kapitel werden einzelne äußerst verallgemeinernde Feststellungen nur hintereinandergereiht.

Anstelle einiger, trotz gewichtiger Bildunterschriften, nichtssagender Hochglanzfotos (Bild: Büffel ruht im Schatten; Bildunterschrift: Notwendige und unabdingbare Voraussetzung und Chance für eine neue Entwicklungspolitik ist die Lösung der Schuldenkrise) hätte die Redaktion besser daran getan, die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Weltbankprojekten fundierter darzustellen. Schade für die ansonsten anschauliche Einführung in die Weltbankproblematik.

Alle diejenigen, die sich in dieser Sache engagieren wollen, finden eine Fülle von Adressen von Nichtregierungsorganisationen im Anhang der Broschüre mm

Peru



Der Fall Sonia Muñoz

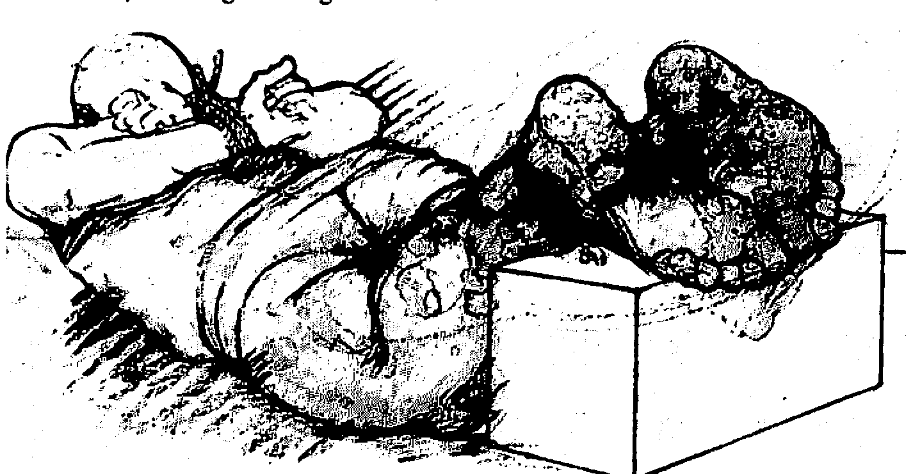
Ausdruck für die Lebensbedingungen in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten ist nicht bloß die Verelendung sondern auch der Terror, die alltägliche Gewalt, gegen die Menschen, in den Städten oder auf dem Land. Die Opfer sind durchweg schutzlos der Brutalität von Verbrecherbanden, bezahlten Todesschwadronen und von Angehörigen der Militärs ausgeliefert. Die Täter setzen diesen 'Krieg' mit allen Mitteln und ihrer Gewalterziehung entsprechend brutal durch. Dieser Terror wird von Regierenden geduldet oder sogar unterstützt, dient ihnen als Einschüchterung zur ungehinderten Umsetzung ihrer Macht.
Menschenrechtsgruppen in den meisten Staaten Lateinamerikas bitten angesichts dieser alltäglichen Gewalt, Folter und Angsterfahrung um Unterstützung. Die folgenden Umstände mit den unbeschreibbaren Gewalterfahrungen von Sonia Muñoz aus Peru beschreiben diese Verhältnisse. In Peru wurden allein in den letzten acht Jahren an die 10.000 Tote und Verschwundene gezählt. Dazu kommen die Furcht und die Schrecken ihrer Angehörigen. Die peruanischen Menschenrechtsorganisation steht bei der Aufklärung und Unterstützung dieser Fälle unter dem Druck von Militär und Regierung.
Oder sie macht die Erfahrung, wie im Fall von Sonia Muñoz, daß der Generalstaatsanwalt wenig Interesse an der Aufklärung des Falls hat.

Am 14. Mai 1988 überfielen Angehörige des peruanischen Heeres den Ort Cayara, ca. 200 km südlich von Ayacucho, und töteten mindestens 28 Bewohner als Repressalie für einen vorangegangenen Überfall der aufständischen Gruppe „Leuchtender Pfad". Militär und Regierung allerdings streiten das Massaker bis heute ab, trotz eindeutiger Zeugenaussagen von dem Staatsanwalt. Am gleichen Tag, als das Massaker von Cayara bekannt wurde, am 18. Mai 1988, wurde ca. 100 km nördlich von Ayacucho, im Ort Churcampa, Provinzhauptstadt im Department Huancavelica, Frau Sonia Muñoz Vega de Yangali, um drei Uhr früh aus ihrem Haus entführt. Frau Muñoz hat bereits 1983 ihren Ehemann Fortunata Yangali, Lehrer in Churcampa, und zwei weitere Familienangehörige verloren, die das Militär „verschwinden" ließ. Sie lebte mit ihren vier Kindern in Churcampa, wo sie einen kleinen Laden betrieb und die Poststelle betreute. Am Morgen des 18. Mai überfiel eine Gruppe von ca. 15. Männern Frau Muñoz und ihre Kinder und verschleppte sie zunächst in die Militärbasis von Churampa. Unterwegs zogen sich die als Bauern verkleideten Entführer Militäruniformen an. Bereits schwer mißhandelt wurde Frau Muñoz anschließend in die ca. 2 Stunden entfernte Kaserne von Huanta (Department Ayacucho) gebracht. Dort wurde sie von ca. 7 h morgens bis 17 h gefoltert, u.a. durch Aufhängen und Elektrizität. Das „Verhör" führten drei Offiziere in ihrem Büro durch, wobei sie währenddessen auch Untergebenen Anweisungen für weitere Aktionen gaben. Unter anderem sollten Soldaten als Angehörige des Leuchtenden Pfads verkleidet in die Dörfer gehen, dort um der Glaubwürdigkeit der Aktion willen einzelne Bewohner töten und die übrigen, unter Druck, zur Mitarbeit beim Leuchtenden Pfad bewegen. Anschließend sollte dann das Heer kommen und alle „Kollaborateure" der Aufständischen töten. All dies hörte Frau Muñoz offensichtlich nur, weil ihr Tod beschlossene Sache war.

Am Abend wurde sie von den folternden Offizieren in einem Militärfahrzeug zurück Richtung Churcampa gebracht. Unterwegs ließ man sie aussteigen, knebelte und verband sie erneut, dann mußte sie niederknien und erhielt zwei Schüsse in den Kopf und einen in die Brust. Durch ein von den Ärzten nicht erklärbares Wunder überlebte sie ihre „Ermordung". Nachdem die Militärs die Spuren verwischt hatten, ließen sie sie liegen, in der Überzeugung, Frau Muñoz getötet zu haben. In einer mehrtägigen Odyssee schleppte sich Frau Muñoz zurück nach Churcampa und von dort gelangte sie nach Lima, wo sie erstmals zwei Wochen nach dem Mordversucht fachärztliche Behandlung erhielt. Bei der Röntgenaufnahme wurden die Kugeln festgestellt. Frau Muñoz ist inzwischen operiert und gesundheitlich nahezu wiederhergestellt.

Auch ihre Kinder und eine weitere Angehörige, die auf einer Todesliste der Militärs stand, sind nach Lima in vorläufige Sicherheit gebracht worden. Inzwischen wurde beim Generalstaatsanwalt (Fiscal de la nación) Anzeige erstattet. Frau Muñoz hat umfassend und in allen Einzelheiten ausgesagt. Damit ist erstmals durch ein eindeutiges Zeugnis in allen Details nachgewiesen, daß das Militär mordet. Außerdem macht Frau Muñoz sehr glaubwürdige Angaben über die in ihrer Gegenwart ergangenen Anweisungen an Heeresangehörige, Verbrechen im Namen des Sendero Luminoso zu begehen. In ihrem eigenen Fall geschah im übrigen das gleiche. In ihrem geplünderten Haus hinterließ man ein Schild mit der Aufschrift „So sterben die Verräter", ein gleichartiges Schild wurde nach ihrer Erschießung auf ihren Körper gelegt und mit einem Feldstein befestigt.

Obgleich wenig Zweifel bestehen, daß der Leuchtende Pfad selbst auf die gleiche Weise Personen umgebracht hat, gebietet der vorliegende Fall, jede scheinbar einwandfrei den Aufständischen zuzurechnende Ermordung genau zu prüfen, da niemand weiß,wieviele gleichartige Fälle bisher schon praktiziert wurden. Zahlreiche Aussagen über von Militärs verübte und den Aufständischen zur Last gelegte Verbrechen gewinnen durch die Aussagen von Frau Muñoz Gewicht.



Die Menschenrechtsorganisation SERPAJ (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit), die wesentlich an der Betreuung von Frau Muñoz und der Aufklärung des Falles beteiligt ist, fragt unter Bezug auf ihre Aussagen: „Lug und Betrug scheinen die wesentlichen Merkmale dieses schmutzigen Krieges zu sein; ist das Gewissen des Staates so schlecht, der Glauben der Vertreter von Recht und Ordnung in ihre Sache so gering, daß sie zu ihren Taten nicht mehr stehen mögen? Hat man endgültig den Versuch aufgegeben, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen?"

SERPAJ und alle in der Koordination der Menschenrechtsgruppen Perus zusammengeschlossenen Organisationen machen die Staatsanwaltschaft und das Verteidigungsministerium für das Leben von Frau Muñoz und ihrer Familie, die sich derzeit an einem unbekannten Ort in Lima aufhalten, verantwortlich. Es steht zu befürchten, daß die kriminelle Energie, mit der die Ermordung von Frau Muñoz geplant wurde, noch nicht erschöpft ist. SERPAJ appelliert deshalb an die internationalen Organisationen und alle für die Menschenrechte engagierten Menschen, Briefe und Telegramme an den Fiscal de la Nación mit der Bitte um Garantien für das Leben von Frau Muñoz sowie mit der Forderung um rückhaltlose Aufklärung dieses Verbrechens zu schicken.

uu

Zur Unterstützung von Sonia Muñoz bittet Terre Des Femmes Briefe mit der Forderung einer sofortigen Aufklärung des Falles an:

Sr. Dr. Hugo Denegri
Fiscal de la Nacion
Edificio 'La Torre del Centro Civico'
Lima 1, PERU

und einer Kopie an die Menschenrechtsorganisation Serpaj zu schicken:

Esteban Cuya
Serpaj Peru
apdo. 5602
Lima 100, PERU

Kurz belichtet

Zwentendorf in Mexico

Ende Juli '88 wurde in der Tagespresse die Notiz veröffentlicht, daß die mexikanische Regierung die Inbetriebnahme (Kernbeladung) des ersten, fertiggestellten 'Atommeilers' verschiebt. Diese Entscheidung um das Atomkraftwerk „Laguna Verde" steht im Zusammenhang mit dem mexikanischen Wahldebakel (-betrug?). Der Widerstand in der Bevölkerung gegen den 6 Mrd. DM teuren 650 Megawatt Reaktor von General Electric (GE) zieht sich quer durch alle Schichten Mexicos. So kamen zehntausend Teilnehmer im April letzten Jahres zur Demonstration auf den Bauplatz und fünfzehntausend nahmen Anfang des Jahres an der zweitägigen Verkehrsblockade auf der Bundesstraße nach Veracruz teil.

Zentrum des Widerstandes ist die Provinz Veracruz, in der das AKW errichtet wurde — und die gleichnamige Provinzhauptstadt. Die Bevölkerung hat sich dementsprechend breit organisiert. Das politische Spektrum reicht von der trotzkistischen Revolutionären Arbeiter-Partei (PRT) über eine Vereinigung von 50 ökologischen Gruppen bis zu Initiativen wie „Mütter gegen das Projekt". Ihre Widerstandsformen sind mit den Jahren phantasiereicher geworden und der von ihnen erworbene Sachverstand begrenzt selbst bei der konservativen Presse und anderen Atomkraftwerks-Befürwortern die Unterstützung für das Projekt. Nach Einschätzung der mexikanischen Anti-AKW-Bewegung, — die damit zu einem anderen Ergebnis als die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) im September '87 kommt, bleibt die Inbetriebnahme „das Interesse einer korrupten Minorität, die an Staat und General Electric verdienen, gegen die große Mehrheit des mexikanischen Volkes." Gründe für den Widerstand sind dabei nicht zuletzt Tschernobyl oder die Erfahrungen mit dem Siedewasser-Reaktor von Three-Miles-Island, dem gleichen Reaktortyp wie in 'Laguna Verde'.

Unterstützt wird die Anti-AKW-Bewegung dabei durch die im letzten Jahr an die Öffentlichkeit gekommene betriebsinterne Studie von General Electric (GE) aus dem Jahre '75, dem „Red Report", der den GE-Komponenten hohe Material- und Konstruktionsfehler bescheinigt. Das bedeutet zusätzliche Investitionen im Sicherheits- und Betriebssystem. Weitere Zweifel folgen aus den Erfahrungen mit dem Erdbeben im Sommer '85, bei dem es durch Bau- und Bestechungsskandale, Schlamperei und Verantwortungslosigkeit viele unnötige Tote und Verletzte gab. Da sich vom AKW nicht ganz 16 km entfernt ein noch tätiger Vulkan befindet, zeigt, wie rücksichtslos der Bau gegen Mensch und Natur durchgesetzt worden ist.

Die Entscheidung für das mexikanische Atomprogramm wurde Mitte der 60er Jahre getroffen und schließlich 10 Jahre später mit dem Baubeginn in der 'Laguna Verde', am Golf von Mexiko, von zwei Siedewasser-Reaktoren umgesetzt. Die Pläne und Argumente für den Aufbau einer Atomindustrie entsprachen denjenigen von Argentinien oder Brasilien. Hinter diesen Plänen standen, hier wie dort, Technokraten und transnationale Konzerne. Die einen glaubten an die Modernisierung, die anderen hielten nach Profiten und Märkten Ausschau, die ihnen in den Zentren verloren gingen. Die Erfahrungen der drei lateinamerikanischen Staaten mit der Umsetzung der Programme sind sehr ähnlich. So wurde in Mexiko 1976 mit vier Jahren Bauzeit gerechnet, und heute, nach 12 Jahren, steht vom zweiten Reaktor weit weniger als die Hälfte. Ebenso verhält es sich mit dem Baupreis für das AKW. Durch die unvermeidliche technologische Abhängigkeit, in diesem Falle von den USA, stiegen die Kosten von 550 Mio. Dollar auf heute über 3,5 Mrd. Dollar an.

Dieser Preis ist wiederum für die Befürworter Grund genug, das Projekt endlich zu Ende zu bringen. Ein weiteres Argument sind die Facharbeiter, Ingenieure und Techniker, die auf ihren Einsatz warten. Sie wurden an Simulationsanlagen im In- und Ausland kostspielig ausgebildet und teuer bezahlt, damit solche „Zukunftsprojekte" wirklich Schrittmacher für Mexikos 'Entwicklung' sind.

Dagegen blieb die Tatsache, daß dieses „Monstrum" aus der 'Laguna Verde' für 20% der mexikanischen Bevölkerung keiner Nutzen hat, weil sie gegenwärtig nicht an das Stromnetz angeschlossen sind, von den Atom-Befürwortern unbeachtet.

Die politische Machbarkeit des Projekts an der zu zweifeln die Befürworter bislang keinen Grund sahen, ist dem mexikanischen Erdbeben und der Reaktorexplosion in Tschernobyl immer mehr in Frage zu stellen. Außerdem zeigten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen der PRI (Partido Revolutionario institutional), daß ihr innenpolitischer Spielraum verlorengegangen ist. Die Breite der Anti-AKW-Bewegung und ihr Sachverstand, mit dem die Atom-Lobby immer mehr Schwierigkeiten bekommt, zwingen die politischen Kräfte in der bestehenden mexikanischen Regierung, mit einem endgültigen Beschluß sehr vorsichtig umzugehen. Dies bedeutet, die Entscheidung für eine Inbetriebnahme ersteinmal zu verschieben. Die mexikanische Situation wäre reif für ein zweites Zwentendorf, zumindest für eine Volksabstimmung um das AKW in der 'Laguna Verde'. Eine Möglichkeit mit der die Regierenden ihre Hände reinwaschen könnten, wobei dabei offen bliebe, zu welcher Mobilisierung die Atom-GegnerInnen in der Lage sind.

gerd

Deutsche Geheimdienste verfolgen Kurden

Bundesinnenminister Zimmermann hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen den türkischen und westdeutschen Geheimdiensten vorgelegt. So sollen die Abhör- und Beschattungspraktiken der MIT, dem türkischen Geheimdienst, und die Übermittlung von personenbezogenen Informationen aus dem Ausländerzentralregister an das türkische Regime legalisiert werden, wenn es nachweist, daß seine „Sicherheitsinteressen" durch politische Oppositionelle gefährdet sind. Damit beteiligt sich die Bundesregierung an der Verfolgung der türkischen Opposition in der BRD. Vor allem die 400.000 in der BRD lebenden Kurden sind die Opfer der MIT. Sie werden als politische Oppositionelle bespitzelt, eingeschüchtert und verfolgt. Die Bundesregierung fördert diese Aktivitäten, weil die Kurden so „unter Kontrolle" gehalten werden können.

Die Organisationen der antifaschistischen Plattform haben in einer Informationsbroschüre die Zusammenarbeit zwischen dem türkischen und dem deutschen Geheimdienst aufgearbeitet.

In der Broschüre werden viele Beispiele angeführt, wie die Zusammenarbeit abläuft: Datenabruf aus dem Ausländerzentralregister, Gesinnungsschnüffelei bei Asylverfahren und Repressalien bei politischer Betätigung, die auch ganz untersagt werden kann.

Die Broschüre kann bestellt werden bei:
GNN-Verlag
Zülpicher Str. 7
Postfach 260 226
5000 Köln 1 Preis 1,- DM

Schulstreik in Namibia

Ende Juli wurde ein dreimonatiger Schulstreik beendet, an dem 20—40.000 Schüler von 35 Schulen beteiligt waren. Der Boykott richtete sich konkret gegen die Einrichtung südafrikanischer Militär- und Polizeistützpunkte in unmittelbarer Nähe von Schulen, da diese als Schutzschild gegen PLAN (People's Liberation-Army of Namibia)-Kämpfer mißbraucht wurden; bei Feuergefechten wurden wiederholt Schüler, z.T. tödlich verletzt. Als Ausdruck des Unmuts gegen die südafrikanische Besatzung und gegen Mißstände an den einzelnen Schulen verbreiteten sich die Unruhen „lawinenartig" (The Namibian), dabei kam es auch zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Die SWAPO und der Namibische Gewerkschaftsdachverbank NUNW unterstützten die Aktionen uneingeschränkt. Letzterer rief zum Generalstreik am 20. und 21. Juni auf, der von 60.000 Arbeitern befolgt wurde. (Die Gesamtbevölkerung Namibias beträgt 1,2 Mio.). Es war der erste landesweite Streik seit 1971. „Solidarität mit den Schülern" und „Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia", waren die Parolen des Aufstands.

Nach drei Monaten wurde der Schülerstreik ausgesetzt. Auch wenn die konkreten Forderungen nicht erfüllt wurden, ist das Ausmaß der Bewegung und vor allem die Mobilisierung der Gewerkschaften bemerkenswert.

Die Unruhen führten auch dazu, daß Tausende von SchülerInnen nach Angola flüchteten, aus Angst vor Übergriffen von Polizei und Militär und auch als Ausdruck der Hinwendung zur SWAPO. Die Schüler werden zunächst aus den südlichen Kriegsprovinzen Angolas nach Luanda geflogen, um dort auf verschiedene SWAPO-Schulen in zehn afrikanischen Staaten und Kuba verteilt zu werden. Diese Schulen stellen einen wichtigen Teil der Vorbereitungen der SWAPO auf die Unabhängigkeit Namibias dar.

Information: terre des hommes

Namibia-Projekt: Erziehung zur Befreiung

In dem jüngst in Bremen vorgestellten Projekt arbeiten das UN-Institute for Namibia (Lusake), die SWAPO und das 'Center for African Studies' der Universität Bremen zusammen. Das Ziel des Projekts ist es, unter dem Leitgedanken der Erziehung zur Befreiung in enger Zusammenarbeit zwischen namibischen und europäischen Wissenschaftlern und PädagoInnen Unterrichtsmaterialien für die Schulen in den Flüchtlingslagern in Angola und Sambia zu erstellen. Die im Rahmen des Projekts erarbeiteten Materialien zu Geschichte und Landeskunde Namibias sollen nach der Unabhängigkeit die Schulbücher der südafrikanischen Kolonialherren ersetzen.

Für den deutschsprachigen Raum wurde mit „Ein Land — Eine Zukunft — Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit" eine bisher einmalige Sammlung von Aufsätzen, Quellen und literarischen Texten zu Namibia herausgegeben. Die AutorInnen sind vorwiegend NamibierInnen und wenden sich an Deutsche. Sie legen Zeugnis ab von dem Bemühen der namibischen Bevölkerung zur „Rekonstruktion der Zukunft" ihres Landes und verleihen der gemeinsamen Hoffnung vielfältigen Ausdruck. Selbst im Prozeß interkulturellen Lernens entstanden, kann dieses Buch beitragen zur Entkolonialisierung unseres Namibia-Bildes.

Ebenfalls für den Gebrauch in der Bildungs- und Solidaritätsarbeit wurde von der Tonbild-Serie „One Namibia — One Nation" eine deutschsprachige Fassung hergestellt.

N. Mbumba/H. Patemann/U. Katjivena, „Ein Land, eine Zukunft, Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit", Peter Hammer Verlag, 512 S., DM 34,-

Blätter zensiert

Mit folgender Begründung erhielt ein Inhaftierter eines bundesdeutschen Hochsicherheitstrakts nur ein sehr dünnes Heft der 'blätter Nr. 151': „Sein Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Ordnung der Anstalt. Einzelheiten der Begründung: die Seiten 19—36 der o.a. Zeitschrift werden von der Aushändigung ausgeschlossen. Beginnend mit dem Artikel 'Eine Mordmaschine läßt sich nur bekämpfen' sind Darstellungen enthalten, die als Kampfaufrufe gegen die staatliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und als Aufforderung zur Gewaltanwendung gegen staatliche Organe zu deuten sind. 22.8.88. Der Anstaltsleiter".

Leserbeiträge zum Antisemitismusstreit

Auschwitz, ein deutscher Familienkrach

Eine Anti-Kritik

Nichts, auch nicht ein materielles Unrecht, bringt einen deutschen Linken mehr auf die Palme als der leiseste Schatten des Verdachts, es werde mit zweierlei Maß gemessen. Die Vermutung, für den „Zionismus" würden Ausnahmen gemacht, Privilegien geschaffen und Extrawürste gebraten, die noch nicht einmal „dem Juden als Menschen" zustehen, erregt seinen natürlichen Sinn für die Gerechtigkeit. Das ausgerechnet Israel seitens der Weltöffentlichkeit die Scheußlichkeiten nachgesehen werden, die ein geordnetes Gemeinwesen eben so mit sich bringt, das stimuliert sein Rechtsempfinden.

Nichts bringt einen Linken daher hierzulande mehr in Rage als der Eindruck, man glaube ihm nicht schon aufs bloße Wort hin, die Ahnung also, seiner Kritik würden einfach schon deshalb besondere Maßstäbe angelegt, weil er ein Deutscher ist. Mit einer Zwangsläufigkeit jedoch, die sich mit der Gewalt eines Naturgesetzes hinter dem Rücken des ehrlichen Maklers durchzusetzen scheint, schlägt der empörte Versuch, dieser Zumutung sich zu erwehren und den Einwand geltend zu machen, dafür könne man schließlich und erstens nichts, weil man sich seine Eltern eben nicht aussuchen kann, und zweitens und überhaupt schon gar nichts, weil man mittlerweile den Laufstall gegen den Klassenkampf eingetauscht hat, mit erschreckender Regelmäßigkeit in das beleidigte Bekenntnis um, man könne auch nichts dagegen.

Daher mischt sich in den Protest gegen die Befürchtung, den Israelis werde gestattet, gleicher als gleich zu sein, die klammheimliche Genugtuung über den daraus zu ziehenden dialektischen Umkehrschluß, man müsse schon wirklich etwas ganz besonderes darstellen, wenn man derart diskriminiert wird. Es ist eben dieser falsche Zungenschlag, der seinem Engagement fürs Prinzipielle die überschnappende Schärfe gibt.

Am Beispiel des Artikels **„Antizionismus = Antisemitismus? Bemerkungen zum Flugblatt der ISF"**, den Jü.We. im Heft 150 der „blätter des iz3w" veröffentlicht hat, läßt sich dieser Doppelcharakter, der einerseits links sein will und andererseits eine Heimat hat, studieren. Denn gelegentlich der nicht eben neuen und gar nicht originellen Behauptung, noch nicht einmal der revolutionäre Nationalismus könne in Deutschland in letzter Instanz ohne antisemitischen Jargon geistig haushalten, hat er die Witterung des Privilegs aufgenommen. Zu Fahndungszwecken setzt er sich in aller Unschuld eine Binde auf und meint, das mache ihn zu Justitia.

In dieser Rolle macht ihn weniger der wirklich erhobene Vorwurf nervös als vielmehr der Gedanke, daß, wenn zwei das Gleiche tun, dies noch lange nicht dasselbe sein muß. „Vielleicht", so meint er, „ist es der ISF noch gar nicht aufgefallen: Aber es gibt kein Recht auf Besatzung. Besatzung ist Unrecht, ob sie nun israelisch, deutsch, französisch oder wie immer auch heißt."

Dieser absolute Rechtsstandpunkt hat für Jü.We. den Vorteil, etwa die Okkupation Polens, der halben Sowjetunion und eines Gutteils vom Rest der Welt durch Nazi-Deutschland genau so vorbehaltlos und entschieden verurteilen zu können wie die Besetzung ganz Palästinas durch Israel. Was aber vom Standpunkt des Rechts gleichermaßen unrecht ist und daher verfolgt gehört, das muß auch wirklich das genau gleiche Unrecht sein. Damit hat sich das schöne Prinzip den von Jü.We. beredt beschwiegenen Nachteil eingehandelt, die Besatzung Nazi-Deutschlands durch die Anti-Hitler-Koalition als blankes Unrecht zu entlarven. So gesehen, mögen die Allierten allerhand gute Gründe für ihr Vorgehen gehabt haben, waren aber im Unrecht. Mit dem Dogma vom unteilbaren Recht hat Jü.We. es dahin gebracht, der roten Armee anzukreiden, daß sie den Nazis nicht lange mit rechtsphilosophischen Argumenten gekommen ist, sondern gleich mit Stalin-Orgeln.

Mit dem Recht kommt man also nicht allzuweit, allemal aber ans Ziel Jü.We.'s. Obwohl es auf der Hand liegt, daß Jü.We. von den deutschnationalen Konsequenzen seines Prinzips nichts wissen will, — so wendet er sie doch ganz spontan schon im nächsten Schritt an. Weil in Jü.We.'s Vorstellung das Recht das Allgemeine ist, darum muß im Gegenzug die Geschichte etwas Besonderes und überhaupt eine ziemlich relative Angelegenheit sein. Der **Idealismus des Rechts** kippt, so abrupt wie konsequent, in sein genaues Gegenteil um und erscheint als **Relativismus der Geschichte**, den We., weil es jetzt zur Sache geht, für einen Materialismus hält.

Diese materialistische Seele des Doppelcharakters hält dafür, daß „das Besondere der palästinensischen Geschichte ja nicht Antisemitismus oder Holocaust heißt". Auf einmal dürfen Maßstäbe, die nicht im Lebensraum verwurzelt sind, die ihm aufgepfropft wurden, allein schon deshalb nicht benutzt werden, weil, was dem einen sein Deutschlandlied, dem anderen die Internationale ist. Weil das ganz „Besondere" vielmehr die „Negation palästinensischer Existenz überhaupt" darstellt, könne die Frage allein vom Standpunkt des „Rechts des palästinensischen Volkes" beantwortet werden. Der Doppelcharakter potenziert sich: Wie es zwei verschiedene Rechte gibt das ganz allgemeine und das ganz konkrete, völkische, so gibt es auch zwei ganz verschiedene Geschichten, die einander noch nicht einmal von Ferne bekannt sein sollen. Und wie die Geschichte sich in Lokalhistörchen verliert, so spaltet sich das Subjekt des Rechts in erstens den Menschen überhaupt und in zweitens das Volk.

Wessen historisch „Besonderes" ist nun aber der sogenannte Holocaust, wer ist für ihn zuständig? Und wer hat daher das Recht darauf, ihn zu „bewältigen"? Offenkundig allein derjenige, der entweder den abstrakten Rechts- oder den konkreten Volksstandpunkt bezieht. Oder anders: Nur der, dem die außerordentliche Gnade zuteil wird, dieser Alternative dadurch zu entfliehen, daß er einem ganz besonderen Volk angehört, dessen Qualität es ist, nicht Recht zu haben, sondern im Recht zu sein. Zwar attestiert Jü.We. den Juden, irgendwie ein Mittelding zwischen vielen Menschen und einem Volk zu sein, aber die Vermittlung, aus der das Recht auf „Bewältigung" folgen würde, stellen sie nicht dar. Nein, vielmehr bilden die Juden eine obskure „Völkergemeinschaft", eine zwielichtige Zusammenrottung von Menschen, die schon deshalb nicht Schiedsrichter in eigener Sache sein kann, weil sie trotz Auschwitz die Lektion nicht lernen will, daß es einer bloßen „Völkergemeinschaft" nicht zusteht, ein ganzes „Volk" zu unterdrücken und über die man sich deshalb als aufrechter deutscher Linker einfach nur wundern kann. Es versteht sich daher, daß die Juden ihre Geschichte gar nichts angeht, „bestenfalls (!) noch ein psychologisches Trauma" darstellt, und daher in ihren Händen nur zur zionistischen Propaganda taugt.

Vom Zweifel darüber eingegeben, ob man mit der Sprache schon heraus kann, läßt die verdruckste Rede von der „Völkergemeinschaft" augenzwinkenerd doch durchblicken, was gemeint ist: Die Juden sind die Faschisten von heute. Und weil in genauem Gegensatz dazu die Deutschen aus Auschwitz gelernt haben, daß die Volksgemeinschaft nichts bringt, haben diese sich als Musterschüler nicht nur das Recht erworben, Auschwitz als ihre ganz besondere Angelegenheit zu betrachten, sondern auch das daraus abzuleitende, im Kampf einer „Völkergemeinschaft" gegen ein „Volk" die Rolle des unparteiischen Dritten einzunehmen.

Auschwitz ist also eine Angelegenheit, in die sich ein deutscher Linker von den Juden nicht dreinzureden lassen braucht; weder von den „Juden als Menschen" noch vom Staate Israel, der unsere „Schuldgefühle" geschickt zu nutzen weiß und unter anderem mittels der ISF, versucht, „anderen seine Komplexe aufzuhängen". (suggeriert Jü.We.)

Er ist der eigentlich Leidtragende, der zum Dank für seinen antifaschistischen Eifer noch die SA vorgehalten kriegt und sich deshalb zum Beweis des Gegenteils von den Heiner Geißler und Ernst Nolte einen Begriff von Faschismus vorgeben läßt, über den man derart gut streiten kann, daß man sich im Laufe der Zeit immer näher kommt: Auschwitz, ein deutscher Familienkrach.

Denn so definitiv kann es in den Lagern schon deshalb nicht hergegangen sein, weil die Opfer zu Tätern wurden und folglich überlebt haben.

Weil der deutsche Linke ein Familientier geblieben ist, kann er sich die Geschichte nur als permanenten Rollentausch beim Piesacken und Gesticheltwerden vorstellen, indem mal der eine die Rolle des Opfers, mal die Andere den Part des Henkers gibt. Wie unter Brüdern nichts unverzeihlich ist, so ist in diesem Ohnesorg-Theater auch nichts unwiderbringlich und endgültig. Egal was passiert: Mag einmal die Hand aus den falschen Gründen zu locker gesessen haben, den Richtigen traf es allemal. So legt sich Jü.We. den Gedanken nahe, am Beispiel von Juden und Deutschen, von Israelis und Palästinensern lasse sich illustrieren, „daß aus früheren Unterdrückten Unterdrücker und Henker geworden sind". Überhaupt ließe sich, suggeriert Jü.We., anhand israelischer Staatsgründungsterroristen à la Begin die These beweisen, daß die Nazis z.t. den richtigen Leuten, wenn auch aus den falschen Gründen, den Garaus bereitet haben. An diesem Punkt angelangt, erreicht die deutsche Dialektik ihre Höchstform: An der Volksgemeinschaft kann nicht alles falsch gewesen sein, wenn es wenigsten einen der Zionisten erwischt hat, „die ja nicht erst seit heute wahre (!) Terroristen, Unterdrücker, Rassisten sind".

Der „Mut den Israelis gegenüber", den Jü.We. der ISF als Manko vorhält, hat seine Feuertaufe in dem Moment bestanden, in dem es zur internationalistischen Pflicht gehört, mit bestem Wissen und Gewissen in antisemitischem Jargon sich deshalb zu üben, weil er endlich, qua „Zionismus", seine sachliche Berechtigung gefunden habe. Die gelungene — weil vorab schon entschiedene — „Negation der Negation" des Schuldgefühls beweist sich in der Unvoreingenommenheit, mit der auch den Nazis einmal recht gegeben werden darf. In dieser Logik, an deren Resultaten Jü.We. noch zu knabbern hat, liegt es, wenn es die freiburger Nahostgruppe in einem Flugblatt beklagt, es sei so schwierig, gegen den Zionismus zu agitieren, „weil dieser Begriff heute auch von neonazistischen Gruppen als Synonym für Antisemitismus mißbraucht wird."

Und in dieser Logik liegt es auch einem Kritker der „elitären Arroganz“ zu bezichtigen und die Verbalinjurie schon für ein Argument zu halten. Die Wiedervereinigung der Linken mit ihrer Nation vollzieht sich in dem Maße, indem sie ihren „Judenknacks“ (Dieter Kunzelmann) therapiert, sich den Vorwurf, 'abgehoben' zu sein zu eigen macht und überhaupt langsam begreift, daß sich auch ein Mensch mit prinzipiellen Ansprüchen im Alltagsleben nach der Decke zu strecken hat. Wird die Vorstellung, Auschwitz sei ein besonders rabiater Fall von Gewalt in der Ehe, zum Vorurteil, dann kann der Kritiker nur ein Nörgler und Meckerer sein, einer, dem nichts gut genug ist. Wer sich für etwas Besseres hält, der demonstriert schlagend wie wenig es ihm um die Wahrheit, zu tun ist und vielmehr um die Befriedigung seiner Selbstsucht. Wer schon aus der Reihe tanzen muß und als fürs Kollektiv „unnützer Esser“, (Nahostgruppe), straflos bleiben will, der hat mindestens die Klappe zu halten.

Am Ende seiner Bemühungen um das Recht im Allgemeinen und die Geschichten im Besonderen findet der linke Doppelcharakter seinen Frieden in der naheliegenden Erkenntnis, daß, wer nicht mitmacht, auch nicht mitreden darf, und daß er selbst als Ausnahme die Regel zu unterschreiben hat, der er die Möglichkeit seines Widerspruchs, d.h. seine Existenz, verdankt. Zwanzig Jahre nach der Studentenbewegung fühlt er sich so als Spätheimkehrer und stellt dem Gegner von damals die Expertise aus, es sei auch zu seinem eigenen Besten gewesen, jene elitäre Arroganz abdressiert zu bekommen.

Freilich, der Gewinn, den er aus seinen Umwegen nach Hause bringt, ist auch für die Nation nicht zu unterschätzen. Haben die Bemühungen um die Vermittlung von Idealismus und Materialismus doch ergeben, daß die Rolle des auserwählten Volkes, denjenigen gebührt, die der Wahrheit so restlos anhängen, daß sie noch am Antisemitismus etwas dialektisch Aufhebbares finden können. Da man mit einem linken Deutschen über alles reden darf, springt im Gegenzug das Zertifikat heraus, es müsse am Gesagten auch etwas dran sein, mindest ein Ansatz, wie z.B. der, die feinsinnige Unterscheidung zwischen dem „Zionismus als Weltanschauung“ und dem „Juden als Menschen“, die vor Auschwitz zum Programm des revolutionären Marxismus gehörte, sei danach für linke Deutsche noch möglich.

Wie perfide und nützlich zugleich die Unterscheidung von „Zionist“ und „Jude“ ist, zeigt Jü.We.'s Pointe. Sie besteht darin, daß seine Ausführungen über Recht und Geschichte in der Anklage münden, man habe „das berechtigte Recht der Juden auf eine Heimstatt“ unter dem Druck israelischer Propaganda mit „diesem zionistischen Gebilde“ einfach gleichgesetzt. Der Idealismus des absoluten Rechts erweist sich als die bloße Spiegelfechterei, die nötig war, um im Durchgang durch allerhand subtil Deutsches endlich den Begriff des **berechtigten Rechts** zu zeugen.

Vielleicht aber verhielt es sich mit Israel doch so, daß die Juden genug davon hatten, die Entscheidung darüber, welches ihrer Rechte als ein „berechtigtes Recht“ gelten darf, vom Wohlwollen anderer und insbesondere vom Vertrauen in die Rechtsfindung deutscher Linker abhängig zu machen. Denn mit der linken Vorstellung vom Recht scheint es heute gerade soweit her zu sein wie 1933 mit ihrer Macht, diesem Recht auch zur Geltung zu verhelfen. Ein Mißtrauen, das um so gerechtfertigter ist, als sich die Linke im antiimperialistischen Kampf gegen die Fremdherrschaft noch im Nachhinein auf den Standpunkt der arabischen Staaten zum UN-Teilungsbeschluß stellt, der in einem Atemzug das „allgemeine Recht“ der Juden akzeptierte und doch zugleich mittels seiner Armeen ihnen die Frage zu bedenken gab, warum es denn ausgerechnet hier sein müsse.

Die Juden hatten kein Recht darauf, in Deutschland zu leben, weil es kein Unrecht sein kann und kein Rechtsverstoß zu atmen, was ja irgendwo geschehen muß und darum überall geschehen kann. Aber die deutsche Linke behandelt Auschwitz als Rechtsfrage und kommt daher zu dem Schluß, daß sich das Recht aus dem Boden, der Tatsache also, der Erste gewesen zu sein, ableitet. Nichts anderes drückt die Phrase vom **berechtigten Recht** aus und genau aus diesem Grund schreit diese Linke Alarm, wenn einmal eine Ausnahme von der Regel gemacht wird: Wenn die Palästinenser sich nicht als die besseren linken Deutschen erweisen würden, dann wäre es wieder einmal vorbei mit dem Recht auf Scholle und Heimat. Zum Glück hat der palästinensische Aufstand Wichtigeres zu tun, als deutsche Rechtsbegriffe zu beweisen.

Im Übrigen sind wir leider erst heute der Meinung, der Jean Améry schon 1969 war, als er schrieb: „Der Antisemitismus (ist) im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus enthalten wie das Gewitter in der Wolke. (...) Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstreinigung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießer-Stammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur...“ (Jean Améry, „Widersprüche“, 1972, S. 244)

Initiative Sozialistisches Forum, Freiburg

Betr.: Leserbrief der ISF, Nr. 152, „Auschwitz, ein deutscher Familienkrach“

Liebe Familienfreunde des MAT-TOR-IALISMUS! Ich würde gerne erlauchtes Mitglied eures Zirkels werden. Mir gefällt euer Höherer Blöd-Sinn. Ich bin nur bange, daß ihr REAL nicht existiert.

Mit familiären Grüßen
JÜ. WE.

Betr. Antisemitismusstreit, Nr. 150, Juni 88

Daß die „blätter“ mehr Leserbriefe verdient haben, ist die eine Sache. Daß Ihr dafür aber einen derartigen Niveauverlust Eurer Zeitschrift in Kauf nehmt, macht mich zutiefst betroffen. Hat die geistig und moralische „Wende“ jetzt auch die „blätter“-Redaktion eingeholt?

Sicher habe auch ich mich häufig über vereinzelte verbale Entgleisungen einiger Antizionisten und besonders über den inflationären Gebrauch des Begriffs „Faschismus“ geärgert, eine gefährliche Verharmlosung der Nazi-Verbrechen und obendrein eine politische Dummheit, die auch und gerade im Bezug auf den Nahostkonflikt viel Schaden anrichtet.

Aber dieser eklektische Brei aus bürgerlichen Psychologismen, Unterstellungen, Verdrehungen, wüst zusammengesuchten, teilweise 15–20 Jahre alten Zitaten, zusammengerührt mit nationaler Identitätsphilosophie und „Blut und Boden“ – Gelaber zur Vermischung von antiimperialistischen und faschistischen Gedanken, ist schon eine arge Zumutung.

Die wesentliche Grundaussage liegt in der konstruierten Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus. „Deutsche“, so diese Logik, kritisieren Israel aus „unersättlicher Gier nach jüdischen Untaten“. Das Argumentationsmuster ist altbekannt und in einschlägigen Yuppie-Organen wie taz, Pflasterstrand usw. immer dann nachzulesen, wenn der Staat Israel durch Invasionen, Besatzungs- und Unterdrückungspolitik in die öffentliche Kritik gerät. Ebendies und praktische Palästina-Solidarität zu verhindern, ist der Sinn der Übung.

Tatsächlich sind Antisemitismus und Palästina-Solidarität per se unvereinbar. Der Zionismus dagegen braucht den Antisemitismus als einziges Argument für die Legitimität eines rassistischen Staatsgebildes, das Menschen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu anderen Religionen unterdrückt, verfolgt und in jeder Hinsicht diskriminiert.

Hier liegt der Grund für die enge Verbundenheit von Zionismus und Antisemitismus. Hier ist das Interesse begründet, Antisemitismus, auch wo er überhaupt nicht oder nur in verschwindend geringen Ausnahmen vorhanden ist (Palästina-Solidarität), notfalls auch mithilfe drittklassiger bürgerlicher Psychologen herbeizupsychologisieren.

Auch wenn es nicht gelingen wird, ein Klima der Denkverbote und des geistigen Duckmäusertums aufzubauen, wird die Auseinandersetzung doch zumindest eines bewirken: Die bundesdeutsche „Linke“ wird sich mal wieder mehr mit sich selbst beschäftigten und weniger mehr mit der internationalen Solidarität.

„Die Bundesdeutschen“, schreibt Felicia Langer aus Israel, „sind immer noch Sklaven der politischen Erpressung der Herrschenden in Israel. Diese instrumentalisieren auf schmutzige Art und Weise die Schuldgefühle der Deutschen. Sie instrumentalisieren den Holocaust, um zu stehlen, zu vergewaltigen und die Besatzung fortzusetzen. Ich appelliere an Euch: Laßt Euch von dem schmutzigen Spiel des israelischen Establishments nicht erpressen.“

Hermann Nanninga,
Nikolaikirchweg 37
2900 Oldenburg

Betr. Interview in Heft Nr. 150, Juni 88

Mit Entsetzen haben ich in Nr. 150 der blätter diese Überschrift zum Interview mit Leila Khaled PFLP gelesen: „Wir können nicht Tel-Aviv vor Nablus befreien“. Diese Losung arbeitet direkt in die Hände der Sharon, Shamir und Rabin, die den berechtigten Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten mit der Behauptung zu diskreditieren versuchen, daß er gegen die Existenz Israels gerichtet sei. - „Befreiung Tel-Aviv's?“ Diese Forderung entspricht wie ein Spiegelbild der israelischen Begriffsverkehrung, welche das okkupierte palästinensische Gebiet als „befreites Gebiet“ bezeichnet. – So also geht die Kettenreaktion des Chauvinismus: Die einen wollen das Land von Juden, die anderen von Arabern „befreien“...

Eine deutsche Linkszeitschrift sollte sich für die Entschärfung nationaler Konflikte einsetzen. Chauvinismus unter welcher Flagge, religiöser Fanatismus welcher Färbung auch immer zerstört die Arbeiterbewegung und die Kräfte für sozialen Fortschritt, für Menschenrechte und Demokratie – profitieren tut der internationale Waffenhandel. Das zeigte der Krieg der iranischen Kindermörder und der irakischen Giftgaskrieger. Der Bürger-, oder besser Bandenkrieg im Libanon zerstörte die Arbeiter- und Bauernbewegung. Der Chauvinismus in Israel führte zur chauvinistischen Degeneration der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften.

Chauvinismus gestern und heute ist ein Nährboden für Faschismus. Diese Tatsache sollten deutsche Sozialisten nicht vergessen.

Mit sozialistischen Grüßen
A.S. Davidsohn, Locarno

Leserbeiträge zur IWF-Kampagne

Betr.: Beiträge zur IWF-Kampagne, Nr. 151, August 88

Liebe GenossInnen der ADW,

ein Heft zur Kampagne mit diversen Positionen versehen ist eine gute und notwendige Sache. Euer Heft hat mich zu einem Diskussionsbeitrag gereizt. Zu drei Beiträgen möchte ich kommentierende, bzw. korrigierende Anmerkungen machen. Vorab: die Beiträge von M. Voregger und W. Treiber waren konstruktiv und solidarisch. Warum habt Ihr als Gruppe nicht auch einen Beitrag verfaßt?

Zuerst zu Max Hoelz' „Eine Mordmaschine läßt sich nur bekämpfen", der ja in seiner IWF-Analyse von D. Hartmanns Autonomie-Thesen abgekupfert ist. Es ist bedauerlich, daß einige autonome Genossen immer wieder den deutschen Faschismus als Hintergrund brauchen, um den Kapitalismus zu denunzieren. IWF und Weltbank sind nicht Mordmaschinen, weil sie möglicherweise von den Nazis vorgedacht wurden, sondern sie sind es schlicht als Instrumente gegenwärtiger, imperialistischer, weltmarktwirtschaftlicher Ausbeutung, die nicht notwendig faschistische Züge tragen muß. So gab es bereits vor 2000 Jahren ein – allerdings nicht kapitalistisch zu nennendes – Imperium, unter dessen Herrschaft der Genosse Jesus einst auf einer Münze das Konterfei des damaligen Oberimperialisten entdeckte und sagte: „Gebt dem Kaiser...". Eine Leitwährung gab es also auch schon.

Daß Autonome jetzt auch Marx lesen, diesen „Reformer", freut mich. Daß sie nach heftigen Erkenntnisschüben aber glauben sie seien die Einzigen... Oberlehrer Hoelz erklärt uns, daß wir das Privateigentum aufheben und den Kapitalismus „in seinem Wesen" verändern müssen, sonst können wir uns die Kampagne ganz sparen. Konkretere Vorschläge macht er leider keine. Stattdessen warnt er uns, das multinationale Kapital operiere jetzt „auch in Westeuropa" (!!!). Richtig stolz ist unser Max aber, daß „die Autonomen und Antiimperialistschen mittlerweile die einzigen Kräfte in der BRD" sind, „die darauf beharren, daß der IWF nicht reformierbar ist und unsere politische Arbeit sich auf die Organisierung des Widerstands und des Angriffs im Herzen der Bestie konzentrieren sollte". FALSCH, Max! Wenn ich die Geschichte und Diskussion der Internationalismusbewegung in der BRD in den letzten 10 Jahren betrachte (die Zeit davor ist mir nur aus Überliefertem bekannt), ja, wenn ich die Debatten im KA des BUKO ansehe (sieh mal an, sogar da), dann ist eines klar: die Autonomen sind die Letzten, die heute die Diskussionen führen, die in internationalistischen Zusammenhängen schon oft und intensiv geführt wurden – und werden. Sie sind also nicht „die Einzigen", sondern die Letzten, was die Debatte u.a. zu Weltmarkt, IWF etc. angeht.

Das ist an sich nichts Ungewöhnliches: radikale Inhalte werden weitergegeben und von anderen Leuten aufgegriffen. Nur das laute Geschrei dabei, und die Denunzierung von Genossen, die nicht das katholische Unfehlbarkeits-Schwarz tragen, als „Reformer", das paßt doch eher zu kleinbürgerlicher Sektiererei denn zu revolutionärem Bewußtsein.

Ein letztes zu Max. Er glaubt zu wissen, daß die „Reformer" in Berlin schwerpunktmäßig VOR der IWF-Tagung ihre Sachen abziehen werden, während die „Linksradikalen" (?) natürlich den Kongreß direkt angreifen, nicht wahr? Ich weiß nur, daß der BUKO zur gesamten Aktionswoche aufruft.

Diese Aktionswoche beginnt vor der IWF-Tagung, weil da bereits die eigentlichen politischen Treffen der Imperialistischen Figuren, die Treffen der G 7 und G 10 stattfinden. Da werden bereits alle Entscheidungen gefällt, die der IWF-Kongreß nur noch propagandistisch im Reigen der Vertreter aller Länder absegnen muß. Diesem Propagandatrick sind leider einige GenossInnen auf den Leim gegangen. Für sie war das Thema halt doch zu neu.

Ein Ärgernis ist auch der Beitrag der GenossInnen Rabe und Hanisch „Zerpflücken wir den Kongress". An die Soligruppen gerichtet, sagen sie ihnen nicht mal die halbe Wahrheit. So war es nicht der Koordinierungskreis Verschuldung (KoV) des BUKO, sondern dessen 11. Kongreß in Fulda, der die Anti-IWF-WB-Kampagne ausgerufen hat. (Wie kann ich eigentlich die Forderung nach Schuldenstreichung fälschlich als Alternative zu „Handlungsperspektiven/Verhinderung" denunzieren und gleichzeitig einen Arbeitszusammenhang „Verschuldungskreis", ein wahrlich radikaler Name, nennen?). So steht es auch im Artikel von M. Voreger auf der Seite gegenüber.

Von einer „Bündniskampagne" versus „Bewegungskampagne" zu sprechen ist natürlich demobilisierender Unsinn. Zentrale Widerstandsaktionen werden, wenn sie was bringen sollen, auch zentral geplant, und dezentrale dezentral. Daß das Konzept der Aktionskonferenzen, wie schon bei der unsäglichen Friedensbewegung, für zentrale Sachen wenig geeignet ist, mag stimmen. Der 11. BUKO hat da nichts besseres vorzuschlagen gehabt. Dennoch gibt es mittlerweile in allen Regionen der BRD lokale Anti-IWF-Koordinationen – außerhalb Münsters (?) –, die vor Ort und nach Berlin mobilisieren. Sie verstehen sich als Teil der Kampagne. Hoffentlich gelingt das auch noch in Münster.

Dummdreist und unverschämt sind allerdings die Denunziationen gegen die zwei BUKO-Frauen (nicht eine, wie Rabe/Hanisch behaupten), die sich derzeit in Berlin für linksradikale Inhalte abrackern, während die Autorinnen und ihr Verschuldungskreis, wie sie selbst schreiben, „die Entwicklung der Kampagne von außen betrachtet" haben. Zuvor haben sich die beiden Genossinnen des BUKO-KA vor Ort in ihren Städten in Anti-IWF-Zusammenhängen abgearbeitet. Eine hat eine ganze Veranstaltungsreihe zum Thema nahezu alleine organisiert. Beide haben sich für die Arbeit in Berlin mehr als nur verbalradikal qualifiziert. Ihnen quasi Korrumpierung durch Grüne, Kirche und Europaratskampagne vorzuwerfen ist ein entsolidarisierender Spaltungsversuch im internationalistischen Spektrum, wie er im Interesse der Herrschenden nicht besser hätte vorgebracht werden können. Eine der Autorinnen war übrigens genau durch diese schändliche BUKO-Knete auf der Verschuldungskonferenz in Lima. Praktisch ihre Interessen in die Kampagne einzubringen hätte Rabe/Hanisch besser zu Gesicht gestanden, als jetzt die Frauen zu beschimpfen, die das für sie mit erledigen müssen.

Ein letzter Kommentar zum Artikel „Guten Tag Welt", S. 37. „blätter"-Redaktionsmitglied u.h. hätte nicht verschweigen dürfen, daß gerade seine Gruppe bei den entscheidenden Abstimmungen über die BUKO-Politik zur Europaratskampagne auf den BUKO-KA-Sitzungen für den Verbleib des BUKO in der Kampagne gestimmt hat – allerdings nicht er persönlich. Dies ganz im Gegenteil zu der KA-Frau, die u.a. deswegen von Rabe/Hanisch angemacht wird. Sie hat sich immer gegen die Kampagne ausgesprochen, trug jedoch andere Entscheidungen solidarisch mit.

Die BUKO-Taktik – da irrt sich u.h. – geht sicher nicht auf Kosten der „Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung in den verschuldeten Ländern". Bisher wurden alle revolutionären Umstürze leider auch nur von Klassenbündnissen vollbracht. Gerade die Menschen im Trikot wissen das sehr genau. In puncto „Taktik der Revolutionäre" befindet sich der BUKO da in allerbester internationalistischer Gesellschaft.

Laßt uns nach dem Semptember über all das nochmal in Ruhe streiten!

Einstweilen: Guten Tag Che – Gute Nacht u.h.

Lorenz Beckhart, Bonn

Betr.: blätter des iz3w, Nr. 151 Kommentar „Guten Tag, Welt"

Nichts gegen intelligente Polemik. Das Thema „Nord-Süd-Beziehung" hätte sie verdient. Der Kommentar zur Nord-Süd-Kampagne in der August-Ausgabe der „Blätter" gehört freilich nicht in diese Kategorie. Offensichtlich gehört bei einigen „Soli-Gruppen" und „Internationalisten" das Zetern mehr zum Handwerk, als das, was sie vorgeben zu tun – nämlich Politik zu machen.

Die Nord-Süd-Kampagne, der sich in der Bundesrepublik über dreißig Organisationen angeschlossen haben, hätte in der Tat angesichts der sieben brisanten Themen wie „Verschuldung, Welthandel usw." die hervorragende Gelegenheit geboten, eine nachhaltig wirksame Öffentlichkeitskampagne zu organisieren. Daß dies nicht erreicht werden konnte, ist sicherlich nicht darauf zurückzuführen, daß wegen angeblich lauer Formulierungen der DGB, das Fernsehen oder die Schulen abgesprungen seien. Wo sind denn die ganzen Neunmalklugen geblieben, die – übrigens zu recht – die politischen Auseinandersetzungen um das Nord-Süd-Verhältnis statt Spendenkampagnen fordern? Hätten sie sich doch nur an den eigenen Ansprüchen orientiert – das wäre entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung gewesen. Stattdessen dreschen sie auf alles ein, was nicht in ihre ideologische Froschperspektive paßt. Sie nehmen eine bequeme Verweigerungshaltung ein, statt aktiv in den öffentlichen Diskussionsprozeß einzugrei-

Hinweis der Redaktion:

Bislang war es bei den „blättern" usus, Leserbriefe ungekürzt abzudrucken. Inzwischen macht sich allerdings ein Trend zu immer längeren Leserbriefen bemerkbar. Wir sehen uns daher gezwungen, künftig bei Bedarf von unserem redaktionellen Recht auf Kürzung Gebrauch zu machen.

Die Redaktion

Leserbeiträge zur IWF-Kampagne

WIR SIND DOCH ALLE BRÜDER



2. Preis im Plakatwettbewerb der Nord-Süd-Kampagne

fen. Da werden künstliche Fronten innerhalb des BUKO und anderen Gruppen aufgebaut, statt „unters Volk" zu gehen. Da wird der BMZ-Minister als „Hauptfeind" charakterisiert, wo es doch nun wirklich um ganz andere Fragen geht.

Jeder war eingeladen, sich an der Kampagne zu beteiligen und mit seinen Inhalten den Diskussionsprozeß mitzubestimmen. Daß es dabei jeder Organisation freigestellt war, ihre Position zu vertreten, gehört doch wohl zu den demokratischen Gepflogenheiten auch und vor allem in der „Basisbewegung". Aber das wiederum scheint einigen Kritikastern nicht in den Kram zu passen, vielleicht weil sie dann ihre eigenen leeren Vorstellungen zur Diskussion hätten stellen müssen. So sitzen sie dann auf dem Elfenbeinturm der Rechtschaffenden und beschränken sich auf Häme.

Der Kommentar grenzt stellenweise an Verleumdung, wenn behauptet wird, die zur Verfügung stehenden Gelder für die Kampagne seien in Verwaltung und Festakten versickert. Es seien lediglich „ein paar kostenlose Broschüren mit zweifelhaftem Inhalt" verteilt worden. Der/die Verfasser/in hätte sich besser informieren sollen, bevor er/sie eine solche Falschmeldung in die Welt setzt.

Gewiß, hätte die Nord-Süd-Kampagne die beantragten 400.000,- DM des BMZ angenommen, wären mehr Seminare, öffentliche Diskussionsforen und Aktionen organisiert worden, als dies mit einem reduzierten Budget möglich war. Wegen der mit den BMZ-Zuschüssen verbundenen Auflagen hat die Kampagne das Geld letztlich nicht angenommen. Daß eine solche Entscheidung von allen Organisationen mitgetragen wurde, halte ich für einen großen Fortschritt, weil Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Prägung ihre Unabhängigkeit klipp und klar zum Ausdruck gebracht haben. Wie man angesichts dessen zu der Aussage kommen kann, daß über „die Zusammenbringung von BMZ bis BUKO die Inhalte vollständig verloren" gegangen seien, das kann doch nur einem Kopf entsprungen sein, der sich weigert, die Realitäten anzuerkennen.

Aber vielleicht hat die Verweigerungshaltung einiger Vertreter der reinen Lehre auch einen Vorteil. Bleibt ruhig in eurem Elfenbeinturm hocken! Derweil werden sich andere bemühen, trotz mancher Gegensätze, Aktionen und Kampagnen zu organisieren, die mithelfen, die Politik gegenüber dem Süden zu ändern. Daß diese Aufgabe mit einer Nord-Süd-Kampagne nicht erledigt ist, dürfte einsichtig sein. Beharrlichkeit ist gerade im politischen Tagesgeschäft eine Tugend. Vermutlich werden am Ende der Kampagne die inzwischen 30 lokalen Nord-Süd-Foren mehr öffentliche Bewußtseinswirkung erreicht haben als jene, die sich mit einem „Gute-Nacht-Gruß" hinter den Schreibtisch hocken und Handlungsanweisungen verfassen.

Holger Baum
Vertreter der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen im geschäftsführenden Ausschuß der Nord-Süd-Kampagne

Sonstige Leserbriefe

Betr.: „Der Schwarze Islam in den USA", Blätter des IZ3W, Nr. 147, Febr. 1988

Ich finde es bedauerlich, daß offenbar auch in eurer sehr geschätzten Zeitschrift bisweilen Artikel unterkommen, die getreu der guten alten dogmatisch-linken Devise die Wahrheit lieber auf die korrekte Parteilinie zwängen, als Entwicklungen ins Auge zu schauen, die nicht unbedingt mit liebgewonnenen Urteilen übereinstimmen.

Eine solche Tendenz hatte der Artikel über den schwarzen Islam in den USA, bei dem der Grundtenor war, alles anti-amerikanische (wobei mit amerikanisch die herrschenden Machtstrukturen gemeint sind) ist zunächst einmal gut. Und wenn ein Louis Ferrakhan sogar Hitler sympathisch findet, dann hat das allein taktische Ursachen, und zeigt nicht etwa einen ausgeprägten Anti-Semitismus. Wie paßt dazu aber folgender Fall, der sich kürzlich in Chicago ereignet hat? Dort hat nämlich ein schwarzer Gemeindeangestellter (und Mitarbeiter von Farrakhan) die kühne These vertreten, Aids verbreite sich deshalb so schnell unter den Schwarzen, weil jüdische Ärzte ihre schwarzen Patienten mit aidsinfizierten Spritzen behandelten. Die These erschien vielen doch zu kühn und der Mann mußte seinen Hut bei der Stadt nehmen. Farrakhan kommentierte dieses Ereignis folgendermaßen: Es sei traurig, wenn städtische Angestellte gefeuert würden, nur weil sie die Wahrheit sagen.

Ich weiß nicht, wie weit sich eine solche Hetze von den Reden der Nazis in den zwanziger Jahren unterscheidet.

Ich denke, es wäre gut, wenn Ihr das nächste Mal etwas mehr Vorsicht walten lassen würdet.

Nichtsdestotrotz mit freundlichen Grüßen
Klemens Ludwig

Zeitschriftenschau

EPK 3/1988 (August)
Mit brennendem Durst – Südkorea
Grundlegende Informationen finden sich in folgenden Themen: Die wirtschaftlichen Erfolge des Schwellenlandes kritisch betrachtet; die miserable Situation der Textilarbeiterinnen und ihre Gewerkschaftsarbeit; das militärische Dreieck USA, Japan, Korea; der neue Präsident Roh und die Demokratie. Speziell für deutsche Leser wichtige Themen bilden den zweiten Schwerpunkt: Korea als geteiltes Land und die ganz andere Wiedervereinigungsdiskussion; das Verhalten der Bundesregierung zu politischen Gefangenen in Südkorea; koreanische Studenten in der BRD.
Außerdem: Der Einfluß des deutschen Rechts auf koreanisches; zur Minjung-Theologie; die Moon Bewegung.
Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 129/130, Juli/August 1988
Schwerpunkt: Gegen die Macht des Geldes
Nachbereitung des BUKO
Redebeiträge von Ernest Mandel und Herbert Schui zur Verschuldung, von einer südkoreanischen Gewerkschafterin zur Situation in Südkorea, von P. Castillo zu Kolumbien und von Hugo Blanco über Peru; Berichte und Reden vom Aktionstag; Protokolle von Arbeitsgruppen und Plenumssitzungen; Vorstellung der neuen KA-Gruppen; Resolutionen
Außerdem: IWF/Weltbank-Kampagne aktuell – Aktionskalender und Protokoll der letzten Aktionskonferenz; Korea Olympia Kampagne – Auf in den Endspurt; Situation der Opposition; Bücher zu Südkorea; Serviceleistungen der Kampagne; Notizen aus der Scene; Material und Medien; Zeitschriftenschau; Vermischtes.
Doppelheft DM 6,-
Bezug: FORUM, Lingener Str. 9, 4400 Münster

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA 4/88, Juni/Juli
Schwerpunkt Verschuldung
Die anhaltende Wirtschaftskrise hat viele Staaten im Südlichen Afrika gezwungen, mit dem Internationalen Weltwährungsfond (IWF) einen Bund einzugehen. Die Auflagen, die der IWF an seine Geldvergabe knüpft, sind jedoch so massiv, daß dadurch viele Staaten an politischer Eigenständigkeit verlieren. Die Krise läßt den meisten Ländern vielfach allerdings keine andere Option, als diesem Druck Folge zu leisten. Der Infodienst 4/88 behandelt im Schwerpunkt das Thema VERSCHULDUNG.
Außerdem: Pretorias neue Arbeitsgesetzgebung * Freiheit für Nelson Mandela * ANC-Richtlinien für ein Südafrika nach Apartheid * Schülerstreik in Namibia u.v.m.
SADCC – Brief 4-88, VERSCHULDUNG - FINANZIERUNG - ABHÄNGIGKEIT
Preis: DM 5,-
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

AIB – DRITTE WELT 8–9/1988
Schwerpunkt: Schuldenkrise * Der Wirtschaftsgipfel von Toronto * Bonner Entwicklungspolitik im Schatten der Schuldenkrise * Die Positionen der Kirchen * Beispiele Zaire und Philippinen * Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne * Endzeit für Regionalkonflikte? 2. Teil eines Beitrages und Diskussionsforum (Stellungnahmen von Infobüro Nicaragua, Brigadenkoordination Managua und Ricardo Ribera (FMLN/FDR) * Nicaragua: Interview mit Daniel Ortega * El Salvador: Zurück zur oligarchischen Militärdikatur? * Guatemala: Tauziehen um den Dialog * Angola: Verhandlungen und Krieg gehen weiter * Mexiko: Machterhalt durch Wahlbetrug * Chile: Das Referendum Pinochets * Interview * Südafrika: Gemeinsame Erklärung DGB-COSATU * Persischer Golf: Peace-Bird gegen den Golfkrieg * Palästina: Beiträge zu den Haftbedingungen im Lager Ansar III * Libanon: Zwei Flüchtlingslager für einen halben Präsidenten * Türkei: Hearing „Menschenrechte in der Türkei * Prozeßfarce gegen Kutlu, Sargin und andere * Programm der kurdischen Linksfront TEVGER * Pakistan: Zia putscht gegen das Parlament * Inverview * US-Strategie: Hearing zu „Low Intensity Conflict" * Ausländerpolitik: Zimmermanns Ausländergesetz-Entwurf * Kultur: Beiträge zu Ruud Gullit, Miriam Makeba und Harry Belafonte
(80 Seiten, 5 DM). Vertrieb: DRITTE WELT-LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

epd-Entwicklungspolitik 14/15/88
Analyse: Die Gewinne der Multis in Agentinien * Die große Depression 1988 * Entwicklungshilfe für den Bundeshaushalt * Giftmüllexport: das Kontrollsystem krankt
Infos: Konflikte bei ips-Bonn * Institut für Gerechtigkeit und Entwicklung in Seoul * Schulboykott in Namibia * Unrecht an Indianer Brasiliens
Dokumentation: Die neuen „Entwickler" sind bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten
Bezug: epd, Postfach 170 361, 6000 Frankfurt 17

Tagungshinweise

Die Seele des Geldes – Eine Veranstaltungsreihe der Stattzeitung für Nürtingen e.V. anläßlich der Jahrestagung des IWF in Berlin, vom 8.9.–13.9.88 in Nürtingen, Inf. und Anmeldung: Nürtinger Stattzeitung, c/o Michael Maile, Vendelaustr. 2/1, 7440 Nürtingen

Die Ausbreitung der westlichen Zivilisation – der Untergang der Stammeskulturen – Seminar für Lehrer/innen in der Reihe „Dritte Welt im Unterricht der Sekundarstufe II", veranstaltet vom Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Bad Boll. Von Freitag, den 18.11. bis Sonntag, den 20.11.1988, Inf. und Anm.: Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Gerokstr. 17, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2 10 50-56 oder 62

Forum: **125 Jahre BAYER Umweltverseuchung und Menschengefährdung**, am 10./11. Sept. 1988 im Bürgerhaus Alkenrath, 5090 Leverkusen, Veranstalter: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Hofstr. 27a, 5060 Solingen 11, Tel.: 0212/33 49 54

Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht – 7. bundesweites Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen vom 14.10.–16.10. im ZAKK; Düsseldorf, Fichtenstr. 40, Anm.: ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Worringer Str. 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/35 02 61

Nukleares Dilemma: Strahlenschutz – Diskussionsforum der GRÜNEN im Bundestag am 15.9.1988 in Bonn – Anmeldung: Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, Büro Liselotte Wollny, Hochhaus Tulpenfeld, 5300 Bonn 1

Die Rolle von IWF und Weltbank in der Verschuldungskrise – Geschichte und Lösungskonzepte – Tagung der Peru-Gruppe Aachen am 19./20.11.1988 in Aachen, Anm.: Gerhard Schilling, Kapellenstr. 32, 5100 Aachen, Tel.: 0241/60 25 48

Seminare der Friedrich-Ebert-Stiftung: **Dritte Welt im Unterricht** (für Lehrer aller Schularten) vom 26.–28.9.1988
– **Weltwirtschaft – Entwicklungspolitik – Arbeitsplätze** (Grundkurs) für Interessierte vom 21.–25.11.1988
Anmeldung: Fritz Erler Akademie, Am Zollernblick 1, 7290 Freudenstadt, Tel.: 07441/21 88

Überlebenssicherung durch Qualifizierung? – Neue Ansätze beruflicher Bildung im „Informellen Sektor" in der „Dritten Welt" – Entwicklungspolitische Fachtagung der Ev. Akademie Bad Boll vom 15.–18.9. in Bad Boll, Anm.: Ökumenereferat der Evangelischen Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll

Material zur IWF-Kampagne

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik Stuttgart hat eine Ton-Dia-Serie über die Zusammenhänge zwischen KAFFEE UND VERSCHULDUNG DER '3. WELT' erstellt.
Die Serie kann ausgeliehen (DM 30,-) oder gekauft (DM 60,-) werden über: AK Entwicklungspolitik Stuttgart im BdKJ, Schwabstr. 90 A, 7000 Stuttgart 1

Neuerscheinungen

Käthe Recheis – **Kleiner Bruder Watomi** – Mit Bildern von Monika Laimgruber – 28 S., dtv München 1988, 7,80 DM

Jürgen Horlemann – **Entwicklungspolitik – Lexikon** – hrsg. von DSE, Studienkreis für Tourismus, Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung – Stuttgart 1988 – 7,- DM

Dokumentation: **Israelisch-Palästinensischer Dialog – Perspektiven für die Zukunft** – 4. Juni 1988 – Bezug: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V., Zeughofstr. 20, 1000 Berlin 36, 75 S., 10,- DM

Gaby Gottwald u.a.: **Die contra Connection – Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer** – hrsg. von medico u.a., Konkret Literatur Verlag 1988, ISBW: 3-922144-72-1, 20,- DM

Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina – Hrsg.: Arbeiterkampf Juni 1988 Hamburg, Bezug: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, 127 S., 8,- DM

Bärbel Gräning – **Prostitutionstourismus nach Thailand** – Diplomarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaft der Uni-Bremen, Bremen 1988, Veröffentlichung aus dem Übersee-Museum Bremen im Selbstverlag des Museum, Reihe C, Band 4

Martha Honey, Tony Avirgan, Georg Hodel – **Das Attentat von La Penca. Geheimer Krieg gegen Nicaragua** – Zürich 1988, rotpunktverlag – Bezug rpv, Postfach 397, 8026 Zürich, 220 S.

Udo Nimsdorf (Hrsg.) – **Anatomie einer Revolution. Herrschaft, Krise und Umbruch in den Philippinen** – Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1988, 248 S.

Amilcar Cabral-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): **Kap Verde. Versuche eigenständiger Entwicklung einer abhängigen Gesellschaft** – Broschürenreihe der A.C.-Ges. Nr. 14, Oktober 1987, 80 S., 6,- DM

Suleman Taufiq (Hrsg.) – **Frauen in der arabischen Welt. Erzählungen** – dtv München 1988, 223 S., 9,80 DM

Abraham Ashkenasi (Hrsg.): – **Das weltweite Flüchtlingsproblem. Sozialwissenschaftliche Versuche der Annäherung** – con-Verlag Bremen 1988, 357 S.

Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg: Heft 3 der Broschüre **„Der Krieg im Golf"** – August 1988, 4,- DM (+ 0,70 DM Porto), Bezug: Marianne Stern, Stellinger Weg 12, 2000 Hamburg 20

Carolin Schüten – **Schwarzer Alltag in Südafrika** – Bildband – Nördlingen 1988, Greno Verlagsgesellschaft

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V. – Broschüre: **„Hände weg vom Tropenholz"** – 44 S., 5,- DM, Bezug: ARA, Postfach 531, 4800 Bielefeld 1

Materialiensammlung – Namiba – Texte und Dokumente zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie – 1988, 15,- DM, Bezug: Zentrum für Afrika-Studien/Namibia Projekt, Fachbereich 6, Postfach 330440, Uni Bremen, 2800 Bremen 33

Wole Soyinka – **Art, Dialogue and Outrage. Essays on Literature and Culture** – Juli 1988, New Horn Press Ltd., Hans Zell Associates, 11 Richmond Road, PO Box 56, Oxford OX 1 3 EL, England

Kurt Greussing – **Vom „guten König" zum Imam. Staatsmacht und Gesellschaft im Iran** – Bregenz 1987, Verlag der Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Riedergasse 8, 6900 Bregenz/Austria, 397 S., 79,- DM

Walter Michler – **Weißbuch Afrika**, J.H.W. Dietz-Verlag, Bonn 1988

Afryka-Azja-Ameryka Lacinska T. 65, 1987 (verschiedene Artikel auf Englisch), 196 S.
T. 66, 1987 (Artikel auf Polnisch) 232 S.
Actas Latinoamericanas de Varsovia T. 4, 1987 (Artikel auf Spanisch), 230 S.
Alle 3 Bücher von der Universität Warschau.

THEKLA 10 **Zerowork**. Politische Materialien zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf Hrsg.: SISINA, Postfach 360 527, 1 Berlin 36; Juli 1988, 285 S., DM 12,-

Aqui no se rinde nadie! Reisebericht der Gruppe „Solid. con Nicaragua" der Martin Niemöller Schule Wiesbaden, 1987.

Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik: **Wirtschaftsmacht in der Marktwirtschaft.** Zur ökonomischen Konzentration in der BRD. Pahl Rugenstein Verlag Köln 1988, 260 S., DM 16,80.

G.V. Davis, M. Manaka, J. Jansen, H.G. Ehling (Hrsg.): **Matatu**, Zeitschrift für afrikanische Kultur und Gesellschaft 3/4. Göttingen 1988, 312 S., DM 32,80.

Carlos Fonseca: **Unter den Fahnen Sandinos.** Ausgewählte Schriften. Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf, 1988. 371 S., DM 16,80.

Thomas Methfessel: **Noch fließen Shivas Tränen...** Riesige Staudämme im Tal der Narmada sollen indische Stammesvölker aus ihrer Heimat verdrängen. DURGA Press Verlag des Indienbüros, Luitboldstr. 20, 8036 Herrsching, 1988, 210 S.

Bessie Head, Ellen Kuzwayo, Nadine Gordimer u.a.: **Wenn der Regen fällt**, Erzählungen aus Südafrika. Orlanda Frauenverlag Berlin, 1988, 184 S., 29,- DM.

Curt Mayer-Clason (Hrsg.): **Lyrik aus Lateinamerika.** dtv München 1988, 310 S., DM 12,80.

Yasar Kemal: **Gelbe Hitze.** Erzählungen über das Leben der Menschen in Südostanatolien. dtv München 1988, 179 S., DM 9,80.

Anne Piepenstock: **Mensch-Natur-Verhältnis in einem Hochgebirgsökosystem.** Gesellschaft und Landwirtschaft in den Zentralanden in präspanischer Zeit. „entwicklungsperspektiven", GH Kassel, 31/1988, 115 S.

Andrea Ernst, Kurt Langbein, Hans Weiss: **Gift-Grün.** Chemie in der Landwirtschaft und ihre Folgen. Aktualisierte Ausgabe. dtv Sachbuch München, 1988, 241 S., DM 13,80.

Zentraler Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerika-Wissenschaften in der DDR. **asien, afrika, lateinamerika** Band 16, Heft 3 1988. Akademie Verlag Berlin.

Josef Dehler – **Was die Menschen bewegt ... ABC aktueller gesellschaftlicher Probleme und Themen** – Frankfurt 1988, VAS-Verlag für akademische Schriften, Kurfürstenstr. 18, 6000 Frankfurt 90, 163 S., 19 Abb., 10,- DM





Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733

Kampagne gegen IWF und Weltbank



Berlin Sept. 1988

23. Gegenkongreß

24. Gegenkongreß

25. DEMO
11.00 ab Kranzlereck

26. Aktionstag

Kampftag gegen den Zwang zur Arbeit
Frauenarbeit als Grundlage für HERRschaft und Ausbeutung

Basso-Tribunal

27. Aktionstag

Aktionstag gegen Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, Rassismus und Sexismus

Basso-Tribunal

28. Aktionstag

Ausbeutung und HERRschaft im Alltag angreifen, revolutionäre Gegenmacht aufbauen

Basso-Tribunal

29. Aktionstag

Der Trennungsstrich verläuft nicht zwischen den Metropolen hier und den Ländern des Trikont, sondern zwischen oben und unten!

Basso Tribunal

**Sie organisieren die Armut der Völker
Verhindern wir ihre Politik!**